Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 587 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2.60, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zulässig postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 26. November

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 80 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Beginn des Deutschnationalen Landesparteitages

Neueste Tagesnachrichten

* Unsere Truppen in Kurland sind völlig abgeschnitten, es besteht nur noch funkentelegraphischer Verkehr mit ihnen.

* Der Reichsminister für den Wiederaufbau Dr. Geßler hält in einer Reihe von Städten Besprechungen über den Wiederaufbau ab.

* Vertreter der Werftarbeiter protestierten beim Reichskanzler gegen die Auslieferung der Docks an die Entente.

* Wie die „D. Allg. Ztg." erfährt, hat Hörsing jetzt doch seinen Abschied eingereicht.

* Ende dieser Woche soll in der Nationalversammlung wieder eine kleine Verhandlungspause eintreten.

* In Athen wurde ein Komplott königstreuer Offiziere gegen Venizelos und die Regierung entdeckt.

Wie es in Bitterfeld zum Streik kam

Die Vergewaltigung des Direktors. — Arbeit am Bußtag. — Urabstimmung. — Probe des Arbeiterrates. — Sympathiestreik bei „Elektron". — Bedingungen. — Es wird verhandelt.

Ueber die Vorgänge in Wolfen bei Bitterfeld wurden heute vormittag in einer Pressekonferenz beim Garnisonkommando folgende Mitteilungen gemacht:

Die Vorgänge, die zum Streik in Bitterfeld führten.

Der Betriebsrat des Anilinwerkes, Haar, wandte sich an die Gewerbeinspektion mit der Frage, ob am Bußtag gearbeitet werden könne. Er erhielt eine verneinende Antwort. Darauf fragte er von neuem an, ob die Regierung die Erlaubnis hierzu geben könne. Die Gewerbeinspektion antwortete, die Arbeit am Bußtag ist durch Gesetz verboten und daran kann auch die Regierung nichts ändern. Am Dienstag, dem 18. November, fand eine Arbeiterversammlung des Anilinwerkes statt und auf Antrag Haars wurde beschlossen, daß am Bußtag doch gearbeitet werden solle. Die Arbeiter faßten diese Angelegenheit als eine Machtfrage der Betriebsräte auf und wollten ihren Willen auf jeden Fall durchdrücken. Am Morgen des Bußtages versammelten sich 1500 bis 2000 Arbeiter vor dem Hause des Direktors. Der Gartenzaun wurde übersteigen und die Tür von innen geöffnet. Die Masse drang in den Garten ein. Die Frau des Direktors öffnete die Haustür. Eine Abordnung von vier Mann kam herein und verlangte von dem Direktor die Oeffnung der Arbeitsstätten. Da der Direktor in einer Notlage war und die Ueberzeugung hatte, daß er und seine Familie gemißhandelt werden würden, wenn er der Aufforderung nicht nachkäme, so gab er unter der Verwahrung, daß er mit Gewalt dazu genötigt sei, die Genehmigung zum Arbeiten. Er wurde später gezwungen, eine neue Erklärung abzugeben, in der er sich verpflichten mußte, daß er sich nicht darauf berufen könne, die Arbeitserlaubnis nur unter Zwang gegeben zu haben und daß Maßregelungen für das Vorgehen der Arbeiter nicht stattfinden dürften. Dies waren die Vorgänge in Wolfen. Auf dem „Elektron" trat die Arbeiterschaft mit dem Direktor in Verbindung und forderte ebenfalls, daß am Bußtag gearbeitet würde. Der Direktor lehnte dies ab und genehmigte nur, daß 50 Mann arbeiten dürften, die Schneeschippen sollten. Dies war den Leuten auch nicht recht. Es erschienen nur einige Mann zu dieser Arbeit. Am Freitag fand dann eine Versammlung der Arbeiter statt, in der beschlossen worden ist, die Bezahlung des Bußtages zu verlangen. Der Direktor lehnte dies ab mit der Begründung, daß er dazu nicht ermächtigt sei, sondern erst die Genehmigung der Generaldirektion abwarten müsse. Die Arbeiterschaft stellte dem folgendes Ultimatum:

„Wenn bis Dienstag, dem 25. November, 10 Uhr nicht die Genehmigung hierfür eingetroffen ist, so treten wir in den Streik."

Das Ultimatum wurde überholt durch den Einmarsch der Truppen in Wolfen. Die Arbeiterschaft des „Elektron" trat in einen Sympathiestreik. Es fand wieder eine Versammlung statt, in der ein „Hoch auf die Weltrevolution" ausgebracht und beschlossen wurde, während des Streikes, der jetzt angetreten werden sollte, müßten die Löhne weitergezahlt werden.

Die Vorgänge in Bitterfeld am Dienstag.

Gestern fand eine Besprechung der Arbeiterführer mit dem militärischen Befehlshaber, Oberstleutnant Reinide, statt. Von seiten der Arbeiterschaft waren folgende Forderungen aufgestellt:

1. Sofortige Zurückziehung der Truppen aus den Werkstätten.
2. Keine Maßregelung und Lohnvorenthaltungen.
3. Den Truppen ist es verboten, Bitterfeld zu betreten, mit Ausnahme der Posten.
4. Der Ausnahmezustand wird aufgehoben.
5. Zurückziehung des Haftbefehls gegen den Arbeiterführer Haar.

Punkt 2 wurde fallengelassen, da es sich um eine wirtschaftliche Angelegenheit handelt, mit der der Militärbefehlshaber nichts zu tun hat. Ebenso wurde die 5. Forderung fallengelassen, da die Durchführung dieses Punktes ein Eingriff in die Gesetze bedeuten würde. Der Militärbefehlshaber erklärte sich bereit, sobald die Arbeit wieder aufgenommen wäre, die Truppen herauszuziehen. Ueber Punkt 4 würde er an den Reichspräsidenten berichten, der allein den Ausnahmezustand wieder aufheben könne. Die Arbeiterführer nahmen diese Vorschläge an. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Belegschaften dazu stellen werden. Heute finden Abstimmungen hierüber in den einzelnen Betrieben statt.

Die Technische Nothilfe steht zum Eingreifen bereit. Vorläufig werden die Notstandsarbeiten auf dem „Elektron" von der Arbeiterschaft selbst verrichtet.

Frankreichs schärfere Tonart

Rotterdam, 26. November.

Ein Reutertelegramm aus Paris berichtet: In der gestrigen Konferenz des Obersten Rates zu Paris wurde die deutsche Note verlesen, in der um Vertagung der Verhandlungen über die Regelung der Verwaltung der besetzten Gebiete ersucht wird, da die deutsche Abordnung nach Berlin reise, um dort nähere Einzelheiten zu besprechen. Der Generalsekretär des Ministeriums des Aeußern Berthelot gab zu verstehen, daß die Veränderung in der Haltung Deutschlands — die unvermutete Abreise der deutschen Abordnung — eine Folge der Vorgänge in den Vereinigten Staaten sei. Es wurde eine Antwort entworfen, in der eine bündige Erklärung über die Absichten der deutschen Regierung mit Bezug auf die Ratifikation des Friedensvertrages verlangt wird. —

*

Paris, 26. November.

In der gestrigen Sitzung des Ministerrates haben die bei den Kammerwahlen nicht mehr gewählten Minister und Unterstaatssekretäre Clemenceau ihre Demission überreicht.

Für den Wiederaufbau in Frankreich

Der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Geßler hat sich nach Süddeutschland begeben, um in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt gemeinsam mit den dortigen Regierungen und mit den Vertretern der Interessentenkreise dieser Wirtschaftsgebiete Fühlung zu nehmen. Es handelt sich hierbei um die verschiedensten, den Geschäftsbereich des Wiederaufbauministeriums, insbesondere den Wiederaufbau in Nordfrankreich, betreffenden Fragen. Anschließend sind Aussprachen der gleichen Art in Frankfurt a. M., Dresden, Hamburg und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in Aussicht genommen.

Abermals Protest gegen die Vergewaltigung

Berlin, 26. November.

Auf Grund einer Konferenz der in allen deutschen Seeschiffahrtswerften beschäftigten Arbeiter überreichte eine Werftarbeiter-Abordnung dem Reichskanzler eine Entschließung, worin diese Protest erheben gegen die Ablieferung der von der Entente geforderten 400 000 Tons an Docks, Hebezeugen und schwimmenden Fahrzeugen. Die Reichsregierung wird darin ersucht, alles daran zu setzen, um diese schwere Schädigung der Interessen der Werftarbeiter abzuwenden.

Englands Furcht vor Deutschland

Rotterdam, 26. November.

Laut „Nieuwe Rotterd. Courant" schreibt Churchill im „Sunday Herald", es müßte die Politik Englands sein, zu verhindern, daß dem deutschen Volk nur die Hoffnung bleibt, einst wieder an das Schwert zu appellieren und ihm nur noch die Entwicklung und die Wiederherstellungsmöglichkeit nach dem Osten hin übrig zu lassen. Wenn Deutschland mit Rußland gemeinsame Sache mache, würde die Gefahr von 1914 wieder aufleben und man würde zwei Völkerbünde bekommen und zwar den Bund der siegreichen und den Bund der unterjochten Nationen.

*

Amsterdam, 26. November.

Laut „Telegraaf" meldet der Pariser Korrespondent der „New York Sun", in englischen Kreisen mache sich eine Bewegung geltend, Deutschland aufzufordern, unverzüglich dem Völkerbund beizutreten und zwar als Antwort auf den Beschluß des amerikanischen Senats, den Friedensvertrag nicht zu ratifizieren. Lord Robert Cecil soll dieser Bewegung nicht fernstehen. Er habe auf Befragen erklärt, er sei jederzeit dafür eingetreten, daß Deutschland sobald wie möglich dem Völkerbund beitrete.

Laut „Telegraaf" teilte Churchill in Erwiderung einer Anfrage im englischen Unterhause mit, daß der Oberste Rat den Vorschlag gemacht hat, daß in Memel und Danzig englische Truppen ein Jahr verweilen und in Schlesien acht bis zwanzig Monate.

Der Verlauf der Tagung

Schon in den Morgenstunden des heutigen Tages fing der weite Raum des Thaliasaales an, sich zu füllen. Die Emporen waren mit den Symbolen des alten Reiches geschmückt, lange schwarz-weiß-rote Fahnen, die wie Warnungszeichen in den Saal hineinwehten. Als der Vorsitzende des Landesverbandes Merseburg der Deutschnationalen Volkspartei, Exzellenz von Trotha, gegen 9½ Uhr morgens den Parteitag eröffnete, waren Saal und Emporen dicht besetzt, trotz der Reiseschwierigkeiten und des frühen Anfangs der Tagung. In seinen einleitenden Worten wies Exzellenz von Trotha auf die Ursachen des deutschen Zusammenbruches hin, erinnerte daran, wie das tapfere Heer von hinten erdolcht wurde und die demokratisch-sozialistische Entwicklung schließlich zu der größten Schmach führte, die je über das deutsche Volk gekommen ist, zu dem Verrat des 9. November. Als er dann mit eindringlichen Worten den Weg zeichnete, der wieder zur Gesundung führen kann, den großen Seelenkünder des Deutschtums, den Philosophen Fichte zitierend, da scholl ihm lebhafter Beifall aus den Reihen der Hörer entgegen. Danach gab der Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes, Herr Assessor a. D. Bartels, einen Ueberblick über die Parteiarbeit im Bezirk Merseburg. Er forderte namentlich die Kreis- und Ortsvereine auf, in der Organisationsarbeit nicht zu erlahmen und die Werbetätigkeit rastlos fortzusetzen, und richtete die ernste Mahnung an die Anwesenden, für eine verbreitete und leistungsfähige nationale Presse zu sorgen. Auch seinen Ausführungen dankte die Versammlung mit starkem Beifall. Nun begann die Reihe der Vorträge, die der trefflichen Volkswirtschaftler und unermüdliche Vorkämpfer für ein freies, leistungsfähiges Wirtschaftsleben, Herr Dr. G. W. Schiele-Naumburg, mit ebenso tiefgründigen wie interessanten Betrachtungen über Mittelstandspolitik eröffnete. Der in Halle schon seit langem rühmlichst bekannte Redner hatte sofort die lebhafte Zustimmung der Versammlung, als er die Notwendigkeit parteipolitischer Betätigung unter dem parlamentarischen System hervorhob und damit die Ausführungen des Hauptgeschäftsführers kräftig unterstrich. Der Redner ging sodann auf das Erfurter Programm der Sozialdemokratie ein und zeichnete mit prägnanten Worten die volkswirtschaftliche Entwicklung, die über die Leiche des Mittelstandes zu den beiden großen Gruppen der Unternehmer und der Proletarier gehen soll, und die bereits ein weites Stück auf diesem Wege zurückgelegt hat. In die Großbetriebe, welche der Staat in den Besitz der Allgemeinheit überführen will, sei aber ein Element der Zersetzung gekommen, der Bazillus des Kommunismus, der gerade dann die besten Bedingungen seines Wachstums erhält, wenn das Erfurter Programm zu realisieren versucht wird. In plastischer Weise legte der Redner dar, daß die Volkswirtschaft ein lebendiger Organismus ist, den man, wie die Kriegswirtschaft gezeigt hat, nicht ohne Schaden für die Allgemeinheit vergewaltigen kann. Diese Schäden liegen nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern ebenso sehr auch auf sittlichem Gebiete, wie die Lockerung der Volksmoral ja täglich beweist. Hergestellt werden muß wieder die wirtschaftliche Freiheit, denn die bürgerliche Freiheit ist die Vorbedingung der politischen Freiheit. Im Anschluß hieran ging der Redner auf die großthüringische Frage ein und hob die staatsbildende Kraft des preußischen Staates hervor für die die gegenwärtige Regierung aber leider kein Verständnis besitze. Als bemerkenswert verdient hervorgehoben zu werden, daß gerade bei diesen Ausführungen die Versammlung anfing, warm zu werden und damit bekundete, daß von nationaler Seite Einspruch erhoben wird gegen eine Zersplitterung preußischer Landesteile. Starker Beifall lohnte den Redner. Nun erhielt unser deutschnationaler Abgeordneter des Preußenparlaments, Herr Rektor Herrmann-Friedersdorf, das Wort, der in erfrischender Weise, unter fortwährender Zustimmung der Versammlung mit dem demokratisch-sozialistischen Kulturprogramm gründlich abrechnete und an der Hand praktischer Beispiele nachwies, wie die großsprecherischen Worte des heutigen Regierungsblockes mit seinen armseligen Taten übereinstimmen, wie die ganze Kulturpolitik dieser Kreise sich in der Prägung volksverhetzender Schlagworte erschöpfe. Das Schulprogramm der jetzigen Regierung ist geradezu eine Ironie auf das neue System, eine Bankerotterklärung der Regierung selbst. Aus dem Sumpf der Gegenwart können wir nur herauskommen, wenn unsere Jugend wieder im nationalen und christlichen Gedanken erzogen wird, mit Stolz im Herzen auf die große deutsche Vergangenheit. Unter entrüsteten Zurufen erinnerte Herr Rektor Herrmann an die unerhörte Maßregelung des Dir. Leonhard, weil dieser seinen Schülern gestattet hatte, dem Nationalheld Hindenburg in Berlin zu huldigen. Mit eindringlichen Worten ermahnte er die Versammlung, sich die nationale und christliche Schule nicht nehmen zu lassen und nicht rütteln zu lassen an den Grundpfeilern deutscher Kultur, deutschen Wesens. Nicht endenwollender Beifall drang darauf durch den Raum, und die Stimmung der Anwesenden äußerte sich in dem Gesang des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0001

niederländischen Dankgebets, das spontan aus der Versammlung angestimmt wurde. Nun erhielt der deutschnationale Vertreter unseres Bezirks in der Deutschen Nationalversammlung, Staatsminister Graf Posadowsky, das Wort zu seinem Vortrage über Verfassungsfragen. Der Redner, der beim Betreten des Podiums lebhaft begrüßt wurde, begann mit einem Vergleich der neuen Reichsverfassung mit der von Bismarck einst in großer Zeit geschaffenen Verfassung. Seine scharfsinnigen und tiefgründigen Ausführungen, die sich zu einer vernichtenden Kritik der gegenwärtigen Verfassung gestalteten, zeigten den klarblickenden, erfahrenen Staatsmann, der über die „Staatslenker" des neuen Systems turmhoch hinausragt. Mit der Aufforderung, sich den Glauben an eine deutsche Auferstehung durch nichts rauben zu lassen, schlossen diese eindrucksvollen Worte, an die sich nach hinreißendem Beifall der Gesang des Liedes „Ich hab' mich ergeben" anschloß.

Nun ging es über auf das Gebiet der äußeren Politik, über die der bekannte Berliner Universitätsprofessor Dr. Hoetsch sprach. Aeußere Politik", fragte der Redner, kann das neue Deutschland denn überhaupt noch eine äußere Politik" treiben, ist denn nicht die Berliner Ententekommission gegenwärtig unser Außenministerium? Dieser Ausgang des Krieges, den die Revolution herbeiführte, läßt aber kaum eine andere Wendung der Dinge zu, wenn man bedenkt, wer heute an der Spitze des Reiches steht. Mit verhaltener Kraft und fesselnder Beredsamkeit zeichnete der Vortragende das trostlose Bild der gegenwärtigen deutschen Lage, auf dem sich dann auf dunklem Hintergrund die großen Linien der auswärtigen Politik abhoben, die Deutschland, in Verfolg Bismarckscher Traditionen, verfolgen muß, und die es nach dem Osten weisen. So wirr die russischen Verhältnisse heute auch liegen, wir müssen sie mit Aufmerksamkeit verfolgen, um den rechten Moment nicht zu verpassen. Die nächsten praktischen Schritte unserer Außenpolitik formulierte der Redner in 6 Punkten, die eine wertvolle Ergänzung zu dem bekannten Hergtschen Ordnungsprogramm darstellen. Mit spontanem Beifall wurden besonders die Ausführungen begleitet, die dem Auslandsdeutschtum galten, das jetzt schon hinter Bentschen, Flensburg und dem Rhein beginnt, und auch die warmherzigen Worte, die den Deutschösterreichern gewidmet waren, lösten lebhaften Widerhall aus. Den Abschluß des ungemein anregenden und begeisternden Vortrages bildete eine kühl abwägende Betrachtung der Stellung Deutschlands zu den Vereinigten Staaten und gab einen Ausblick auf einen großen Kontinentalbund der unterjochten Staaten. „Bindet den Helm" fester, ermahnte der Redner, wir gehen in den Befreiungskampf hinein mit den großen Erinnerungen an die Zeit Wilhelms I. Vom packenden Ausklang der Rede ergriffen, erhob sich die Versammlung und stimmte spontan „Deutschland, Deutschland über alles" an. Darauf trat um 1 Uhr mittags eine 1½stündige Rede ab.

Um das Betriebsrätegesetz

Berlin, 26. November.

Die Demokraten und das Zentrum waren gestern abend nach der Plenarsitzung der Nationalversammlung nochmals zu Fraktionssitzungen zusammen, um sich mit den beiden strittigen Punkten des Betriebsrätegesetzes zu beschäftigen. Die Demokraten haben fest formulierte Kompromißanträge ausgearbeitet, die in der heutigen Sitzung dem Betriebsrätegesetzes unterbreitet werden sollen. Sie hoffen, daß sich auf dieser Grundlage eine Einigung erzielen läßt. Vor der Ausschußsitzung wird der interfraktionelle Ausschuß zusammentreten, um zu versuchen, ein Kompromiß zustande zu bringen. Es soll eben unter allen Umständen versucht werden, einer Regierungskrise aus dem Wege zu gehen, da bei einer Sprengung des Mehrheitsblockes die Folgen gar nicht abzusehen wären. Wie wir bereits betonten, scheint das Zentrum keine Neigung zu haben, mit den Sozialdemokraten mitzumachen, und der Austritt der einen Partei aus der Regierung würde den der anderen nach sich ziehen. Die Mehrheitssozialisten tagten gestern gleichfalls nach dem Plenum, beschäftigten sich aber nicht mit den Betriebsräten.

Das Kabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage des Betriebsrätegesetzes beschäftigt. Es gab einstimmig seine Ansicht dahin kund, daß das Gesetz vor Beginn der Weihnachtsferien in allen drei Lesungen verabschiedet und daß es von der Zustimmung der die Regierung bildenden Parteien getragen werden müsse.

Die Abstimmung über den strittigen Paragraphen des Betriebsrätegesetzes, die heute vormittag im Ausschuß erfolgen sollte, ist zurückgestellt worden, da die Konferenz zwischen den drei Mehrheitsparteien noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Von demokratischer Seite ist ein neuer Kompromißantrag dem Ausschuß bisher noch nicht vorgelegt worden. Dagegen wurde in der heutigen Beratung mitgeteilt, daß noch vor Weihnachten ein Gesetz gegen die wilden Streiks und eines für ein obligates Schiedsgericht der Nationalversammlung vorgelegt wird.

Abgeschnitten im Baltikum

Tilsit, 25. November.

Mit den eingeschlossenen baltischen Truppen besteht nur noch Funkerverbindung. Eisenbahn und Telegraph sind durch Letten und Litauer unterbrochen. Bei Letten und Litauern sind nunmehr einwandfrei, anscheinend auch durch Gefangennahme, englische Offiziere festgestellt. Die Rolle, die England bei diesem letzten großen Kesseltreiben auf deutsche Männer spielt, wird damit immer klarer.

„Von Offizieren verführt"

Der anscheinend amtlichen Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" über den Standpunkt der Reichsregierung in der baltischen Frage muß mit Schärfe widersprochen werden. Die Behauptung, daß die Truppen von der Reichsregierung seit Juli tedialich und stets nur zur Rückkehr in die Heimat aufgefordert worden sei, ist unwahr. Diese Feststellung mag vorläufig genügen. Verschwindet jedoch nicht aus der der Reichsregierung nahestehenden Presse die unerhörte von früher bekannte Heßlüge, daß die Truppen von ihren Offizieren, die tatsächlich selbst alles verfuhren, „verführt" worden wären, so mag die Reichsregierung sich nicht wundern, wenn alle weiteren Rücksichten schwinden.

Daß die Regierung erst noch einer „politischen Grundlage" sucht, um den Truppen helfen zu können, das werden die 30000 deutschen Soldaten und ihre Angehörigen in der Heimat, das wird kein deutscher Mann je vergessen. Für die Begründung dieser selbstverständlichen Ehrenpflicht des deutschen Volkes dem letzten Rest seines Feldheeres gegenüber wäre lediglich ein Zurückgreifen auf die verfassungsrechtliche Pflicht des Reiches für seine Angehörigen erforderlich. Aber das Verhalten der Regierung in dieser Frage entspricht ihrem Verhalten in der Ausfuhrungsfrage. Persönlichkeiten, Männer, werden gepfiffen nur um Ruhe zu haben! Aber wir sind ja an Männern so reich!

Dr. Graf v. d. Goltz,
Oberleutnant a. D.

Zur Abstimmung in Schleswig

Paris, 26. November.

Der Oberste Rat hat den Entwurf der Note, die bezüglich der in Schleswig demobilisierten deutschen Soldaten der deutschen Delegation überreicht werden soll, festgelegt. Die Alliierten machen darin darauf aufmerksam, daß nur diejenigen Soldaten entlassen werden dürfen, die aus dieser Gegend gebürtig sind. Endlich beschloß der Oberste Rat bald vorbereitende Verhandlungen technischen Charakters in Danzig in die Wege zu leiten, sie sollen nicht länger als zwei Monate dauern. Die darauf folgenden diplomatischen Besprechungen werden in Paris stattfinden.

Dringender Ruf nach Hilfe

Berlin, 26. November.

Die Vertreter der reichsdeutschen Presse in Wien haben an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Präsidenten der Nationalversammlung Telegramme gerichtet, in denen sie angesichts der Not Deutsch-Oesterreichs um Hilfe für die dort lebenden Reichsdeutschen bitten, die einer Zufuhr an Nahrungsmitteln und Heizmaterial dringend bedürften.

Amerikanische Milliarden

Haag, 26. November.

Nach Meldungen des Hager „Nieuwe Courant" aus Newyork haben auf der internationalen Handelskonferenz in Atlantic City die englischen, französischen und italienischen Delegierten mit den amerikanischen Bankvereinigungen beraten über den Entwurf zur Ausgabe einer großen amerikanischen Volksanleihe von 2 bis 4 Milliarden Dollar zum Zwecke der Regelung der Valuta und zur Bezahlung der Anläufe von amerikanischen Rohstoffen für Europa. Der Ausschuß wird zwischen den Verkehrsbureaus der Finanz- und Handelswelt, welche die Einzelheiten zu beraten haben, es werden voraussichtlich Obligationen von 10 Dollar ausgegeben werden, um die Teilnahme an der Anleihe den weitesten Volkskreisen zu ermöglichen. Die Vereinigung der Handelskammern hat eine Kommission gebildet für europäische Finanzangelegenheiten, deren Vorsitzender der Präsident der amerikanischen Handelskammern Harry Wheeler ist. Mitglieder sind der Expräsident Taft, Charles Schwab, der frühere Botschafter Herrick und der republikanische Gegenkandidat Hughes.

Die Kreditunfähigkeit Polens.

Thorn, 26. November.

Aus Warschau wird gemeldet: Paderewski hielt im Landtag eine längere Rede über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens, in der er folgendes ausführte: Die finanziellen Schwierigkeiten Polens erscheinen unüberwindlich. Die geplante große Auslandsanleihe, durch welche die gesamte Staatsmaschine in Gang gebracht werden sollte, ist gescheitert, da sämtliche großen Bankfundikate die Beteiligung wegen der Unsicherheit an der Ostgrenze abgelehnt haben.

Die Lage in Ungarn

Budapest, 25. November.

Sir George Clerk hat an Karl Huszar eine Note gerichtet, in der er sich bereit erklärt, das Konzentrationskabinett namens des Obersten Friedensrates als provisorische Regierung anzuerkennen, solange bis auf Grund von Wahlen durch die Nationalversammlung eine Regierung gebildet wird, sofern nämlich die Regierung die Wahlen unverzüglich durchführt, die Ordnung im Lande aufrechterhält, nicht offensiv auftritt, die provisorische Grenze Ungarns respektiert und die vollen Bürgerrechte gewährleistet, einschließlich der Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit und des allgemeinen Wahlrechts.

Die englisch-russischen Verhandlungen

Kopenhagen, 26. November.

Ueber die Verhandlungen in Kopenhagen zwischen England und Sowjet-Rußland wurde gestern Abend folgendes von James O'Grady und Litwinoff unterzeichnete Communiqué ausgesandt: Die Kommission hielt heute eine Sitzung ab zwecks Erörterung einer Auswechselung von Gefangenen und Heimsendung von Zivilisten. Die Sitzung wurde von einer vorläufigen Generaldebatte über die auf der Tagesordnung stehenden Fragen ausgefüllt.

Wie Rigaus Büro erfährt, wird ein bis zwei Tage lang keine Sitzung abgehalten werden, da die Delegierten erst ihren respektiven Regierungen die notwendigen Berichte einreichen müssen.

Los von der Zwangswirtschaft!

Vereinzelt ist der Kampf gegen das Schiebertum mit der Forderung nach Beibehaltung bzw Verschärfung und Wiedereinführung der Zwangswirtschaft verknüpft worden. Diese Verquickung scheint bedenklich. Gerade die Zwangswirtschaft hat gezeigt, daß sie der Boden ist, auf dem das Unkraut des Schieberwesens wuchert. Die Zwangswirtschaft ist nicht imstande, die Bevölkerung gut und hochgenug zu versorgen, sie macht die Worte vom Markt verschwinden und bringt einen Zwang zu Gesetzesübertretungen in sich, die sich erst in Kleinigkeiten des täglichen Lebens äußern und endlich ins breite Bett des Schiebertums münden. Die Zwangswirtschaft ist um so gefährlicher, je weniger die Regierung die Machtmittel hat, sie durchzuführen. Heute, wo die staatliche Autorität so große Einbuße erlitten hat und unsere Gegner von gestern keine Miene machen, das Loch an der Westgrenze zu verschließen, ist es mehr denn je ein eitles Beginnen, die Zwangswirtschaft aufrechtzuerhalten oder gar zu verschärfen. Der Drang und die Notwendigkeit der Wiederaufnahme weltwirtschaftlicher Beziehungen läßt die ursprünglich auf autarkischer Grundlage gedachte Zwangswirtschaft mit ihren Höchstpreisen und zahlreichen Verordnungen, die doch in der Praxis überall und fortschreitend durchlöchert werden, als eine große wirtschaftliche Lüge erscheinen, von der wir uns endlich befreien müssen, denn sie schafft eine vergiftete Atmosphäre im Volk. Es ist und bleibt die Zwangswirtschaft, ohne daß man das Schwergewicht der für sie angeführten Argumente zu verkennen braucht, eine Summe von künstlichen Maßnahmen, die ihren Zweck nur sehr unvollkommen erfüllen, andererseits aber die zur Entfaltung drängenden und zum Wiederaufbau erforderlichen Produktivkräfte in Handel und Industrie einengen oder gar auf falsche Bahnen leiten. Man mache diese Fesseln frei, und wenn wir durch Unternehmungslust und Arbeitsfleiß unsere Ausfuhr steigern und die Valuta um einige Punkte in die Höhe bringen können, so ist damit für eine Verbilligung der Lebenshaltung mehr getan als eine brüchige Zwangswirtschaft. Man mache das Geschäft, das heute zum großen Teil in gewissenlosen und branchefremden Schieberhänden sich befindet, wieder ehrlich, indem man es dem fachkundigen Handel offen und frei überläßt, selbst auf die Gefahr hin, daß vorübergehend eine gewisse Erschütterung der Preisverhältnisse eintritt. Wie in zwei kommunizierenden Röhren, in denen einem die unter Druck gehaltene Flüssigkeit plötzlich frei wird, müßte sich nach kurzer Fluktuation ein ruhigeres Gleichmaß einstellen, eine Anpassung an den Weltmarkt, die auch für die Beurteilung und Entwicklung von Lohn und Lebensbedingungen klarere Verhältnisse schaffen würde. Wenn uns heute die amtliche Statistik nachweist, daß wir eine geringere Preissteigerung in Butter haben als Frankreich oder in der Schweiz, und daß wir billigeres Fleisch essen als die Franzosen, die Engländer und die Italiener, so ist das eine reine wertlose Fiktion, die auf Grund der Höchstpreise eine billige Lebenshaltung vortäuscht, während in der Wirklichkeit unkontrollierbare Phantasiepreise der die Ware besitzende Schieber und Wucherer bezahlt werden. Darum ein frisches Vorgehen gegen dieses Geschmeiß, aber möglichst wenig Zwangswirtschaft!

Die Fraktion der Unabhängigen wählte ihren Vorstand neu: Geyer und Henke zu Vorsitzenden, Luise Zietz und Dittmann zu Schriftführern und Brühl zum Kassierer.

Der Schriftsteller Heinrich Barnickel ist im Alter von 75 Jahren in Ansbach gestorben.

Stadttheater in Halle

Lieder-Abend im Pfitzner-Zyklus.

Nach mancherlei Fährnissen, die in den Reisebeschwerden ihre Begründung haben, ist nun doch der Liederabend „der in der Reihe der Pfitzner-Veranstaltungen vorgesehen war, glücklich zustande gekommen. Freilich in anderer Form, als wohl zunächst beabsichtigt wurde. Auf den Besuch war dieser Wandel in der Anlage leider nicht ohne schädigenden Einfluß geblieben. Alle Anwesenden waren aber um so herzlicher bei der Sache. Sie erwärmten sich zusehends an der schönen Pfitznerschen Musik und überschütteten den Tondichter und die Mitwirkenden mit vielem Beifall. Als Liederkomponist ist Hans Pfitzner in Halle so gut wie unbekannt. Nur eine das „Gebet", „Sonst" und „Gretel" hatten aus früheren Konzerten in der Erinnerung des Unterzeichneten. Zu diesen Liedern trat gestern noch rund ein Dutzend anderer, so daß man recht gut eine Vorstellung von Pfitzners Schaffen auf lyrischem Gebiet gewinnen konnte. Bedauerlicherweise hatte sich jedoch der Zettel alle näheren Angaben versagt. Weder Opuszahlen, noch Texte, noch Dichternamen wurden berraten. Vielleicht ermöglicht es sich auch, über die Entstehungszeit der einzelnen Lieder Mitteilungen auszusprechen. Sicher ist es auf jeden Fall, daß Pfitzner als Liederkomponist volle Beachtung verdient. Meistvolle Melodik fließt ihm leicht und ungezwungen aus der Feder. Gelegentliche Hinneigung zum Dem 20 Jahrhundert aufs angenehmste, wie z. B. in „Im tiefen Wald verborgen". Sinn der Worte und musikalische Stimmung gehen stets glücklich in einander auf. Hinreißend verkündet sich die Freude an der Natur besonders in dem „Wettlied" und in „Wie Frühlingsahnung weht in die Lande". Nirgends wird auf äußere Wirkung hingearbeitet; durchweg macht sich die vornehm wählende Hand des Tondichters bemerkbar, nicht zum wenigsten in der fein ausgebauten Klavierbegleitung. So war es für die Sänger eine dankbare Aufgabe, diese Lieder vorzuführen. Daß sie so gut, teilweise sogar ausgezeichnet gelöst wurde, verdanken wir Dina Mahlendorff und Oskar Wolz. Die erstere fesselte durch ihre überlegene gesangliche Kunst und ihre Liebevoll durchdachte Vortragsart. Der letztere überzeugte nicht minder durch gediegenste Auffassung und durch die Wärme und Weichheit, die er gleichmäßig für seine Tonbildung fehlbar. Zwischen den Liedern fand die Cellosonate op. 1; dieselbe, die ganz kürzlich an dieser Stelle ausführlich gewürdigt wurde. Sie gelangte auch gestern wieder zu bedeutendem Eindruck: um so mehr, als sie Brüseller Heinrich Kiefer wahrhaft meisterlich spielte. Der aus den Tagen der Windsteinkongette hier hochgeschätzte Künstler hatte seine ganze Innerlichkeit dem Gehalt des prächtigen Werkes zugewandt und förderte ihn in Klang und Technik wundervoll zutage. Am Klavier saß kein geringerer als Hans Pfitzner selbst. Der gefeierte Tondichter erwies sich als überaus tüchtiger Pianist, der sowohl in der Sonate wie in der Begleitung der Gesänge den Solisten eindrucksmächtig und geschickt zur Seite stand. Dr. W. Kaiser.

Ferdinand Bonn ausgepfiffen. Ein Rezitationsabend Ferdinand Bonns im Bayerischen Hof in München wurde am Bußtage regelrecht gesprengt. Bonn hatte kaum ein Goethesches Gedicht mit viel Pose und mißfälliger Mimik vorgetragen, als schon Pfiffe ertönten und ein gewaltiger Lärm losbrach. Es waren viele Studenten im Saal. Das Bild des Simplizissimus, das, auf Bonns Kaiserfilm anspielend, den Gesinnungswechsel des von der Krone zur Bassonnuhe hinstrebenden Mimen in schärfster Weise geißelt, wurde herumgegeigt und belacht. Einzelne, die für Bonn und die Fortsetzung seiner Rezitation eintreten wollten, wurden niedergeschrien und ihm selbst auf beleidigende Zurufe erwidert, daß man ihn in München nicht mehr sprechen lassen werde. Man einigte sich, daß das Eintrittsgeld nicht zurückgezahlt, sondern der Kriegsgefangenenfürsorge zugewandt werden sollte. Die Polizei mußte schließlich den Saal räumen.

Von Büchertisch.

Für diejenigen unserer Leser, denen religiöse und kirchliche Fragen wichtig sind — und wem sollten sie es in unsern Tagen nicht sein? — hat der altbewährte A. Deichertsche Verlag in Leipzig (Dr. Werner Scholl) eine reiche Tafel gedeckt. Die nüchterne und volkstümlich gehaltene Schrift unseres Hallischen Professors Paul Feine: Das Leben nach dem Tode (74 S. 2,40 M.) liest in zweiter Auflage vor, ein treffliches Mittel gegen fakirerische Ueberspanntheiten. Der frische Rostocker Theologe Gerhard Hilbert behandelt in seiner Kirchlichen Volksmission (2. Aufl. 52 S. 1,80 M.) diese jetzt weite Kreise bewegende Frage; beleuchtet in seinen Modernen Willensrätseln (2. Aufl. 64 S. 2 M.) am Schopenhauer, Nietzsche und Hamlet die Hauptströmungen modernen Geistesstrebens unter evangelisch-apologetischen Gesichtspunkten; zieht in der Schrift Ersatz für das Christentum (2. Aufl. 52 S. 1,80 M.) die Fäden und Grenzen zwischen dem Christentum einer- und Kunst, Wissenschaft, Moral und Religiosität andererseits: alles drei feinsinnige und gedankenreiche Schriften für gebildete Leser. Zu Feine und Hilbert gesellen sich noch der Erlanger Gottesgelehrte: Theodor Zahn stellt mit seinem geistvollen und gelehrten Reder Staatsumwälzung und Treueid in biblische Beleuchtung, eine eben jetzt sehr zeitgemäße Aufgabe (55 S. 1,50 Mk.). Philipp Bachmann bringt unter dem Titel Von Innen nach Außen (68 S. 2 Mk.) sehr tiefgrabende und beachtenswerte Gedanken und Vorschläge zu den Kirchenfragen der Gegenwart" (Wiederaufbau Bekenntnis- u. ä. Fragen). Hans Preuß endlich entzückt im 3. Heft der „Lebensideale der Menschheit" in geradezu hinreißender, geistsprühender Weise die Bedeutung von Beethoven Mozart—Wagner (104 S., 3,60 Mk., geb. 4,50 Mk.) nur für die Geschichte der Musik, sondern für die der Kultur des geistigen Lebens überhaupt. Er setzt vielsach hochmusikalisch gebildete Leser voraus. Geh. Konf.-Rat Rotsepsien.

Lebenserinnerungen von Armin Stein. Halle a. S. 1919. (Buchhandlung des Waisenhauses. 190 Seiten.)

Auch an seinem Feierabend führt der weitlin bekannte frühere Pastor von St. Moritz noch die fleißige Feder. Er bald kurzen, bald längeren Erinnerungen und Plaudereien über vergangene Tage vor sich und uns aufleben; zumal hier Halle werden sie gerne gelesen werden und dem Kenner mancherlei Anregung zu fröhlich-ernstem Austausch bieten. Nur in unserer bitterernsten Zeit doppelt wohl, zu einem Buch zu greifen, über dem es wie mit milder Abendsonnenschein liegt und bei dessen Lesung „das Tages Stürme schweigen".

Josephson.

Max Dreyer, dessen Schauspiele über alle Bühnen Deutschlands schritten und dessen Romane sich allerortß Freunde werben, veröffentlicht in Kürschners Bücherschatz eine Geschichte von Deutschen Vaterkant: „Klaas Kori, der Mörder" (Nr. 1250, Hermann Hillger Verlag, Berlin W. 9. Preis 50 Pfg.). Durch die ernste Landschaft tanzt das sonnige Lachen eines sturmverlassenen fremden Mädchens und bringt Leben in die schwerfällige Luft gegen der ungeschlachten Seelsuite. Ein starker Humor hell leuchtet die derben Szenen der Eifersucht.

„Recht und Wirtschaft", Monatsschrift des Vereins zur Förderung zeitgemäßer Rechtspflege und Verwaltung. „Recht und Wirtschaft", Verlag C. Heymann, Berlin W. 8. Mauerstr. 83. 8. Jahrgang. Nr. 11.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0002

Provinz Sachsen

[illegible] Burgstedtleben, (Kr. Merseb.), 25. November. (Holzjagd.) [illegible] hier in vergangener Woche von Forstmeister Thüsschel in den [illegible] Gemeindewaldungen hier veranstalteten Holzjagd wurden von [illegible] in den einzelnen Treiben zusammen 75 Kreaturen zur [illegible] gebracht und zwar 71 Hasen, 3 Kaninchen und ein Fuchs. [illegible] welches nur in ganz geringer Zahl vorkam, gelangte [illegible] zum Abschuß.

[illegible] Wesenitz (Saalkreis) 25. Nov. (Hochwasser.) Das [illegible] anhaltende Tauwetter, sowie die täglichen Niederschläge [illegible] der Elster solche erhebliche Wassermengen zugeführt, daß der [illegible] seit Donnerstag vergangener Woche langsam zu wachsen be[illegible] vollständig geworden ist und an niedrigen Uferstellen bereits [illegible] beginnt. Die bedeutenden Schneemassen lassen des[illegible] erwarten, daß die Ausbreitung allgemein wird und ein be[illegible]liches Hochwasser die Folge ist, wie dies genau um dieselbe [illegible] 1920 der Fall war, wo es drei Tage und Nächte ununter[illegible] regnete und das verhängnisvolle Hochwasser eintrat, wel[illegible] durch Saale und Elbe infolge Dammzerreißungen in ver[illegible]chenen Ortschaften erhebliches Schaden anrichtete und durch [illegible]elbar eintretende strengere Frosteinwirkung alsbald wieder [illegible]. Vorläufig ist eine Gefahr nicht zu befürchten, und eine allge[illegible] Wiesenbewässerung wäre nur mit Freuden zu begrüßen. [illegible] Laubsammlung im Walde ist heuer nun nicht zu rechnen, [illegible]selbe den Fluten zum Opfer fallen wird.

[illegible] Bennewitz b. Grätzers, 26. November. (Wilderer) be[illegible]ten in den weiten Feldmerken nach Dieskau, Döllnitz, Lochau, [illegible] Grätzers hin ihr unsauberes Handwerk. Denn bei dem [illegible] Schnee wurden öfter drei Männer beobachtet, welche förm[illegible] Treiben auf Hasen in diesem Gelände veranstalteten, und [illegible] Gräfte erzählen, daß den Wilderern in der Stäbdzi, einem [illegible] Holzbestande mitten im Felde, ein Reh zur Beute wurde. [illegible] unternommene Nachforschungen nach den Tätern haben [illegible] zu keinem Resultate geführt. —

[illegible] Lochau, 25. November. (Tödlich verunglückt) im [illegible]betrieb Osendorf die erwachsene 18jährige Tochter des [illegible]manns Franz Schaaf hier. Die Bedauernswerte erlitt durch [illegible]rbrechende Erdmassen so erhebliche Quetschungen, daß sie [illegible]lich gedrückt wurde und der Tod auf der Stelle eintrat. Noch [illegible] anderer Mitarbeiter kam bei den nämlichen Unfälle ebenfalls [illegible] zu Schaden, daß das Schlimmste für ihn zu befürch[illegible]t.

[illegible] Naumburg, 24. November. (Die Stadtverord[illegible]ten) genehmigten die Vorlage des Magistrats, daß für die [illegible] letzten Steuerquartale 1919/20 die Gemeindeeinkommen[illegible]er von 167 Prozent auf 334 Prozent in Rückicht darauf [illegible] werde, daß im Laufe des Etatsjahres eine große Anzahl [illegible] Ausgaben an die Gemeinde herangetreten ist, die nicht vor[illegible]sehen waren. Sie beziffern sich auf 1 075 000 Mark. Die [illegible]ersten Steuersätze bis 1500 Mark Einkommen sollen von [illegible] Zuschlage ganz frei bleiben; bis 3900 Mark soll nur ein [illegible] desselben gewonnen werden. Zwischen 3900 und 6500 Mark [illegible]kommen wird der normale Zuschlag berechnet, während höhere [illegible]kommen mehr belastet werden. Nur ein Sozialdemokrat [illegible]tscheitsgozialist) stimmte mit den Bürgerlichen für die Un[illegible] der Magistratsvorlage. — Wenn auch die Versammlung [illegible] das Jahr 1918 noch Mehrbedürfnisse in Höhe von 214 935 [illegible] nachzubewilligen hatte, so bleiben doch noch nach der ge[illegible]en Rechnung für dieses Wirtschaftsjahr 400 224 Mark [illegible]erschuß. In diesem Ueberschusse ist das Kriegskonto mit [illegible] Fehlbetrage von 620 089,58 Mark nicht eingeschlossen. Es [illegible]ben bei diesem Konto vom 1. August 1914 bis 31. März 1919 [illegible] 834,91 Mark Ausgaben und nur 1 317 765,38 Mark Ein[illegible]nahmen zu verbuchen. Die Versammlung wählte Justizrat [illegible]allach zum stellv. Stadtverordnetenvorsteher und beschloß, die [illegible]rotokollführung nicht durch einen beamteten Protokollführer, [illegible]ndern durch einen Stadtverordneten wieder ausführen zu [illegible]ssen, wie es der Stadtordnung entspreche. Die Zuschläge zur [illegible]rgerlichen Steuer wurde auf 100 Prozent erhöht. Es wurde [illegible] Entwurfe einer neuen Ordnung zur Erhebung von Zu[illegible]lagen zur Grunderwerbssteuer in Höhe von 1 Prozent zu[illegible]stimmt. — Die Schankerlaubnissteuer wurde in Anbetracht [illegible] Verminderung des Gelbes erhöht und den Stufen von 200 auf [illegible], von 400 auf 1200, von 1000 auf 2400, von 2000 auf 4000 [illegible] von 3000 auf 6000 Mark erhöht. — Der Aufstellung von [illegible] Gewerbelehrern, von drei Assistenten bei der Sparkasse [illegible]urde zugestimmt. Nach einem weiteren Beschlusse sollen die [illegible] der städtischen Fürsorge tätigen Hilfsschwestern gehaltlich den [illegible]tnischen Lehrerinnen gleichgestellt werden.

[illegible] Cöthen, 24. November. (Ein eindringlicher Appell [illegible]ur Ablieferung von Kartoffeln wurde in einer gestern [illegible]er abgehaltenen, von Landwirten zahlreich besuchten Versamm[illegible]ung an die gesamte Landwirtschaft gerichtet. Der Präsident des [illegible]ernährungs-Amts, Staatsrat Bovin, Geheimrat Sieverich, Prof. [illegible]r. Roehr und andere nahmen dazu das Wort. In klaren Worten [illegible]childerte Präsident Deist die außerordentliche Gefahr, in der wir [illegible] befinden. Die Lage ist so ernst, daß sich die Mitglieder der [illegible]egierung nicht darauf beschränken können, beruhigend mitzuwirken, [illegible]ondern persönlich verbindlich machen, um die Not zu beheben. [illegible]emdbers schlimm ist die Stadt Cöthen betroffen. Die zu ihrer [illegible]ersorgung nötigen Mengen sind im dortigen Kreise nicht geerntet [illegible]worden, die in Dänemark zu kolossalen Preisen gekauften Kar[illegible]toffeln wurden noch nicht geliefert, so daß Dessau jetzt völlig ohne [illegible]artoffeln ist. Redner ging auf die Frage des Preisausgleichs [illegible]ein, der jetzt in Kraft entschieden und den preußischen Sätzen gleichgesetzt ist und dessen Aufbringung man den Gemeinden überlassen ist. Der zum regelrechten Markt ausgewachsene Preiswucher zwischen Stadt und Land müsse überbrückt werden. Solidaritätsgefühl muß an Stelle des Egoismus treten, wenn kommen wird nicht über die Not des Winters hinweg. Auch der Kleinst- und Mittelbesitz muß [illegible]ein beitragen. Das von vielen verlangte energische Durchgreifen [illegible] leider ausgeschlossen als ausgeführt. Diejenigen, die ihre [illegible]flicht erfüllten, müssen einen moralischen Druck auf die Säumigen [illegible]ausüben. Wenn aber alle Mittel ohne Erfolg bleiben, wird die [illegible]Regierung auch vor stärkstem Zwangsmittel nicht zurückstehen. — [illegible]Geheimrat Sieverich betonte, gleichwohl, es müsse alles geschehen, um schnell und reichlich Kartoffeln zu bekommen, wenn [illegible]möglich ohne Zwang. Zu wirklichen Erfolgen können wir aber [illegible] nur durch den freien Willen der Landwirte kommen. Lassen Sie [illegible] mich mit Stich, so schloß er seinen eindringlichen Appell. [illegible]Staatsrat Bovin sagte, die Regierung wolle von Zwangsmaßnahmen möglichst abliegen, erwarte dann aber auch, nicht im Stich [illegible]gelassen zu werden. Die großen Orte dürfen nicht unversorgt [illegible]bleiben. Wir wollen möglichst zu einer Versandzugung gelangen, [illegible] über den Anbau von Kartoffeln, Getreide und Mühlen, um [illegible]auch hier unabhängig zu werden. Dem Landwirt muß ein Preis [illegible]gesichert werden, der ihm ein Auskommen ermöglicht. — Prof. [illegible]Dr. Roehr-Cöthen wies darauf hin, wie hoch die Not bereits [illegible]gestiegen ist; wenn nicht schnell geholfen wird, kommt die Hungerrevolution über das Land. — Oberstleutnant Hobbe forderte [illegible] den Landwirt auch Rechte, wo nun so viele Pflichten auferlegt [illegible]werden. — In der weiteren ausgedehnten Aussprache wurde [illegible]auch noch die verkürzte Arbeitszeit, Streiks gegen Streik und [illegible]Boycott, Aufhören der politischen Verhetzung, Verbreitung der [illegible]Gewerkschaftsblätter und ähnliches herangezogen. Kreisdirektor von Brunn lenkte [illegible]noch mit, daß an den letzten zwei Tagen von Cöthen schon über [illegible]3000 Zentner Kartoffeln nach Dessau abgingen.

[illegible] 1. Genthin, 25. Nov. (Gegen die Zwangswirtschaft.) Eine Versammlung des Bundes der Landwirte im [illegible]Kreise Jerichow II fand hier im „Deutschen Hause" statt. Der [illegible]Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher Wetnicke-Zabeltitz begrüßte [illegible] in einer Ansprache die zahlreich Erschienenen und führte aus, daß [illegible] es noch der Kriegspause dringend notwendig sei, mit aller Kraft [illegible]die Tätigkeit wieder aufzunehmen, um gegen die schweren Schä[illegible]digungen anzukämpfen, die der Landwirtschaft durch die Zwangswirtschaft zugefügt werden. Darauf sprach der Geschäftsführer [illegible] des Bundes der Landwirte, Dr. Pieper-Halle, über „Die Zwangswirtschaft und ihre verderbende Wirkung auf den landwirtschaftlichen Betrieb". Der Redner begann seine Ausführungen mit der Behauptung: Es ist und wird mit diesem Unversuch regiert. Zum Beweise derselben griff er die wichtigsten der verfehlten Maßnahmen heraus. Er führte dann weiter aus, daß die Erzeugnisse um drei Millionen Hektar zurückgegangen sei. Durch die Zwangswirtschaft hätten sich die Verhältnisse zu Ungunsten der Landwirtschaft verschoben. Die Kriegsgesellschaften müßten aufgelöst werden, damit der Handel sich wieder voll entfalten könne. Die jetzige Regierung halte an der Zwangswirtschaft nur deshalb fest, weil sie darin die Vorstufe zur Sozialisierung sehe. Enteignet soll der Besitz werden, und zwar der kleine zuerst. Die Landwirtschaft hätte allen Grund, sich energisch gegen die jetzigen Zustände zu wehren. Sie müsse Männer von der Scholle ins Parlament entsenden und in der Regierung sollten nur befähigte Köpfe sitzen. Die Juden müßten aus den leitenden Stellen entfernt werden. An den Vortrag schloß sich eine zege Aussprache. Parteisekretär Kamms wies auf den Deutschen Bauernbund hin, der vorgeht, die Interessen des kleinen und mittleren Bauernstandes wahrzunehmen. Ein Vertreter dieses Bundes sei jedoch für Anschluß und nicht für Abbau der Zwangswirtschaft eingetreten. Das Volk erkenne langsam, wohin und die jetzige Regierung geführt habe. Der Geist eines Bismarck und Hindenburg müsse im Volke wieder lebendig werden. Den von sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwurf, daß Landrat von Schenck an vielen Mißständen im Kreise schuld sei, wies Dr. Pieper energisch zurück. Der Landrat hätte nur die von der Regierung kommenden Verfügungen auszuführen. Darauf wurde eine Entschließung, die schärfsten Protest gegen die Zwangswirtschaft und ihre immensen nachteiligen Folgen erhebt und die Aufhebung derselben fordert, von der Versammlung angenommen. Die Entschließung soll den maßgebenden Stellen übermittelt werden.

[illegible] Oreis, 24. Nov. (Eine Einbrecherfamilie festgenommen.) Seit Jahren wurde die hiesige Gegend von dem Einbrecher Franz Mitsche aus Weida in Aufregung gehalten. Mitsche war ein gefährlicher Einbrecher, der vor nichts zurückschreckte und besonders die Landbevölkerung brandschatzte. Eine ganze Anzahl schwerer Diebstähle sind ihm zur Last gelegt worden. Man suchte ihn ins Gefängnis, aber immer wieder brach der berüchtigte Dieb aus. Zuletzt entkam er vor einigen Monaten aus dem Gefängnis in Gera. Kaum war seine Flucht bekannt geworden, da begannen schon wieder die Einbrechereien. Ueberall wollte man Mitsche gesehen haben, doch niemals gelang es, ihn festzunehmen. Mehrfach hat er sich in Weida bei seiner Familie aufgehalten, und schließlich ist er mit seiner Frau nach Oesterreich entflohen, wohin er stammte. Eine erwachsene Tochter, die sich unter schwindelhaften Angaben in ein Kloster in Breslau eingeschmuggelt hatte, nahm er aus dem Kloster mit. Wie jetzt hierher gemeldet wird, ist Mitsche in seiner Heimat in Oesterreich mit Frau und Tochter verhaftet worden. Alle befinden sich im Landesgefängnis in Troppau. Bei der Verhaftung fand man in seinem Besitz allerhand Einbrecherwerkzeuge und eine größere Summe Geld. Die ganze Gegend atmet auf, daß der gefährliche Mensch nun doch unschädlich gemacht ist, weil man bis zuletzt fürchtete, daß er jede Gelegenheit benutzen werde, wieder hierher zurückzukehren.

Volkswirtschaft

Während der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Deutsche Zeitung" gestattet

Aktiengesellschaften

* **Bingwerke, vorm. Gebr. Bing, Akt.-Ges. in Nürnberg.** Die Generalversammlung beschloß die Ausgabe von 10 Mill. Mark 4,5 proz. zu 102 % rückzahlbarer Teilschuldverschreibungen und 5 025 000 Mark neuer Aktien. Von der Verwaltung wird mitgeteilt, daß die Betriebe andauernd voll beschäftigt seien. Für 1918 wurden 12 % Dividende und 6 % Bonus ausgeschüttet.

Bürgerliches Brauhaus A.-G. Nordhausen a. H. Bei der am 10. Dezember cr. stattfindenden ordentlichen Generalversammlung wird u. a. die Genehmigung des Ankaufs der Brauerei Ziegler in Sondershausen beantragt.

Donnersmarckhütte. Die Gesellschaft hat an eine Bankgruppe unter Führung der Deutschen Bank eine neue 4½ prozentige zu pari rückzahlbare Anleihe von angeblich 10 Millionen Mark begeben, die zu 100 % freihändig zum Verkauf gelangt.

Spritbank Aktiengesellschaft in Berlin. Die Gesellschaft beruft eine außerordentliche General-Versammlung zum 17. Dez. 1919 zwecks Erhöhung des Aktienkapitals um 6 950 000 Mark auf 10,5 Mill. Mark. Die Genehmigung der Behörde ist nachgesucht. Gleichzeitig soll die Aenderung der Firma in C. A. F. Kahlbaum Aktiengesellschaft beschlossen werden.

Harkortsche Bergwerke und chemische Fabriken, A.-G. in Gotha. Der Generalversammlung soll für das am 30. Juni 1919 abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 6 Prozent (i. V. 22½ Prozent) in Vorschlag gebracht werden. Das Werk Siebenbürgen hat zu dem Erträgnis für 1918/19 nichts beigetragen.

Sachsenwerk, Licht- und Kraft A.-G. in Niederschlag-Dresden. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß antragsgemäß die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 auf 15 Millionen Mark.

Mannesmannröhren-Werke A.-G. in Düsseldorf. Die Dividende der Oesterreichischen Mannesmannröhren-Werke G. m. b. H. ist mit 5 Prozent in Aussicht genommen. Die Unkosten für die Umstellung der Bewirtschaftung der Friedenswirtschaft haben die zu diesem Zwecke aus den Erträgnissen des Vorjahres zurückgestellten 5 500 000 Mark überschritten.

A.-G. Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel in Hamburg. Aus dem Reingewinn von 74 749 Mark (56 855) sollen wieder 6 Prozent Dividende verteilt werden.

Ostenropäische Bank- und Handelsgesellschaft A.-G. Unter der Firma Osteuropäische Bank- und Handelsgesellschaft A.-G., ist eine Aktiengesellschaft mit dem Sitze in Berlin mit einem Kapital von 6 Millionen Mark gegründet worden. Die Gesellschaft will den Warenhandel mit dem In- und Auslande, vorzugsweise mit dem Osten Europas, und in Zusammenhang damit einschlägige Bank- und Finanzgeschäfte betreiben.

Pomona-Diamanten-Gesellschaft in Berlin. In der außerordentlichen Generalversammlung, die sich mit dem Antrage auf Genehmigung eines Vertrages über Veräußerung der Abbaurechte der Gesellschaft zu befassen hatte, machte der Vorstand u. a. folgende Mitteilungen: In den letzten Wochen haben in Holland Verhandlungen stattgefunden zwischen den Vertretern der Hauptsächlichen südwestafrikanischen Diamanten-Gesellschaften und den Vertretern ausländischer Finanzgruppen, zu denen in erster Linie die kapitalkräftige Anglo American Corporation gehört. Man einigte sich über den Inhalt eines Vertrages, wonach die sämtlichen Abbaurechte der beteiligten südwestafrikanischen Diamantengesellschaften und ihre Betriebsanlagen in eine neu zu gründende Gesellschaft unter der Firma Consolidated Diamond Mines of South West Africa Ltd. übertragen werden sollen. Die neue Gesellschaft wird mit einem Kapital von 8 750 000 Pfd. Sterl. ausgestattet. Der Kaufpreis, der den deutschen Diamantengesellschaften insgesamt zufließt, beträgt etwa 3 Mill. Pfd. Sterl. und ist unverzinslich zu 45 Proz. in der und zu ungefähr 45 Proz. in Ordinary Shares der neuen Gesellschaft zu zahlen. Die für die Barzahlung sowie für sonstige Geldbedürfnisse der neuen Gesellschaft erforderlichen Mittel werden durch Ausgabe von 1 850 000 Pfd. Sterling Proz. Debentures, die gleich den Ordinary Shares stimmberechtigt sind, und deren Inhaber innerhalb einer bestimmten Frist die Umwandlung der Debentures in Ordinary Shares verlangen können, beschafft. Von den Käufern der Bergbaurechte ist mitgeteilt worden, daß die Regierung der Südafrikanischen Union die Rechte anerkannt und das Verkaufsabkommen und die Zahlung des Kaufpreises an die Gesellschaft genehmigt hat. Ihr Anteil an dem Kaufpreise für die südwestafrikanischen Bergbaurechte steht noch nicht fest. Die Feststellung soll an Ort und Stelle durch eine Kommission der beteiligten Gesellschaften stattfinden. Falls man sich innerhalb der Kommission nicht einigt, wird die Entscheidung einer unparteiischen Sachverständigenkommission angerufen werden. Die Pomonagesellschaft schätzt ihren Anteil an der Kaufsumme von 8 Mill. Pfd. Sterl. auf mindestens ein Drittel. Es verbleiben der Gesellschaft außerdem ihre Bestände an bar, Wertpapieren, Bankguthaben und anderen Buchforderungen und die Betriebsergebnisse bis Ende 1918 sowie drei Viertel des Gewinns in 1919. Ohne Erörterung wurde der Antrag der Verwaltung genehmigt, ebenso eine Angabl Statutenänderungen.

Industrie, Handel Handwerk,

Chemikalienbörse. In Kreisen der Berliner Metallhändler, die sich während des Krieges vielfach auch dem Handel in Chemikalien zugewandt haben, ist in letzter Zeit Propaganda gemacht worden für die Errichtung einer Chemikalienbörse in Berlin. Daraufhin ist diese Frage auch im Verein der Interessenten der Berliner Metallbörse mehrfach erörtert worden. Fast übereinstimmend ergab sich die Auffassung, daß die Errichtung einer Börse für Chemikalien vorläufig nicht in Frage kommt, dagegen wurde aus zahlreichen Erwägungen heraus die Abhaltung von regelmäßigen Zusammenkünften ins Auge gefaßt, aus denen sich im Laufe der Zeit allmählich eine Börse entwickeln könnte. Ob es bei der ungeheuren Zersplitterung der chemikalischen Fabrikate, ihren meist geringen Quantitäten und Bedarfsmengen gelingen wird, wenigstens in einzelnen Artikeln einen börsenmäßigen Handel zu entwickeln, muß dahingestellt bleiben. Unbedingte Vertretbarkeit der Ware würde jedoch die erste Voraussetzung von Börsengeschäften in Chemikalien sein.

Die Viehverwertungs-Genossenschaft für den Kreis Osterburg veranstaltet in Osterburg, Altmark, im Berliner Hof am Mittwoch, dem 3. Dezember 1919, vormittags 9 Uhr, ihre erste Viehversteigerung. Es kommen ungefähr 80 Stück Rindvieh und ca. 50 Pferde zum Verkauf.

* **Elektrolytkupfer.** (Notierung b. Ver. f. d. dt. Elektro. Notiz.) 2154 Mark.

Geldmarkt und Banken

Kurzenaustausch. Wie die Gewerkschaft Alexandershall, Kaliwerk in Becka, mitteilt, beabsichtigt die Gewerkschaft Wintershall den Umtausch ihrer Kuxe gegen Kuxe der Gewerkschaft Wintershall im Verhältnis 3 zu 1 anzubieten.

Ausländische Wertpapiere. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend Ueberlassung ausländischer Wertpapiere für das Reich.

Eine Anleihe für die Leipziger Mustermesse. Der Rat der Stadt Leipzig beschloß, dem Meßamt für die Leipziger Mustermesse ein 4½prozentiges Darlehen bis zur Höhe von 4 Millionen Mark zur Schaffung weiterer Meßausstellungsräume zu gewähren.

Gegen Ausfuhrzölle. Der Reichsverband der deutschen Industrie sprach sich nach eingehenden Beratungen mit aller Entschiedenheit gegen Ausfuhrzölle aus. Der gegenwärtigen Verschleuderung der deutschen Ausfuhr soll durch straffe Kontrolle der Ausfuhr und der Ausfuhrpreise durch die Außenhandelsstellen und Preisprüfungsstellen der deutschen Industrie entgegengewirkt werden.

Gewinn-Auszug
der
14 Preuss.-Südd. (240. Preuss.) Klassen-Lotterie

6. Klasse — 15. Ziehungstag — 24. November 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 15000 M 120717
4 Gewinne zu 3000 M 64437 47984
70 Gewinne zu 3000 M 723 17130 27645 40728 45054 53323 54355 60453 73538 86030 98501 105879 109759 116795 117214 129341 140283 143463 149973 156421 167588 187276 189952 191504 192237 198785 200620 203205 203834 205083 205343 222565 224702 226937 230372

158 Gewinne zu 1000 M 2375 5750 10925 11589 12201 18667 21099 21629 21983 29022 29705 29773 33011 33830 36707 38939 43155 43809 47466 49578 50133 59368 59705 59942 61786 66411 76034 76477 76706 77323 81821 90479 95702 109699 111120 109515 109299 109445 109948 111127 112940 113157 115971 123510 126205 123739 132542 132733 133075 133400 133772 137895 139650 144250 149470 149534 151258 152830 154437 157159 159773 160927 169921 171397 171819 172107 177385 178981 179861 181990 182485 182609 193875 212221 217434 217523 226156 229847 232753

193 Gewinne zu 500 M 134 5034 10055 15920 19305 37808 44232 45949 46555 50315 50845 51298 52349 55309 57361 57985 59552 61620 62737 64756 66370 69254 72621 73579 76903 82371 82834 84695 90035 94933 96079 99385 101850 109371 109764 110039 113003 113637 117011 119299 119417 121744 122943 123828 125584 129536 129819 130990 132780 133933 136622 137258 139125 142301 143064 147391 149481 151433 151621 153399 154371 155919 157348 158731 159019 162230 167985 171146 172490 176587 176778 178544 182922 190920 195289 200739 202373 202640 206607 206756 209044 210041 211998 212952 215395 215835 215881 216745 218620 219362 222883 225271 226031 228114 238572 230758

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 40000 M 107641
2 Gewinne zu 10000 M 90657
8 Gewinne zu 6000 M 63018 84538 96858 112798
62 Gewinne zu 3000 M 1013 18610 20384 30879 31609 34188 34758 35811 50619 64642 70724 80511 92413 94158 108573 108754 115073 119997 122391 131571 139969 158999 167518 170267 170425 174669 181025 187351 187885 195459 200241

176 Gewinne zu 1000 M 706 4933 8790 10049 10264 11026 12405 25403 26214 27207 27444 27669 30156 31977 32026 34955 37732 38700 40204 48114 49358 52408 53970 57585 58310 64924 65023 67903 70557 75962 79514 80442 85928 87394 88744 95416 96431 97715 99082 99574 103767 104839 107425 108325 110509 111211 115790 115795 116735 118776 117435 117052 119926 120675 124313 127037 130983 135079 138886 139031 139932 142772 149824 151278 153276 153403 154831 155250 159954 163724 167827 168372 169431 171712 174596 178821 181079 191678 204866 205435 207863 209745 215963 218549 220097 220574 224281 226591

212 Gewinne zu 300 M 1120 4609 5619 12900 14478 17950 19347 20988 20037 21434 23738 23243 32209 33455 33620 35158 38102 38385 38460 39015 44820 45894 48816 50862 53059 56548 58589 61870 64110 64873 65030 65453 65578 66903 70619 71233 77112 78470 79469 81908 81387 82691 84065 85383 87805 90098 93002 93278 93044 94418 94444 95417 96858 99579 105825 110457 117654 118700 120958 123832 123489 124492 126781 127470 131984 132501 134039 142860 145048 146838 152298 153873 154513 157339 157450 159920 161540 163568 171055 172090 175515 179999 180005 187952 187942 192311 193910 195525 196257 199278 199998 199995 200282 200782 201055 207312 208991 210374 212984 220318 220386 221804 224109 228004 230807 231884

Chlorodont Zahnpaste macht die Zähne blendend weiß, wirkt antiseptisch, beseitigt Zahnstein sowie üblen Mundgeruch. Überall erhältlich.

Verantwortlich für Politik: Helmut Wolicker; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heilig, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.

Anzeigenteil: Paul Kerber, sämtlich in Halle a. S.

Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0003

Thaliasäle, Dienstag, 2. Dezember, 8 Uhr

4. Dekovor-Zyklus-Konzert.

Kammermusik-Abend.

Ausführende: **Edith von Voigtländer** (Violine) **Maria Schramm** (Violoncell) **Paul Schramm** (Klavier).

Karten 4.10, 2.60, 1.55 bei Heinrich Hothan.

Thalia-Säle. Mittwoch, 10. Dez., 7½ Uhr abds.

Vortrag mit Lichtbildern und Kino

H. v. Mücke,

Korvetten-Kapitän a. D.,

I. Offizier der Emden, Kommandant d. Ayesha.

Karten zu 4.—, 3.—, 2.—, 1.— bei **H. Hothan.**

Thalia-Säle

Donnerstag, den 27. Nov., abends ½8 Uhr

Wohltätigkeits-Vorstellung

zu Gunsten der „Hallischen Kriegsgefangenen-Heimkehr".

„Verheiratete Junggesellen"

Musikalischer Schwank in 3 Akten v. Rudolph Nelson.

Veranstalter: **„Paul Meyer's Lustige Bühne"** unter Mitwirkung des **Seifert-Orchesters.**

Eintrittskarten zu 4.—, 3.—, 2.— Mk. sind bei Herrn Juwelier Tittel sowie an der Abendkasse zu haben.

Konzertdirektion Siegfried Kummerehl.

Freitag, 28. November, 7½ Uhr

Mozartsaal

Lieder-Abend

der Opernsängerin

Irma M.

Petar.

Am Klavier: **Paul Schramm.**

Gesänge von **Reger, Weingartner, Schwartz, Herrmann, Strauss, Renzen.**

Signale. Eine wirkliche Individualität unter den Sängerinnen. — In ihrem Singen ist selbstverständliche Anmut und Grazie. — In diesem Singen ist etwas Blühendes, Glitzerndes, Mondaines, Primadonnenhaftes. — Man kann mit Sicherheit sagen, es ist eine Sängerin, von der man noch hören wird.

Karten 4.10, 3.10, 2.10 bei **H. Hothan.** Für Studierende beim Kastellan der Universität.

Sonnabend, den 29. November, abends ½8 Uhr
Mozartsaal (Weidenplan 20)

Vortragsabend des Telepathen u. Experimental-Psychologen

Boris Sandloff.

Eintrittskarten zu 3.10, 2.10, 1.55 u. 1.05 Mk. in der Musikalienhandlung **Albert Hanthey,** Gr. Ulrichstrasse 12.

Thalia-Säle.

Morgen Donnerstag von 6 Uhr an

vornehmer Ball

im oberen Saale.

Krawatten

empfiehlt

F. C. Siebert,

Leipzigerstr. 9, gegenüber der Ulrichskirche.
Gegr. 1853. Fernruf 2363.

Herren- u. Speisezimmer — Altrenommiertes Möbel-Fabrik — Schlafzimmer in jeder Preislage — Küchen

C. Hauptmann

Kl. Ulrichstr. 36a u. b.

Leipziger Straße 88

Fernruf 1224.

Ab Freitag, den 28. November 1919

Erstaufführung!

Das grosse Sensations-Schauspiel

„Der Tempelräuber"

— 6 Akte —

Ein Film spannendster Handlung und meisterhafter Regie. Mittelalterliche Ritterfeste — Indische Tempelszenen — Verfolgungskampf zwischen Flugzeug, Torpedojäger, Motorboot — Fallschirm-Absturz aus 2000 Meter Höhe.

In den Hauptrollen:

Harry Liedtke, Bruno Decarli, Loo Holl.

So urteilt die Presse:

8-Uhr-Abendblatt: Auf bisher unerreichter Höhe stehen die Szenen.

Berliner Mittagszeitung: Das Sensationsschauspiel ist, was Phantasie, Technik und Originalität betrifft, ein **Meisterwerk.**

Der Film: ... Während der Uraufführung gab das Publikum bei offener Szene mehrmals **spontanen Beifall kund.**

Morgen letzter Tag! Ellen Richter in „Der Aberglaube".

Alte Promenade 11a

Fernruf 5738.

Ab Freitag, d. 28. Nov.

Lotte Neumann

in dem 5aktigen Schauspiel

Das Schicksal der Carola von Geldern.

Für den Film bearbeitet frei nach Motiven des Olga Wohlbrück'schen Romans

„Der grosse Rachen".

Handlungsgehilfen und Angestellte aller Berufe

Oeffentliche Versammlung m. freier Aussprache

am **Freitag,** den 28. November, abends 8¼ Uhr im **„Thaliasaal".**

Kollege **Georg Brost-Leipzig,** Mitglied d. sächs. Volkskammer:

Wirtschaftskrieg im eigenen Lande oder Arbeitsgemeinschaft?

Angestelltengruppe der Deutschnationalen Volkspartei Halle.

Zur Deckung der Unkosten werden 50 Pfg. Eintrittsgeld am Saaleingang erhoben

---

Zoo.

Donnerstag, 27. Nov., abends 8 Uhr

Gesellschafts-Abend

(Konzert u. Ball).

Musik von der Kapelle d. **1. Landesjäger-Reg.**

Leitung: Obermusikmstr. C. Steuer.

Eintrittspreis Mark 2.50 für die Person.

Zoo-Abonnenten frei.

— Gesellschaftsanzug. —

Statt besonderer Anzeige.

Heute gegen Mittag entschlief sanft nach langem Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, der **Kaufmann**

Arthur Göltschke.

Halle a. S., Lindenstr. 8, den 25. November 1919.

In tiefer Trauer

Charlotte Göltschke geb. Brasen
Gerichtsassessor **Kurt Göltschke,**
Hilfsrichter am Landgericht I Berlin
Emmi Göltschke.

Beerdigung von der Kapelle des Südfriedhofes am Freitag, den 28. November 1919, nachmittags 2 Uhr.

Am 23. November verschied unser früherer **Lackierermeister**

Herr Wilhelm Hennicke.

61 Jahre stand der nunmehr Entschlafene in unseren Diensten, ein leuchtendes Vorbild treuester Pflichterfüllung. Wir werden seiner stets ehrend gedenken.

Gottfried Lindner

Akt.-Ges.,

Ammendorf b. Halle a. d. S.

Apollo-Theater

Täglich abends 7½ Uhr
Mit großem Erfolg

„Die Puppe"

Operette v. L. Andrian
Lancelot . . H. Willbrandt
Ververkauf 9—1 und 5—6 Uhr

Walhalla-Operetten-Theater

Anfang ½8 Uhr:

Die Faschingsfee

Sonntag ¼4 Uhr:

Aschenbrödel

unter Mitwirkung des gesamten Balletts.

Kasse 10-1½ u. 4-6 Uhr

Spielwaren

in grosser Auswahl.

Gesellschafts-Spiele.

G. Liebermann,
Geiststrasse 42.

Stadt-Theater

Donnerstag, 27. Nov. 1919
Anfang 8 Uhr:

II. Konzert.

IV. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus
Leitung: Professor **Dr. Hans Pfitzner.**
Solisten:
Gertrud Meinel, Dresden.
Wilhelm Guttmann, Berlin.
Freitag: Anfang 7 Uhr: **Don Carlos.**

Gebr. Bethmann

Werkstätten für Wohnungskunst

Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80.

Bequeme Polstermöbel.

Rosa

Parfümerie
Gr. Steinstrasse 8.

Hand- u. Nagelpflege!

Manicure-Etuis
in allen Preislagen
Scheren, Feilen
Polierer
Poliersteine
Oja-Nagellack.

Angebot!

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Reichhaltigste Auswahl!

Möbelfabrik

Albert Martick Nachf.

Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Gallensteine.

Prof. Dr. Webers Gallensteinmittel **Cholapin,** ein bewährtes Gallensteinmittel zur Lösung und meist gänzlicher Beseitigung dieses schmerzhaften Leidens. Preis Mk. 10.00 für eine Dosis, meist für eine Kur ausreichend. Versand: Grüne Apotheke, Brieg 115.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0004

Deutschnationaler Landesparteitag Merseburg

Der erste Parteitag des deutschnationalen Landesverbandes Merseburg wurde am Mittwoch, den 26. November 1919, im Thaliassaal in Halle a. S. gegen 9½ Uhr vormittags eröffnet. Der Vorsitzende des Landesverbandes

Excellenz von Trotha,

eröffnete den Parteitag mit folgenden Worten: Im Namen des Vorstandes begrüße ich alle verehrten Parteigenossen herzlichst. Ich begrüße besonders die beiden Abgeordneten unserer Partei, Herrn Grafen Posadowsky und Herrn Rektor Hermann, ferner auch diejenigen, die nicht zum Landesverbande gehören.

Vor wenigen Wochen jährte sich der Tag, an dem das größte Verbrechen am deutschen Volke begangen wurde. Ein Jahr der Schmach und Schande liegt hinter uns, wie es die deutsche Geschichte noch nicht gesehen hat. Durch eigene Schuld sind wir zu Grunde gegangen. Das war nur möglich, weil internationale Kräfte den stolzen Bau des Reiches unterwühlten und untergruben. Aber wie das deutsche Volk sich selbst zu Grunde gerichtet hat, so muß es sich auch selbst wieder aufrichten. Auf fremde Hilfe ist nicht zu rechnen. Die deutsche Geschichte lehrt, daß auf jeden Niedergang wieder ein Aufstieg folgte; allerdings muß dieser mühsam erkämpft werden unter Anspannung sämtlicher Kräfte. Noch sehen wir keinen Lichtblick vor uns, noch geht es bergab mit uns, noch hat das deutsche Volk in seiner Gesamtheit nicht begriffen, was der Versailler Frieden bedeutet. Erst dann, wenn jeder einzelne die Folgen dieses Friedens am eigenen Leibe verspürt, dann wird vielleicht die Erneuerung, ein langsamer Aufstieg erfolgen. Dann ist es Zeit, daß unsere Partei, als wahre Volkspartei alles um ihre Fahnen schart, was sich monarchisch nennt. Blicken wir zurück auf die Zeit vor 100 Jahren. Deutschland lag wehr- und ehrlos am Boden und niemand glaubte an die Möglichkeit eines Wiederaufstiegs. Das deutsche Volk hatte damals allerdings auch einen König. Wir haben jetzt keinen Kaiser und König mehr. Damals hielt Fichte seine Reden an die deutsche Nation, die haben damals gezündet und sollen uns heute noch ein Weckruf sein. Wir wollen treu sein und fest in der Hoffnung, dann wird Deutschland wieder auferstehen. Das wolle Gott! — Lebhafter Beifall folgte den Worten des Redners.

Hierauf ergriff

Assessor Bartels

das Wort: Die Gründung der Deutschnationalen Volkspartei fällt in die Zeit des größten Niedergangs. Ich erinnere daran, wie es im vergangenen Winter hier aussah; wir appellierten an den deutschen Gedanken, wurden aber niedergeschrien. Das Deutschtum, das beste, was wir hatten in der Vergangenheit und das wir hochhalten müssen für die Zukunft, sollte nicht mehr gelten. In dieser Zeit war es die Deutschnationale Volkspartei, die den unerschütterlichen Glauben an die Stärke und Wiedererwerbung des Deutschtums im Volke lebendig zu erhalten verstand. Dieser Wille, den deutschen Gedanken hochzuhalten und ihn zu verewigen in dem Zusammenschluß der Deutschnationalen Volkspartei, war in vielen von uns lebendig.

Ich will heute von den Einrichtungen der Partei sprechen, wie weit diese gediehen sind, und will zum Schluß zeigen die Ziele der Partei im Großen vorführen. Bei der Gründung der Partei hatten wir zu rechnen mit neuen Verhältnissen insofern, als das Wahlgesetz neue Wahlbezirke schuf. Früher umfaßte der einzelne Wahlkreis einen beschränkten Kommunalkreis. Damals war es leichter, den einzelnen Abgeordneten zu wählen, da die Wähler genau ihren Abgeordneten kannten. Aber damals hatte der einzelne Wahlkreis wegen seiner Kleinheit nur einen bescheidenen Einfluß auf die Leitung der ganzen Partei im Reiche. Jetzt haben wir große Wahlbezirke. Der Wahlbezirk Merseburg umfaßt den ganzen Regierungsbezirk Merseburg mit 21 Kommunalkreisen und 700 000 wahlberechtigten Personen. Es gehört eine große Arbeit dazu, um hier die Einheit herzustellen. Darum müssen wir zusammenstehen, und zwar umsomehr, wenn wir uns vergegenwärtigen, wo unser Wahlbezirk gelegen ist. Er ist gelegen im Kernland des Deutschtums, wie eine 2000jährige Geschichte beweist, und aus diesem Kernland muß der deutschnationale Gedanke wieder herausgehen. Wir müssen werden, zu einem Landesverbande, wo jeder Zwist und Kleinigkeiten beiseite stehen, wo nur der Gedanke an Deutschtum und Vaterland ausschlaggebend ist. Einheit muß walten, auch als innere Notwendigkeit innerhalb dieses Bezirkes unserer Partei zum Verhältnis zu den zahlreichen Mitgliedern. Der freie Deutsche hat von jeher verlangt, bei wichtigen Staatsentscheidungen mitzusprechen. Dieser Wille spricht besonders jetzt aus allen Deutschen, darum müssen wir eine volkstümliche Partei sein, Leute aus allen Ständen und Berufen heranziehen und unsere Partei zu ausbauen, daß sie diesen Bedingungen völlig genügt. Aber jeder einzelne weiß, daß die Geschichte gemacht wird durch den vom Volke aufgenommenen Willen einzelner Männer.

Wir brauchen leitende Staatsmänner

und tüchtige Staatsmänner. Darum muß jeder dafür sorgen, daß solche Staatsmänner wieder auf den Posten kommen, wo diese Leute sind, die man nie und nimmer Staatsmänner nennen kann.

Wir können unseren Wahlkreis nicht aufbauen, wenn er ein leerer Körper ist. Er muß Unterorgane haben. Diese sind die Kreisvereine. Es ist für diese schon viel getan worden, aber noch lange nicht genug. Weiter brauchen wir Ortsgruppen. Jeder einzelne muß Gelegenheit haben, sich mit Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei am gleichen Orte zusammenzuschließen und auszusprechen über politische Fragen. Die Ortsgruppe muß einen Vorstand wählen, eine bestimmte Persönlichkeit, die den Schriftverkehr der Partei leitet. Es müssen auch Mitgliederlisten geführt werden. Wenn wir das alles tun, dann glaube ich, daß auch ein deutschnationaler Geist in diese Ortsgruppen kommen wird, denn mit den Einrichtungen wachsen die Gedanken. Nicht mit Schlagworten wollen wir die Menge abfeisen, sondern mit wahren, ehrlichen, deutschen Gedanken. Wir bedürfen weiter der Presse, denn ein Parteiorgan ohne Presse ist ein toter Körper. Von ganzer Wichtigkeit ist es, daß wir ein zuverlässiges Parteiorganogramm besitzen. Männer von bestem Korn haben sich der Partei zur Verfügung gestellt und dienen ihr in treuester Pflichterfüllung. Daneben muß aber auch jeder einzelne auf dem Posten sein und daran mitwirken, daß wir aus diesem Niederbruch herauskommen, indem wir überall den deutschnationalen Gedanken ausbreiten.

Was ist unser Hauptziel? Alle unsere Arbeit muß darauf hinauslaufen, den deutschnationalen Gedanken nicht nur in eine Minderheit hineinzutragen, sondern in eine Mehrheit. Wir zählen in unserem Vaterlande 65 Millionen Deutsche, mit unseren Brüdern in Oesterreich sind es 80 Millionen und einschließlich aller anderen rund 100 Millionen Deutsche. Diese zu führen, dazu gehört ein starker nationaler Gedanke. Dazu müssen wir die Mehrheit haben und diese können wir nur haben, wenn wir unsere Partei ausbauen und zur Führerin machen. Unser Vaterland, unser Deutschland durch uns selbst wieder aufzubauen, ist eine herrliche Zukunft. Das ist der Grundgedanke unserer Deutschnationalen Volkspartei. — Auch dieser Redner erntete für seine Ausführungen seitens der Versammlung stürmischen Beifall.

Hierauf sprach

Dr. G. W. Schiele

Wir leben unter der Herrschaft des vierten Standes. Wer ist der vierte Stand? In der Hauptsache nur die großstädtische und großindustrielle Arbeiterschaft, eine dem Tode geweihte Volksklasse; denn sie hat das Werk, von dem sie lebte, die großindustrielle Unternehmung, selbst zerstört. Außerdem ist keine Volksklasse weniger geeignet, ein großes Kulturvolk zu regieren, als gerade die großstädtische Arbeiterschaft. Sie weiß am wenigsten, wie das Brot auf den Tisch kommt, von dem unsere Kinder leben sollen. Sie kann am wenigsten die großen Zusammenhänge der Volkswirtschaft. Sie steht dem Lande und der Natur am fernsten. Es wird sich sehr bald zeigen, daß diese Klassenregierung des vierten Standes den vierten Stand und das ganze Volk in den Abgrund führt.

Wenn nun die Herrschaft des vierten Standes zusammenbricht, was dann? Dann muß der dritte Stand die Führung übernehmen. Wer ist der dritte Stand? Antwort: Bürger und Bauer.

Für den Sozialisten gibt es nur zweierlei Volksschichten: Kapitalisten und Proletarier. Der Mittelstand ist für ihn etwas, was zum Untergang bestimmt ist. Das Erfurter Programm beginnt mit folgendem Satze: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet" . . . „Hand in Hand mit der Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe." Es wird dann weiter geredet von der „versinkenden Mittelschicht". Das ist aber alles weiter nichts als ein schwerer Irrtum. Der Mittelstand wird nicht untergehen.

Der Sozialist weiß nichts von der großen Bedeutung des Mittelstandes für das gesamte Volk, für die leibliche und sittliche Gesundheit und für die Freiheit der Nation. Er kennt nur die horizontalen Schichtungen, welche ein Volk trennen und will sie in einer allgemeinen Gleichheit verschwinden lassen.

Wir aber aus dem bürgerlichen Mittelstande kennen noch eine andere Einteilungsweise der Stände eines Volkes, welche sich sozusagen in vertikalen Linien darstellt. Solche Unterschiede sind Stadt und Land. Wir können auch sagen

Bürger und Bauer

Der städtische Mittelstand wiederum kann eingeteilt werden in erwerbstätigen und beamteten Mittelstand. Es geht daraus hervor, wie gerade dieser Mittelstand, der der Kern eines Volkes ist, überaus zerklüftet und mannigfaltig zusammengesetzt ist. Gleich wie das Volk im Ganzen auch. Denn ein Volk ist ein großer lebendiger Körper, der die verschiedensten Organe hat und haben muß. Man kann daraus sehen, wie schwer es für den Mittelstand ist, das zu erkennen, was seine Einheit ausmacht, was ihm gemeinsam ist, was er als Gesamtheit im Volksganzen bedeutet. Es ist nur zu leicht das Unheil da, daß der Städter den Bauern nicht versteht, der Beamte den Erwerbstätigen nicht, der Verbraucher den Erzeuger nicht und umgekehrt, während sie doch alle einander nötig haben.

Wie soll denn beamteter und erwerbstätiger Mittelstand mit einander stehen? Wie Freund zum Freunde; einer kann ohne den anderen nicht leben. Alle erwerbstätigen Stände, der Kaufmann, der Handwerker, der Bauer können nicht arbeiten, ohne daß Ordnung im Staate herrscht, ohne daß es Gerichte gibt, ohne daß es ein geordnetes Verkehrsmesen gibt. Sie wollen auch, daß ihre Kinder ordentlich unterrichtet werden in der Schule. Das alles haben die beamteten Stände zu leisten. Ordnung ist die Voraussetzung jedes blühenden Erwerbslebens.

Aber andererseits kann es keine beamteten Stände geben, wenn es kein blühendes Erwerbsleben gibt. Woher kommt denn alles Gehalt und alle Besoldung? Aus Steuern. Und woher hat denn der Staat die Steuern? Der Staat selber ist ein armer Schlucker und Schuldenmacher, der gar nichts hat. Was er hat, zieht er aus einem blühenden Erwerbsleben. Ohne gewinnende und verdienende Kaufleute und Unternehmer gibt es keine Steuern, ohne Steuern keinen Staat und ohne Staat keine Beamten.

Ihr meint, der Staat könnte selber wirtschaften und durch irgendwelche Monopole dasjenige herauswirtschaften, was sonst der freie Gewerbetreibende an Steuern zahlt. Ihr irrt Euch. Alle Staatswirtschaften, alle Monopole der Zukunft werden eine schwere Enttäuschung geben und eine furchtbare Verteuerung für alle Konsumenten. Kommunalisierung, Sozialisierung, Verstaatlichung, auf alles dieses werden die unglücklichen Verbraucher noch ihren Fluch werfen und werden die Zeit zurückersehnen, wo ein freies blühendes Erwerbsleben für reichliche Steuern, gute Gehälter und niedrige Preise sorgte. Denn werden die beiden verschiedenen Hälften des Mittelstandes, die erwerbstätige und die beamtete, einsehen, daß sie einander brauchen.

Und wie stehts mit Stadt und Land? In den letzten Jahren haben die Städter geglaubt, sie täten sich selber ein Gutes an, wenn sie den Bauern unter Kontrolle nähmen und die Verteilung der Lebensmittel von den Beamten besorgen ließen. Ob diese Meinung richtig ist? Quod non erat in productione, non est consumptione. Zu deutsch: Was der Bauer nicht erst in der Scheune gehabt hat, kann der Städter nicht verteilen oder verzehren. Produktionspolitik muß das Ziel sein für alle Diejenigen, welche die furchtbare Verantwortung der Versorgung unserer städtischen Bevölkerung auf ihren Schultern fühlen. Also Bürger und Bauer gemeinsam.

Der Sozialist glaubt, der Mittelstand müsse verschwinden. Aber für uns sieht die wirkliche Zukunft, der wir entgegengehen, ganz anders aus. Seitdem der Sozialismus den Einzug in unsere Großbetriebe sich erzwungen hat, geht der Großbetrieb der schlimmsten Auflösung und Zersetzung entgegen. Der Abgeordnete Hugenberg hat es ausgesprochen: „Der Großbetrieb zersetzt sich in sich." Die immer steigenden Lohnforderungen der Arbeiter, welche den Ertrag der Unternehmungen übersteigen, fressen das Unternehmen und alle seine Reserven auf, ehe es zu einer wirklichen Betriebs- oder Besitz-Sozialisierung kommt. Das gilt von der Großindustrie und gilt leider auch von den großen Staatsbetrieben. Aber wer mit dem Großkapitalismus dem Tod und der Vernichtung entgegentaumelt, das scheint uns der großindustrielle Arbeiter zu sein. Ohne deutsche Schwerindustrie gibt es auch keine schwerindustriellen Arbeiter mehr. Wenn es bei dieser Entwicklung bleibt, so werden wir

eine neue Blüte des Mittelstandes

erleben, und aller mittelständischen Betriebe, deren Größe nicht wesentlich über Familie, Freundschaft und Nachbarschaft hinausgeht. Alle gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Machtansprüche, die uns jetzt das Leben schwer machen, sind dann nur die Sterbephantasien eines Standes, der durch die Untreue seiner Führer sich selbst dem Untergang geweiht hat. Der Großkapitalismus und der Großindustriearbeiterstand verschwinden. Es lebe die mittelständische Freiheit.

Was ist denn der Mittelstand für den Arbeiter? Er ist die breite hundertstufige Treppe des Aufstieges aus den Tiefen der Kultur zum Licht und zur Höhe, aus dienender Arbeit zur Freiheit, zur Selbständigkeit. Wenn es einer ordentlichen Arbeiterfamilie möglich ist, einen begabten Sohn auf dem Wege über die Volksschule und anschließende Fortbildungsschule hinaufzuleiten in das Reich des Mittelstandes, das Reich der Freiheit und Selbständigkeit, so ist diese Aussicht, diese Hoffnung viel mehr wert für den jungen Arbeiter und seine Eltern, als alle Zwangswohltaten des Sozialismus und alle gewerkschaftlichen Streikfreiheiten. Der Mensch lebt von der Hoffnung auf Freiheit, und von der Arbeit für Freiheit. Das ist für das Leben viel wichtiger, als materielle Wohltaten des Staates oder der kommunistischen Gemeinschaft. Sozialismus führt in den Käfig und in das Zellengefängnis; Mittelstandspolitik führt in die freie Luft und auf das hohe Meer. Darum ist die wahre Volkspolitik Mittelstandspolitik, aber niemals die Politik des Proletariats und seiner Führer.

Was bedeutet der Mittelstand für den Staat? Freiherr von Stein hatte erkannt, daß ein Staatswesen, welches nicht einen freien bürgerlichen und bäuerlichen Mittelstand enthält, der auf eigenen Erwerb seine Selbständigkeit und Freiheit aufgebaut hat,— nur ein schwächliches und ohnmächtiges Gebilde ist. Der freie Bürger erhält den Staat; nicht aber kann der Staat den Bürger erhalten. Wo es ein freies, auf eigenen Erwerb gestelltes Bürgertum nicht gibt, sondern an einer Stelle eine große Staatsmaschine und ein abhängiges Volk, das vom Staate lebt, da wird eine einzige verlorene Schlacht, wie z. B. die von Jena, den Feind zum Tyrannen des Volkes machen. Der Landesfeind braucht ja nur die große Staatsmaschine in die Hand zu nehmen; sie folgt gehorsam, wenn auch unwillig, seinem Druck, und das Volk muß es sich gefallen lassen, weil es keine Freiheit, keine Selbständigkeit, keine Selbstverwaltung hatte und kannte. Dagegen ein Volk, welches Freiheit hat, Selbstverwaltung hat, gewerbliche Selbständigkeit hat, welches den Staaten unabhängig gegenübersteht und gewohnt ist, die nötigen Staatsorgane aus sich heraus zu schaffen —, ein solches Volk ist unbesiegbar. Denn wenn auch der Feind ins Land kommt, so fehlen ihm doch die Organe zur Tyrannei, und dem Volke fehlt der Kadavergehorsam. Es hat die Fähigkeit zur Freiheit, aber nicht die zur Knechtschaft. In Kürze wird jede Fremdherrschaft an ihrer eigenen Ohnmacht und an dem Widerstand des freien Volkes erlahmen.

So dachte Freiherr von Stein, als er das neue Preußen schuf. Politische Freiheit und wirtschaftliche Freiheit, beide gehören zu einander wie Leib und Seele eines Menschen.

Werde stolz, deutsches Bürgertum!

Dir ist das heilige Feuer der Freiheit anvertraut. Zünde es an in jeder Herdstätte eines deutschen Hauses, lasse es dort leuchten und wärmen. Dieses Freiheitsfeuer ist für leibliche und seelische Zwecke da. Scheue Dich nicht, die wirtschaftliche Freiheit zu fordern. Sie ist nicht nur etwas Materielles, sondern sie ist ein Segen für alle Stände des Volkes auch für diejenigen, die sie zurzeit mißverstehen, wie z. B. jetzt manche beamtete und besoldete Berufe. Sie ist außerdem die Grundlage aller bürgerlichen und geistigen Freiheit. Bekämpfe den Sozialismus und den Kommunismus in jeder Form, auch in der jetzt so beliebten Gestalt des Kommunismus der Stadtverwaltungen. Sozialismus und Kommunismus ist der Todfeind des deutschen Volkes, nicht nur der bürgerlichen Gesellschaft, sondern des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Er ist außerdem nichts anderes als der Büttel, der Exekutor der Fremdherrschaft. Wehre Dich gegen Pöbelherrschaft wie gegen Fremdherrschaft!

Nunmehr ergriff das Wort:

Rektor Hermann, M. d. Pr. L.

Wir alle wissen, unser Heer ist auf dem Schlachtfelde von hinten erdolcht. Jetzt ist unsere Regierung dabei, mit Gesetzesvorlagen — Betriebsrätegesetz — unser Wirtschaftsleben zu vernichten. Damit schlägt man das deutsche Volk auf dem letzten wichtigen Felde, auf dem Kulturfelde.

Ein Volk kulturell zu heben, dazu gehört Geld. Geld aber ist nur vorhanden, wenn das Wirtschaftsleben blüht, liegt das darnieder, dann versiegt die Quelle für die Hebung der Volksbildung.

Verfolgt man die feindlichen pädagogischen Blätter, dann kann man daraus lesen, wie die feindlichen Völker sich bemühen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0005

Deutschland auf dem letzten Felde, auf dem Kulturfelde, zu schlagen. Sie haben erkannt, wie wahr es ist, wenn der deutsche Pädagoge Fichte sagte: „Dasjenige Volk, welches bis in die untersten Schichten des Volkes die tiefste und vielseitigste Bildung hat, wird immer an der Spitze der Völker marschieren."

Das haben frühzeitig unsere Hohenzollern erkannt und darum führten sie den Schulzwang ein, daß das deutsche Volk die beste allgemeine Volksbildung auf der Erde hatte, um die man uns beneidete.

Nun bildeten sich im alten Parlamentsleben die Liberalen ein, sie seien die besten Kulturträger. Die Konservativen hielt man für die Feinde der Volksbildung, und damit als Gegner der Volksschule und des Volksschullehrerstandes. Das kann ich aber als Schulmann nur als ein Märchen bezeichnen. Die liberale Aera, die von der Revolution 1848 bis Mitte der achtziger Jahre im Landtage die Mehrheit hatte, hat für die Volksschule und den Lehrerstand auch nicht das geringste getan. Es fehlte der Schule zum Gedeihen das Notwendigste, nämlich ein Schulunterhaltungsgesetz, den Lehrern zum Leben das Wichtigste, ein Besoldungs- und Pensionsgesetz. Trotzdem der Liberalismus im Abgeordnetenhause über drei Jahrzehnte die Macht, die Herrschaft hatte, brachte er keins von diesen Gesetzen, alle Anträge darauf lehnte er ab. Er beseitigte nicht einmal die Regulative, die das größte Hindernis für die Volksbildung waren. Ja, er machte nicht einmal den Lehrer zum Mitglied des Schulvorstandes, so daß die größte Zurücksetzung der Lehrer in die Zeit der liberalen Aera fällt. Das muß dokumentarisch festgelegt werden.

Da die Arbeit des Liberalismus nicht nur auf dem Gebiete der Schule erfolglos blieb, sondern auch auf dem Wirtschaftsgebiete versagte, und dazu noch in der Rüstungsfrage unser Vaterland im Stich ließ, war es eine Naturtatsache, daß er, der beim Dreiklassenwahlrecht groß geworden war, bei demselben zurückgehen mußte, und an die Stelle der liberalen Aera trat die konservative, allerdings nie in der Weise, daß die beiden konservativen Parteien jemals im Abgeordnetenhause die Mehrheit gehabt hätten. Noch in der letzten Wahlperiode hatten die Konservativen und Freikonservativen zusammen nur 208 Stimmen, dagegen die anderen Parteien 240. Aber mit der Zunahme der Konservativen von 11 Abgeordnete 1862 auf 208 1913 wuchs der Einfluß der Konservativen auf die Schulpolitik, so daß nun die Liberalen gezwungen wurden, positiv mitzuarbeiten.

In dieser neuen Aera kamen nun all die Gesetze, die die liberale Aera hätte bringen müssen. Freilich kamen sie in solcher Weise, daß sie der Hebung der Schule auf dem Lande und des Lehrerstandes wenig fördernd sein konnten. Sie begünstigten die Landlehrerflucht, was für diese Schulen und Gemeinden ein Krebsschaden war.

Worum aber kam man zu keiner gesunden Schulgesetzgebung? Es

fehlten den Volksschulen die leistungsfähigen Träger.

Diese zu schaffen, war das eifrigste Bemühen der rechtsstehenden Parteien. Von 1900 ab forderten sie die Regierung auf, eine Vorlage mit leistungsfähigen Verbänden einzubringen. Weil diese versagte, schlossen die Konservativen und Nationalliberalen ein Schulkompromiß, um von der Regierung eine Schulunterhaltungsvorlage zu erzwingen. Die größten Gegner dieses Kompromisses waren die Freisinnigen und das Zentrum. Endlich kam 1905 die Vorlage, die leider keine leistungsfähigen Schulverbände brachte. Die rechtsstehenden Parteien bemühten sich bei der Beratung des neuen Lehrerbesoldungsgesetzes 1908/1909 abermals, leistungsfähigere Schulverbände zu schaffen. Die Linksmehrheit lehnte die Anträge ab.

Wie schreiend ungerecht die Schulunterhaltung ist, will ich nur an einem Beispiel, an der Speisung der Ruhegehaltskasse, woraus die Pensionen für Lehrer zu zahlen sind, zeigen. Die Ruhegehaltskasse haben die Gemeinden mit Beiträgen zu speisen. Ihre Höhe richtet sich nach dem Gehalt ihres Lehrers. Je höher das Gehalt ist, desto größer ist der Beitrag. Hat die Gemeinde einen Lehrer mit dem höchsten Gehalt, dann hat sie bis 800 Mk. und mehr in die Ruhegehaltskasse zu zahlen, während die Nachbargemeinde mit einem jungen Lehrer etwa 60 Mk. beizutragen hat, also nur ein Fünftel. Dabei kann es möglich sein, daß diese Gemeinde die reiche, die andere, die das Fünffache zahlt, die arme Gemeinde ist. Dazu hat der Staat für die reiche Gemeinde in die Ruhegehaltskasse denselben Zuschuß gezahlt, wie für die arme. Solche Verteilung der Staatszuschüsse können niemals zu einer gerechten Schulbelastung führen. Ebenso ungerecht ist die Verteilung der Staatszuschüsse für die Beiträge zu den Alterszulagen und für die Aufbringung der Grundgehälter. Von den 140 Millionen Staatszuschüssen an die Gemeinden gehen durch die ungerechte Verteilung viele Millionen den armen Gemeinden und Lehrern zu ihrer besseren Besoldung verloren. Ein solcher Zustand darf nicht bleiben.

Infolge der vielen nichtleistungsfähigen Verbände hat der Gesetzgeber es gestattet, daß das Kircheneinkommen für das Kantoren- und Organistenamt zur Aufbringung der Lehrergehälter verwandt werden kann. Das ist in den ganzen Kirchschulstellen in der Weise geschehen, daß für die Kirchenämter nur 100, 200, und wenn es hoch ist, 300 Mk. übrig geblieben sind. Nur in ganz wenig Stellen geht die Entschädigung über 400 Mark. Eine solche Gehaltsregulierung hat die Kirchschulstellen zu Straffstellen gemacht. Das traurigste hierbei ist, daß die Wegregulierung des Kirchenvermögens für das Lehrergehalt, den Kirchenbeamten mit Recht in eine große Verbitterung versetzt hat, die leider wieder zu vielen Streitigkeiten zwischen Lehrer und Geistliche geführt hat.

Um diese höchst unerquicklichen Zustände zu beseitigen, versuchten es die Konservativen im Jahre 1918 noch einmal, die Schulen auf leistungsfähige Schulverbände zu stellen, um damit die Möglichkeit zu schaffen, den Lehrern sofort ein standesgemäßes Gehalt zu geben und das Kirchenvermögen wieder frei zu machen für die Kirchenämter.

Wer lehnte unsern Antrag ab? Die Nationalliberalen, die Fortschrittliche Volkspartei, das Zentrum und die Sozialdemokraten. Wieder war damit der Weg zur Hebung der Volksschule und des Lehrerstandes versperrt.

So muß festgestellt werden, daß diese Parteien in der Zeit von der alten Revolution 1848 bis zur neuen 1918 in der Praxis keine besonderen Förderer der Volksbildung und des Lehrerstandes auf dem Lande gewesen sind. Deshalb haben wir

auf dem Lande noch an 15 000 überfüllte Schulklassen,

(80—120 auf eine Lehrperson), einen sehr gering besoldeten Lehrerstand, der wegen der schlechten Besoldung schnell das Land verläßt. Stets müssen diese schwersten Schulen mit jungen, unerfahrenen Lehrern besetzt werden, so daß die Landschulen zum großen Teil nur zu Berufsstationen für junge Lehrer gemacht werden. Für diese unhaltbaren Zustände tragen die Schuld die linken Mehrheitsparteien durch das Festhalten an einer veralteten Schulunterhaltung. Die Zeitperiode von 1848—1918 schließt wenig rühmlich für sie ab. Sie haben deshalb alle Ursache, recht stille zu sein.

Nun stehen wir in einer neuen Kulturperiode. Der Ministerpräsident eröffnete die verfassungebende Landesversammlung mit einem Kulturprogramm, das dem verarmten Staate Milliarden an Ausgaben zumutet. Das neue Regime wollte sich außergewöhnlich kulturfreundlich zeigen. Doch der gesunde Menschenverstand mußte bald erkennen, daß die Ausführung solchen Programms bei der grenzenlos leichtsinnigen Milliardenverschwendung an den finanziellen Schwierigkeiten scheitern muß. Trotzdem nahm man den Mund voll und versprach die Einführung der Staatsschule und die Unentgeltlichkeit aller Schulen bis zur Universität. Dabei kann die Regierung nicht einmal Gelder flüssig machen für einen gesunden Aus- und Aufbau der Volksschule, wie ihn unsere Partei fordert. Nichts merkt man von einem Wollen, die ungerechte Schulunterhaltung zu beseitigen, um damit den Grund zur Gesundung des Volkes und der Lehrerbesoldung zu legen. Alles ist still und ruhig, ja, man ist mit der Weisheit zu Ende. Deshalb sah sich die Deutschnationale Volkspartei genötigt, die Initiative zu ergreifen und forderte die Uebernahme der persönlichen Schulunterhaltung auf den Staat, was ja die Regierung am Anfang ihres Auftretens angekündigt hatte. Die Kommissionsberatungen aber haben uns bewiesen, daß die Linksparteien und das Zentrum dafür nicht zu haben sind. Die Regierung schweigt sich aus und die Sozialdemokraten sagen: „Ihre Stunde sei noch nicht gekommen". Ja, sie wird wohl niemals kommen.

Bei solcher Mißwirtschaft wird die Regierung niemals die persönlichen Schullasten auf den Staat übernehmen können. Aber versprechen wird sie es in der Hoffnung, daß es Dumme genug geben wird, solche Versprechungen für ernst zu nehmen. Nun, unser Antrag soll die Regierung zwingen, Farbe zu bekennen.

Jetzt redet man große Töne über die Einheitsschule. Es wäre aber besser, man redete darüber weniger und machte damit einmal ernst auf dem Lande. Da würden die klugen Herren sofort erkennen, wie bald sie mit ihrem Lotein zu Ende sind. Da aber meine Partei sich mit Versprechungen nicht abfeisen lassen will, sondern Taten sehen will, hat sie selbst einen

neuzeitlichen Ausbau der Volksschule

gefordert. Auch wir wollen, daß die in unser Schulsystem eingebürgerten Krankheiten beseitigt werden. Unsere Volksschulen in Stadt und Land müssen mit den höheren Schulen eine Verbindung erhalten, was bisher nicht der Fall war. Die Eltern auf dem Lande und in den Kleinstädten empfanden das sehr bitter. Alle Volksschulen müssen so ausgebaut werden, daß die Kinder mit dem erreichten Ziel der vier ersten Schuljahre zu den jetzigen höheren Schulen übergehen können, und mit dem erreichten Ziel des achten Volksschuljahres, d. h. nach der Konfirmation, nach der neu zu gründenden höheren deutschen Schule. Damit hätte die Volksschule einen gesunden Aufbau erhalten. Die Sozialdemokraten und die Demokraten gehen noch weiter. Sie verlangen auch für die höheren Schulen die Unentgeltlichkeit. Damit würden die Eltern das Bestimmungsrecht über ihre Kinder verlieren. Sobald der Staat die Kosten übernimmt, beansprucht er auch das Bestimmungsrecht, dann können diese höheren Schulen nur die Begabtesten aufnehmen, d. h. die mit der Schulzensur 1 und 2. Würden die mit der 3 noch aufgenommen, dann würden die höheren Schulen überfüllt, und es würde ein Gelehrtenproletariat geschaffen, was ein Unglück wäre.

Nun aber wissen wir alle, daß die Schulbegabung durchaus kein Maßstab ist für die Tüchtigkeit des Menschen im Staats- und Wirtschaftsleben. Hier gibt nur die Lebensbegabung den Ausschlag. Diese aber erkennt man erst im Kampf des Lebens. Da stellt sich heraus, daß Kinder mit weniger Schulbegabung viel tüchtigere Menschen geworden sind, als Kinder mit guter Schulbegabung. Darum wäre es ein Verbrechen, wenn man Kinder, die die Grundschule — die vier ersten Schuljahre — mit der Zensur 3 verlassen, die höheren Schulen versperren wollte. Hier muß der Konkurrenzkampf bleiben, bis die Lebensbegabung den tüchtigen Menschen zeigt. Darum darf unter keinen Umständen das Bestimmungsrecht der Eltern angetastet werden. Das ist aber nur dann möglich, wenn, wie bisher, die Eltern die Kosten für die höheren Schulen zu tragen haben. Nun brauchen wir auch gar keine Angst zu haben, daß die sozialdemokratische Regierung ihre Ankündigung — Unentgeltlichkeit aller Schulen — wahr macht. Bei ihrer finanziellen Verschwendung ist sie ja nicht einmal imstande, die Gelder flüssig zu machen, die für einen guten Ausbau der Volksschulen nötig sind, damit sie gute Vorschulen für die höheren Schulen und gute Schulen für das Leben werden. Erhalten doch mehr als 90 Prozent unseres Volkes ihre Bildung in der Volksschule. Dann muß doch die Regierung alles daran setzen, zuerst diese Schule zur Musterschule zu machen, ehe sie das Geld für höhere Schulen verzettelt, die nur von 5—8 Prozent unseres Volkes besucht werden. An Besuch dieser Schulen hat es noch nie gefehlt. Darum mag man die Bildung des Kindes, die über die Volksschule hinausgeht, weiter ruhig den Eltern überlassen. Dem Staate wird damit am besten gedient.

Daß es aber den linken Mehrheitsparteien mit der Hebung der Volksschule auf dem Lande nicht ernst ist, wird damit bewiesen, daß sie sich wie früher weigern, die persönlichen Schullasten auf breitere, und damit leistungsfähigere Schultern zu legen. Ohne diese Neuordnung der Schulunterhaltung ist ein gesunder Ausbau der Volksschule auf dem Lande eine Unmöglichkeit. Dennoch redet man stolz von der

Einheitsschule

um als „Kulturträger" zu erscheinen.

Mit großen Worten wurde die Staatsschule, die Hebung der Volksschule, wozu doch wohl auch die Landschule mit gehört, und die standesgemäße Besoldung der Lehrer am Anfang der Landesversammlung angekündigt, aber der Finanzminister Dr. Südekum mußte in der Staatshaushaltskommission bei der Kultusetatsberatung erklären, daß die finanzielle Lage so traurig sei, daß alle finanziellen Anträge wohl schwer Berücksichtigung finden könnten. Es wäre deshalb empfehlenswert, diese Anträge zurückzunehmen.

Das war die kulturelle Bankerotterklärung nach großsprecherischen Verheißungen. Statt Einführung der Unentgeltlichkeit aller Schulen bis zur Universität, sieht sich der Kultusminister gezwungen, die Schulgelder bedeutend zu erhöhen. Sogar 6 Mk. Eintrittsgeld muß für ein aufgenommenes Kind in die höhere Schule bezahlt werden. Welch eine Ironie des Schicksals!

Wir werden so einen dreifachen Zusammenbruch erleben: 1. vollendet ist der auf dem Schlachtfelde, 2. zur Vollendung kommt der auf dem Wirtschaftsfelde und 3. damit der auf dem Kulturfelde.

Das ist die böse Frucht der Revolution und der jetzigen Mißregierung, für welche die Demokratie und das Zentrum die Verantwortung teilen. Wann wird das deutsche Volk das erkennen? Wie kann diesem blinden Volke nur Rettung werden? Nur durch eine

nationale, christliche Erziehung

der Jugend. Darum brauchen wir eine Schule, die die Jugend erzieht 1. zum vaterländischen Pflichtgefühl, 2. zum Nationalstolz und 3. zur Achtung vor dem geschichtlich Gewordenen. Kann uns die jetzige Regierung eine solche Schule geben, eine Regierung, die Direktoren von ihrem Amte suspendiert, weil sie Schüler freigibt, um unseren Hindenburg ehren zu können!?

Solche Vorgänge lassen nationale Bürger trübe in die Zukunft sehen.

Wir brauchen weiter eine Schule, die zum christlichen Glauben, zur Christenliebe und Christenhoffnung erzieht. Auch diese Schule ist gefährdet. Das neue Regime hat uns auch die weltliche Schule gebracht. Die christliche und weltliche Schule werden sich jetzt im Kampfe gegenüberstehen. Soll die christliche der weltlichen nicht erliegen; darum Christeneltern, seien sie auf der Hut und lassen sie sich die Religion nicht aus der Schule nehmen. Jetzt wird das deutsche Volk einsehen lernen müssen, welchen Wert eine fromme und getreue Obrigkeit für einen Staat hat.

Ich glaube, wir haben alle Ursache, auszurufen: Deutsches Volk, wach auf, dein bester Edelstein, die nationale und christliche Schule steht in Gefahr. Deutscher Michel, werde munter, rette mit dem Wahlzettel die deutsche Kultur!

Deutsches Volk, laß dich warnen durch den Untergang hochstehender Kulturvölker, ihre Länder sind Wüsten geworden. Soll Deutschland dasselbe treffen?

Glauben wir nicht, an dem deutschen Wesen soll die Welt genesen? Dann darf Deutschland nicht untergehen, und es wird nicht untergehen, wenn Deutschlands Schulen deutschnationale und christliche Erziehungsstätten bleiben. Von hier soll Deutschlands Zukunft wieder neu und gestärkt erstehen. Sie müssen der Brunnquell nationaler und christlicher Kraft werden. — Wenn dann die Sklavenfesseln der Feinde unser zerrissenes deutsches Volk wieder vereint haben, und dies Unglück wird der beste Leim sein, und das ganze deutsche Volk erkannt haben wird, die unerträglichen Fesseln sind nicht mehr länger zu ertragen, dann wird die Erhebung kommen. Die deutsche Jugend wird zuerst auf dem Posten stehen. Wenn dann der Sturm losbricht und Flammenzeichen rauchen, wird es durch Deutschland klingen: Der deutsche Jüngling fromm und stark, befreit die heilge Landesmark. Gott behüte uns, daß diese Heldenschar nicht wieder von hinten erdolcht wird.

Graf Posadowsky

sprach alsdann über „Die alte und die neue Reichsverfassung": Die alte Reichsverfassung, welche aus der Feder Bismarcks geflossen oder nach seinen politischen Auffassungen entworfen war, trägt den Stempel eines Mannes, der ein feines seelisches Augenmaß für menschliche Verhältnisse, für Volksstämme und ihre Eigenart besaß. Aus ihren einzelnen Bestimmungen, die sich bis auf scheinbar unbedeutende Kleinigkeiten erstreckten, ergibt sich, daß jene Verfassung das Werk eines Staatsmannes war, der das wirtschaftliche Leben und seine Bedürfnisse ebenso kannte wie die allgemeinen Staatsnotwendigkeiten und die Grenzen der Staatsgewalt. Die Verfassung des neuen Reiches ist dagegen das Werk politischer Theoretiker, welchen die Erfahrung des Regierens und Verwaltens ebenso fehlte wie die ausreichende Kenntnis des wirtschaftlichen Lebens; es ist eine Sammelarbeit der kollegialischen Regierung, an deren inneren Gehalt die Mehrheit der Verfassungsgebenden Nationalversammlung verhältnismäßig nur wenig zu ändern vermochte; der klarersehende ursprüngliche Verfasser des Entwurfes hat sich offenbar den Anschauungen seiner Ministerkollegen in entscheidenden Richtungslinien fügen müssen. Die Bismarck'sche Verfassung stellte einen engen Bund der deutschen Fürsten und freien Städte dar, erreichte aber nicht den 50jährigen Gedenktag ihrer Schöpfung. Der jetzigen Verfassung dürfte ein so langes Leben kaum beschieden sein. Schließlich ruht die Verfassung eines Landes auf der politischen Gesicht eines Volkes, auf der stillschweigenden Anerkennung gewisser allgemeiner politischer Grundsätze, auf dem wirtschaftlichen und sozialen Verständnis geistiger Richtlinien, welche in den einzelnen Gesetzen und ihrer Anwendung sich geltend machen; nicht in dem geschriebenen Buchstaben allgemeiner politischer Formen. Dieselben formalen politischen Grundsätze können je nach der Art ihrer Auslegung und ihrer Anwendung eine völlig verschiedene Wirkung ausüben.

Nach der jetzigen Reichsverfassung ist das deutsche Reich ein republikanischer Bundesstaat geworden, dessen Gebiet aus den Gebieten der deutschen Länder besteht, welche ebenfalls eine republikanische Verfassung haben müssen. Das frühere Reich ruhte auf den geschichtlich und geographisch festangegrenzten Gebieten der einzelnen Monarchien und freien Städte. Aus welchen Einzelstaaten der neue Bundesstaat bestehen und welche Abgrenzung diese Einzelstaaten haben werden, steht bisher nicht fest, vielmehr soll die Gliederung des Reichs in Länder unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung erfolgen. Da indessen der Wille der Bevölkerung je nach der wechselnden politischen Mehrheitsbildung zu schwanken pflegt, so dürften auch die Wünsche der Bevölkerung inbezug auf die Abgrenzung der Länder manchmal Schwankungen ausgesetzt sein. Infolgedessen wird aber das gesamte Reich auf unbestimmter bundesstaatlicher Grundlage ruhen. Fürst Bismarck baute das Reich auf seinen bestehenden Grundfesten, den unveränderlichen Einzelstaaten, auf. Die neue Regierung schuf die republikanische Reichsgewalt, ohne zu wissen, aus welchen Einzelstaaten der neue Bundesstaat bestehen wird. Fürst Bismarck begann den Reichsbau mit dem Fundamente, die republikanische Regierung mit dem Dache.

Bundesstaat oder Einheitsstaat?

Die Zuständigkeiten der Reichsgewalt sind gegenüber der bisherigen Reichsverfassung wesentlich vermehrt und verschärft, insbesondere auf wirtschaftlichem, finanziellem und militärischem Gebiete. Die Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern, welche bisher von den Einzelstaaten erhoben wurden, werden in Zukunft durch Reichsbeamte verwaltet. Nach der Reichsabgabenordnung sollen in Zukunft nur noch Reichssteuern erhoben werden, aus deren Erträge Länder und Einzelstaaten einen entsprechenden Teilbetrag zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse erhalten. Die Post- und Telegraphenverwaltung fällt dem Reichsprechweisen wird ohne alle Ausnahmen eine Reichs

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0006

...ung. Ebenso gehen die Staatseisenbahnen, Wasser- und Seegeiden in die Verwaltung des Reiches über. ...chen des allgemeinen Verkehrs, die nicht vom Reiche ...werden, unterliegen der Aufsicht des Reiches. Das ...ist ein einheitliches Reichsheer. Mit diesen verfassungs-...Bestimmungen ist tatsächlich für eine souveräne Be-...ung der Einzelstaaten kein Raum mehr vorhanden. Trotz-...würde der Großstaat Preußen durch sein geschichtliches ...gewicht, falls weitere Teile über den Friedensvertrag ...nicht abgesplittert würden, noch immer die sicherste ...für den Bestand des Reiches bilden, wenngleich die ...Präsidialmacht und die Hausmacht der preußischen ...ausgeschaltet ist. Sollte indes Preußen durch weitere ...Gebietsverlust von selbständigen Freistaaten in seinem Flächen-...und damit auch in seinem politischen Einfluß auf die ...Gesamtverwaltung noch mehr beschränkt werden, so wäre der ...Gesamtstaat aus finanziellen und politischen Gründen die ...Auflösung. Durch den Fortfall der vielen Einzelregierun-...ge sich die Verwaltung Deutschlands wesentlich verein-...und damit verbilligen. Die Bildung zahlreicher republi-...Einzelstaaten mit wechselnden politischen Mehrheiten ...eine große Gefahr für die politische Macht der Reichsge-...Regierung und Parlamente, welche kein ausreichendes ...politischer und wirtschaftlicher Tätigkeit mehr besitzen, ...nur zu leicht der Versuchung verfallen, sich durch un-...politische Kämpfe besonders gegenüber der über-...Reichsgewalt zu betätigen. Die Erfahrung hat ...gelehrt, daß in der kurzen Zeit des Bestandes der ...die Sonderbestrebungen der Einzelstaaten stärker ...rücksichtslos hervorgetreten sind wie jemals zur Zeit der ...Bundesmonarchien. Hierunter muß aber die Reichs-...ebenso leiden wie das mittelalterliche Kaisertum gegen-...der machtgemäßen Macht der Territorialherren, wodurch es ...lich zu Grunde ging. Wir alle aber müssen ohne Unter-...der Parteien im Interesse der Erhaltung des Reichs und ...Vertretung nach außen eine starke Reichsgewalt wün-...Wie Preußen zerschlagen, so ist deshalb der Ausbau ...Reichs als Einheitsstaat gegenüber der bundesstaatlichen ...und die Schaffung von Reichsprovinzen anstelle ...Republiken entschieden vorzuziehen. Frankreich und ...wo die Hemmungen und Reibungen bundesstaatlicher ...fehlen, waren uns deshalb trotz geringerer Volks-...an politischem Schwergewicht überlegen. Man könnte ...daß sich durch den deutschen Einheitsstaat gegenüber ...Selbstbewußtsein der Landsmannschaften das Selbstgefühl ...deutscher Staatsbürger verstärken und damit auch das An-...des deutschen Namens nach außen haben würde. Der ...Einheitsstaat hätte aber eine unbedingte poli-...Voraussetzung; im Bundesstaat werden die ...Bundesstaaten gegenüber dem zu schnellen, be-...losen und deshalb gefährlichen Gange der Reichs-...stets ein gewisses Gegengewicht ausüben; im Einheits-...fällt diese in vernünftigen Grenzen nützliche Hemmung ...Im Einheitsstaat wäre es deshalb eine gefährliche Not-...keit, an Stelle des Reichsrats, dem Nachfolger des ...Bundesstaates, ein Oberhaus zu setzen, das vorzugs-...als Vertretung der einzelnen Reichsprovinzen unter ...Berücksichtigung der verschiedenen Gruppen der heimischen Er-...zeuge zu bilden wäre.

Der Reichstag

Während früher die Wahlzeit des Reichstags fünf Jahre ...dauerte, soll jetzt alle vier Jahre eine Neuwahl stattfinden. In ...dem Bundesstaate, der wieder in zahlreiche Provinzen und ...innere Verwaltungsbezirke zerfällt, ist die Bevölkerung mit ...politischen Wahlen schon überlastet, ganz abgesehen von den ...zahlreichen berufsständischen und kirchlichen Wahlen. Ueberdem ...bringt die parlamentarische Regierungsform mit ihren häufig ...wechselnden Regierungen schon an und für sich ein hohes Maß ...von Unruhe und leidenschaftlicher Parteikämpfe in das poli-...tische Leben. Durch die Reichsverfassung sind die Wahlen noch ...durch wesentlich vermehrt, daß für gewisse Fälle noch das ...Referendum, das heißt der Volksentscheid, eingeführt ist und ...der Reichspräsident von dem gesamten Volke gewählt wird. ...Die Verkürzung der Wahlzeit der Reichstagsabgeordneten um ...ein Jahr war deshalb eine Maßregel, welche durch die häufi-...gen Wahlkämpfe zu weiterer Verschärfung der Parteigegen-...sätze beitragen und die politische Unabhängigkeit der Abgeord-...neten nicht erhöhen wird. Dem Reichstag ist das Recht beige-...legt, Untersuchungsausschüsse mit rechtlichen Befugnissen ein-...zusetzen, ein Recht, das unter Umständen zu schwerem partei-...politischen Mißbrauch führen kann; der jetzt gebildete Unter-...suchungsausschuß zur Erforschung der Ursachen des Krieges ...und seiner Verlängerung berechtigt zu ernsten Befürchtungen ...gegenüber künftigen Untersuchungsausschüssen. Seine Stel-...lung als eigentlicher Souverän des Reichs wird der künftige ...Reichstag dadurch bekunden, daß er einen ständigen Ausschuß ...auswärtige Angelegenheiten bilden will. Die auswärtige ...Politik der Regierung kann bei unvorsichtiger und allzubereitwil-...ger Einmischung dieses Ausschusses ernstlich gefährdet sein; ...die Leitung der auswärtigen Politik kann nur von einer ...verantwortlichen Persönlichkeit ausgehen; kollegial läßt sich auswärtige ...Politik nicht betreiben. Der Ausschuß des alten Bundesrats ...für auswärtige Angelegenheiten war eine wertlose Dekoration, ...wie die Vergangenheit gelehrt hat. Die Stellung des Reichs-...tags als ein Teil der Regierung wird schließlich dadurch betont, ...daß der Reichstag zur Wahrung seiner Rechte gegenüber der ...Reichsregierung für die Zeit außerhalb der Tagung und nach ...Auflösung einer Wahlperiode einen ständigen Ausschuß be-...stellt. Auch diese beiden oben erwähnten Ausschüsse haben die ...Rechte von Untersuchungsausschüssen. Wenn den Mitgliedern ...des Reichstages und der Landtage schließlich das Ausnahme-...recht verliehen ist, über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft ...als Abgeordnete Tatsachen anvertrauen oder denen sie in ...Ausübung ihres Abgeordnetenberufs solche Tatsachen anver-...traut haben, sowie über diese Tatsachen selbst das Zeugnis zu ...verweigern, so kann dieses Vorrecht zu einem bedenklichen ...Werkzeug persönlicher und politischer Verleumdung werden; ...ebenso sind damit alle deutschen Staatsbürger, welche nicht ...das Vorzug haben, Mitglieder des Reichstags zu sein, des ge-...setzlichen Schutzes für ihre politische Ehre und ihren bürger-...lichen Ruf beraubt. Mit dem Grundrecht derselben Verfassung, ...daß alle Deutschen vor dem Gesetze gleich sind, steht mim dieses ...Ausnahmerecht der Abgeordneten in schneidendem Gegensatz.

Reichspräsident und Reichsregierung

Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke ge-...wählt. Bestände im Reiche ein Oberhaus, so wäre es richtig, ...den Reichspräsidenten von den zu einem Wahlkörper zusammen-...tretenden beiden Häusern wählen zu lassen. Aber auch bei dem ...jetzigen als Einzelparlament bestehenden Reichstage kann man ...zweifelhaft sein, ob es nicht richtiger gewesen wäre, durch den ...Reichstag den Reichspräsidenten wählen zu lassen. Da die Reichsregierung aus dem Reichskanzler und Reichsministern besteht, hat die Stellung des Reichspräsidenten im wesentlichen nur eine äußere Bedeutung, die besonders in der Vertretung des Reichs nach außen besteht und gewisse Ehrenrechte in sich begreift; in allen anderen Beziehungen ist der Reichspräsident an die Vorschläge und Beschlüsse der Regierung gebunden. Trotzdem würde die Stelle eines Reichspräsidenten, der nicht den politischen Parteien der Mehrheit des Reichstags und damit auch den Parteien angehört, aus welchen die Regierung gebildet ist, politisch und wahrscheinlich auch persönlich unhaltbar sein. Ein Reichspräsident, der nicht den Mehrheitsparteien entnommen wäre, würde entweder noch ohnmächtiger sein, als ihn die Verfassung hinstellt, oder er stände in kürzester Zeit vor der Frage, ob er einen Staatsstreich wagen, abdanken oder sich dem Antrag des Reichstages, ihn durch Volksentscheid zu beseitigen, aussetzen soll. Schwerste innere Erschütterungen müßten mit einer solchen Entwicklung der Personenfrage unfehlbar verbunden sein. Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht. Nach dieser Fassung müßte man annehmen, daß die Reichsminister ihr Amt solange fortführen können, bis ihnen das Vertrauen durch Reichstagsbeschluß entzogen wird. Die Regierung des Ministerpräsidenten Bauer hat diese Bestimmung anders ausgelegt. Ministerpräsident Bauer und seine Kollegen ließen sich sofort bei ihrem Amtsantritt nach Verabschiedung der neuen Reichsverfassung das Vertrauen des Reichstags bestätigen, noch ehe ihre Regierungstätigkeit begonnen hatte, welche dieses Vertrauen rechtfertigen sollte.

Der Reichsrat ist der Nachfolger des früheren Bundesrates; die Einzelstaaten werden im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten. Für Preußen besteht die Ausnahmebestimmung, daß die Hälfte der preußischen Stimmen nach Maßgabe eines Landesgesetzes von den preußischen Provinzialverwaltungen gestellt wird. Während im Bundesrat nur Mitglieder Sitz und Stimme haben konnten, welche von ihren Regierungen berufen waren, so treten hier als berufende Körperschaft neben die einzelnen Regierungen noch die preußischen Provinzialverwaltungen. Es werden damit voraussichtlich Persönlichkeiten in den Reichsrat eintreten, welche bis dahin einer staatlichen Behörde nicht angehört haben und deshalb nur als Laien-Sachverständige wirken werden.

Die Reichsgesetzgebung

Die Reichsregierung kann Gesetzesvorlagen nur mit Zustimmung des Reichsrats im Reichstage einbringen. Jedoch ist sowohl die Reichsregierung wie der Reichsrat befugt, ohne gegenseitige Zustimmung Gesetze an den Reichstag zu bringen. In diesem Falle muß jeder Teil gleichzeitig die abweichende Auffassung des anderen Teils darlegen. Die vom Reichstage beschlossenen Gesetze unterliegen aber unter gewissen Voraussetzungen noch dem Volksentscheid oder dem Einspruch des Reichsrats, ein Verfahren, was zu schweren politischen Kämpfen und zu einer unübersehbaren Belastung der Gesetzgebung führen kann. Durch die Einführung des Volksentscheids wird die Volksvertretung in ihrer Stellung wesentlich geschwächt, zu zum Teil außer Kraft gesetzt. Für kleine Länder wie die Schweiz mit ihren engen nachbarlichen Beziehungen mag eine solche Einrichtung möglich, vielleicht auch nützlich sein. In einem Großstaat fordert der Volksentscheid einen ungeheueren Kräfteaufwand und wird sein Erfolg nicht von eigenen sachlichen Erwägungen der Massen, sondern davon abhängen, wer diese Massen politisch zum Besten seiner Ansichten am geschicktesten und nachhaltigsten zu bearbeiten weiß. Der Volksentscheid ist in einem Großstaate eine Uebertreibung des Grundsatzes, daß die Staatsgewalt dem Volke ausgeht.

Der Aufbau der Reichsverfassung ist hiernach viel zu künstlich und verwickelt erfolgt; sie ist das Erzeugnis sehr verschiedener politischer Ansichten. Mehrheitsregierung auf der einen Seite, Volksgewalt auf der anderen; politisches Mißtrauen der Regierung, des Reichsrats und des Reichstags gegeneinander zu verfassungsmäßigem Grundsatz erhoben und alle diese Vorsichtsmaßregeln nutlos, wenn nicht dahinter ein wirklich politisch reifes, wirtschaftlich verständiges und gerecht empfindendes Volk steht. Von dem Maße politischer Reife dieses Volkes allein und der richtigen Auswahl seiner Vertreter und damit auch seiner Regierung wird es abhängen, ob die Reichsmaschine nützliche Arbeit leistet oder sich in sich selbst zerstört.

Die Regierung im Verein mit der Mehrheit der Nationalversammlung hat auch geglaubt, zahlreiche sogenannte Grundrechte in die Verfassung aufnehmen zu müssen. Die Forderung nach solchen Grundrechten ist in der großen französischen Revolution entstanden; sie beruhen sämtlich auf der Anerkennung der Persönlichkeit, ohne welche weder Rechte noch Pflichten denkbar sind. Die Aufklärungsphilosophie des Achtzehntenjahrhunderts bildete vorzugsweise die Freiheit der Person als rechtsphilosophisches Prinzip auf und knüpfte daran eine Reihe praktischer Forderungen, die man als Grundrechte oder Menschenrechte bezeichnete: die Freiheit und Gleichheit, die Sicherheit des Eigentums und der Person, die Freiheit des Gewissens, des Kultus, der Meinungsäußerung, der Presse usw. Diese Grundrechte sind im deutschen Reiche seit langer in zahlreichen Einzelgesetzen festgelegt und werden von keiner Seite in Frage gestellt. Man hat indes geglaubt, diese längst anerkannten Grundrechte noch wesentlich erweitern zu müssen, freilich vielfach mit dem Vorbehalt, daß Ausnahmen oder Einschränkungen durch die Reichsgesetzgebung zulässig bleiben. So hat man auch geglaubt, feststellen zu müssen, daß alle Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihrer Leistung zu den öffentlichen Aemtern zuzulassen und gleichzeitig alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt sind. Hiernach würde eine Frau, vom Reichspräsidenten angefangen, ganz abgesehen davon, ob sie im Ehestande lebt oder nicht, jedes Amt im Reiche bekleiden können. In England hat man die Auffassung, daß das Parlament alles kann, nur nicht aus einem Manne eine Frau machen. Die gegenwärtige Regierung und die Mehrheit der Nationalversammlung haben diese parlamentarische Allmacht noch übertrumpft. Wollte man jene Verfassungsbestimmung wirklich durchführen und Frauen öffentliche Gewalt verleihen und zu Vorgesetzten von Behörden bestellen, die aus Männern bestehen, so würde man das deutsche Volk allerdings allmählich entmannen. Ganz abgesehen hiervon, ist die allgemeine Verwendung von Frauen im öffentlichen Dienst schon im Hinblick auf ihre Natur und ihre häuslichen Pflichten und Aufgaben ausgeschlossen.

Die Stellung der Kirche

In Zukunft soll keine Staatskirche mehr bestehen, eine Forderung, die für die evangelisch-protestantische Kirche von strenge kirchlich gesinnten Männern seit langem erhoben ist. Tatsächlich war die evangelische Kirche nach ihrer geschichtlichen Vergangenheit in den Einzelstaaten Deutschlands mehr oder weniger eine Staatskirche, während die katholische Kirche sich eines erheblich größeren Maßes von Unabhängigkeit gegenüber dem Staate erfreute; sie ist vielleicht die einzige wirkliche Monarchie, die noch in der Welt besteht. Es ist klar, daß mit der Trennung der evangelischen Kirche vom Staate die Aufgaben aller ihrer Diener und Angehörigen erheblich an Umfang und Verantwortung wachsen. Jetzt wird die evangelische Kirche zu zeigen haben, ob sie kräftig genug ist, ohne die schützende Hand des Staates ihre Stellung zu behaupten, ob sie insbesondere die innere Werbekraft besitzt, sich ihre Mitglieder zu erhalten gegenüber den Bestimmungen der Verfassung, welche offensichtlich das Bestreben erkennen lassen, die Bedeutung des religiösen Bekenntnisses im öffentlichen und bürgerlichen Leben auszuschalten, und welche die Vereinigungen, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen, den Religionsgesellschaften gleichstellen. Nur durch die Vertiefung ihrer Aufgaben in Seelsorge und Gemeindeleben wird die Kirche der Gefahr des erleichterten Austritts aus der Kirchengemeinschaft und sektenartiger Abspliitterungen begegnen können.

Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sollen seine Anlage und seine Neigung maßgebend sein. Wer diese Entscheidung endgültig zu treffen hat, ist nicht gesagt. Vielfach entwickeln sich die Anlagen eines Kindes erst in seinem späteren Lebensalter und seine Neigungen sind häufig unklar und wechselnd. Hervorragend tüchtige Männer waren oft ungünstig beurteilte Schüler. Es wäre ein schwerer Eingriff in das Recht der Eltern, wenn ihnen nicht zunächst die Entscheidung über die Art der Ausbildung ihrer Kinder zustehen sollte. Eine derartige Erweiterung der Staatsallmacht, wie sie hier die Verfassung vorzusehen scheint, würde als unerträglich empfunden werden. Wenn innerhalb der Gemeinden auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses zu errichten sind, so wird man im Interesse der religiösen Freiheit und der einzelnen Bekenntnisse diese Vorschrift durchaus billigen können. Unklar ist jedoch die Vorschrift, daß auf Antrag von Erziehungsberechtigten auch eine Volksschule „ihrer Weltanschauung" zu errichten ist. Weltanschauungen sind etwas so Flüssiges, so Unbestimmtes, daß damit die Volksschule auf schwankende Boden gestellt und Anlaß zu gefährlichen Meinungskämpfen in den einzelnen Gemeinden gegeben ist. Welche Weltanschauung hierbei vorzugsweise in Frage kommen dürfte, ergibt sich aus einem Aufsatz des Kultusministers Haenisch, in dem er sehr hervorebt, daß seit dem April dieses Jahres im Kultusministerium sämtliche leitende Stellen mit neuen Männern besetzt worden sind, „die, wenn sie auch gewiß nicht organisierte Sozialdemokraten wären, so doch rückhaltlos bei der neuen Ordnung der Dinge seien." Auch im Bestande der vortragenden Räte seien gleichfalls einschneidende Aenderungen vorgenommen worden. Eine Reihe frischer Kräfte sei eingetreten, unter ihnen zwei Sozialdemokraten. Zehn weitere Sozialisten arbeiteten zurzeit als wissenschaftliche Hilfsarbeiter im Ministerium, unter ihnen zwei Unabhängige. Auch in der Provinz sei die allmähliche Personalerneuerung notwendig und zum Teil schon angebahnt. Den vom Kultusminister angeordneten Personalerneuerungen reiht sich die weitere Maßregel der Erneuerung des Lesestoffs in den Lehrbüchern an, besonders soweit der deutsche Unterricht und der Geschichtsunterricht in Frage kommen; „wo Monarchen sich wirklich Verdienste um das Volk erworben haben, soll das nach der Versicherung des Ministers der Jugend gewiß auch künftig nicht unterschlagen werden — aber sie solle endlich auch einmal die Kehrseite der Medaille kennen lernen." Man muß nach dieser Stellungnahme des Ministers gespannt sein, ob diese Schulreformen unter den neuen Männern mit dem gleichen politischen Augenmaß zur Ausführung gelangen werden wie die Beseitigung der Kaiserbilder. § 148 der Verfassung bestimmt, daß beim Unterricht in öffentlichen Schulen Bedacht zu nehmen ist, damit die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden und Artikel 150 schreibt vor, daß die Denkmäler der Geschichte den Schutz und die Pflege des Staates genießen. Diese Verfassungsbestimmungen sollte man beachten. Kaiserbilder sind keine Hoheitszeichen. Der Patriotismus eines Volkes gründet sich auf seine geschichtlichen Erinnerungen. Die jetzige Regierung behält sich vor, die Berechtigung dieser vielhundertjährigen Erinnerungen von ihrem Parteistandpunkte aus im Schulunterricht nachzuprüfen. Wenn man endlich erwägt, daß die allgemeine Wehrpflicht, diese Kraftquelle der Volkserziehung für Deutschland abgeschafft ist, so erkennt man, was der Bruch mit unserer geschichtlichen Vergangenheit für die Jugend bedeutet.

Man hat die Reichsfahne beseitigt, unter der sich Deutschland zu einem Reich geeinigt hat und seine höchste wirtschaftliche Entwicklung und politische Macht erreichte. Man hat an ihre Stelle die Fahne gesetzt, die an die traurige Reichsverweserschaft eines österreichischen Erzherzogs erinnert. Fahnen sind Symbole und man hat mit einigem Recht in das neue Fahnensymbol die Deutung hineingelegt: Goldig war die Vorvor uns.

Nachdem sich der Beifall, den Redner mit seinen Ausführungen ausstöße, gelegt hatte, erhielt das Wort

Prof. Dr. Hoetzsch, M. d. Pr. L.

Der Ausgang des Krieges hat alle Träume deutscher Weltpolitik vernichtet. Noch mehr, er hat uns weit hinter das Jahr 1870 zurückgeworfen. Und eine auswärtige Politik hat Deutschland heute nicht mehr, das der Macht und Kontrolle der Sieger vollständig unterworfen ist. Lebensnotwendige Gebiete sind ihm entrissen, die Mündungen seiner Ströme und diese selbst werden nach dem Friedensvertrag von den Feinden beherrscht, und was es an wirtschaftlicher und finanzieller Kraft noch aufbringen kann, dient der Wiedergutmachung der Feinde. Deren Kommissionen in Berlin und in Paris sind recht eigentlich das auswärtige Ministerium für das Deutschland, das den Weltkrieg verlor. Dafür steigt die Weltherrschaft der Angelsachsen herauf. Wie Rom nach seinem Siege über Karthago und die aus dem Reich Alexanders des Großen entstandenen Staaten, so ist heute das Angelsachsentum im Bunde des englischen und amerikanischen Weltreiche der Herr der Welt. Es verfügt über alle Rohstoffgebiete, es beherrscht die Meere und nur Trabanten in seinem Gefolge sind die Staaten wie Frankreich und Italien, denen die angelsächsische Hilfe allein den Siegespreis gebracht hat. Europa als Kontinent ist zerrissen und geschwächt und nicht nur Englands Nebenbuhler Deutschland, sondern auch Englands Bundesgenosse Rußland ist in Stücke geschlagen. Nur geringe Teile der Erde werden ein leidlich selbständiges Leben führen, sonst beugt sich alles der Diktatur der Angelsachsen, die in Europa durch Frankreich, durch Rumänien und Polen und ihre Ostpolitik herrschen werden. So scheint es, als hätte die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0007

Wer sich einbildet, wie Romulus, als das Römerreich fest gegründet war, auf eine mehrhundertjährige angelsächsische Herrschaft, der gegenüber es nur gehorsame Trabanten und Knechte geben kann. Und dem Schicksal des Knechtes und Sklaven der Entente hat diese, wie jede Zeile des Friedensvertrages von Versailles lehrt, Deutschland bestimmt. Alles das wird dem deutschen Volke erst ganz klar sein, wenn der Friedensvertrag erst einmal in Kraft ist. Aber schon heute zerreißt diese Aussicht das Herz des Patrioten, drückt sie alles in seinem Herzen nieder, was vielleicht noch an Hoffnung auf Wiederaufrichtung vorhanden ist. Begreiflich genug, daß die Frage nach der Schuld das deutsche Volk aufs tiefste aufwühlt und in Parteien spaltet. Im einzelnen mag für diese Fragen das Urteil schwanken, im großen gesehen, wird der künftige Geschichtschreiber nichts anderes feststellen können, als daß das deutsche Volk und sein Kaiser den Krieg nicht gewollt haben, daß er verloren ging, weil die deutsche Führung nicht fähig war zu einer großen bestimmenden politischen Idee, daß aber der völlige Zusammenbruch, der Zwang zur Kapitulation schlechthin einzig und allein

die Schuld der Revolution

ist. Sie hat Deutschland wehrlos gemacht in einem Augenblick, als es galt, noch einmal alle verfügbaren Kräfte anzuspannen und den Feinden zu zeigen, daß wir trotz der militärischen Ueberlegenheit unserer Gegner die volle Vernichtung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Seins nicht hinzunehmen brauchten. Von dieser Schuld wird kein Advokatengeschick und keine Beredsamkeit die Macher der Revolution, insonderheit die sozialistischen Führer rein waschen! Hoffnungslos scheint die Aussicht, daß Deutschland wieder ein Staat mit eigener Macht und eigener Geltung im Rate der Völker werden wird, und doch müssen wir wieder unser Volk dahin bringen, soll es nicht überhaupt seine Zukunft aufgeben. Innere und äußere Politik, Ordnung und Arbeit im Innern, Macht und Einfluß nach außen, gehen unauflöslich zusammen. Daß wir diesen Zusammenhang nicht begriffen haben, daß die deutsche Regierung nicht verstand, Deutschland den richtigen Platz im Wettbewerb der Großmächte um die Welt zu schaffen, daß sie vor allem nicht verstand, in dem weltgeschichtlichen Gegensatz zu England die unter allen Umständen festzuhaltende Anlehnung an Rußland zu finden, darum verloren wir den Krieg. Aber darin sehen wir auch die Wege aus dem Zusammenbruch wieder heraus. Das Volk muß es als tiefste Frage seines Daseins empfinden, eine neue auswärtige Politik wieder aufzubauen. Fühlt es das nicht, so bleibt es Knecht auswärtiger Interessen und hört es auf, politisch etwas zu bedeuten. Die Revolutionsregierung steht den Weg dazu im Völkerbund und in dem Glauben an eine Gemeinsamkeit internationaler Interessen. Aber es kann keinen blutigeren Hohn auf diesen Glauben geben als das Wort des Kanzlers Bauer, daß man sich so den Anfang der Aera des Völkerbundes nicht gedacht habe, oder die Reden des Innenministers Müller, der über die Proteste und Beteuerungen nicht hinauskommt und glaubt, in der Ablehnung aller Bündnisse die einzige politische Weisheit zu finden. Unfaßbar hat dieser weltfremde Glaube, diese unbegreifliche Fähigkeit zu Illusionen im Kriege unserem Volke geschadet, unfaßbar schadet sie ihm auch noch heute. Denn sie hindert, was wir eben so nötig brauchen wie das tägliche Brot, wie Kohlen und die wirtschaftliche Arbeit: die staatsbürgerliche Erziehung des eingelnen, das Verständnis für die absolute Notwendigkeit einer auswärtigen Politik. Auch ein geschlagener, auch ein schwacher Staat kann auswärtige Politik treiben. Ein Blick nach dem Osten und seinen Aufgaben genügt, um zu zeigen, daß der Frieden von Versailles kein Vertrag für die Ewigkeit ist. Auch die Entente ist von den Folgen des Krieges schwer getroffen. Auch sie hat mit Schwierigkeiten infolge des Krieges zu kämpfen, mit Wirtschafts- und Arbeitsschwierigkeiten, und in ihren Massen ist der Ueberdruß an militärischer und kriegerischer Machtentfaltung vor allem für fern liegende Aufgaben sehr groß. So erheben sich gar wohl Möglichkeiten und Aussichten, eine auswärtige Politik wieder aufzubauen. Nur muß man wollen, nur muß man sich klar sein, daß auch künftig trotz Völkerbund und Abrüstung die Grundlage des Staates die Macht bleiben wird, und daß die Beziehungen der großen Staaten untereinander und gegeneinander ihre Feindschaften und Bündnisse das Wesentliche und wahrhaft Bestimmende im Völkerbund bleiben werden. Und zuletzt: kommt Deutschland nicht wieder zu einer Macht und zu einem Staatswesen, das leben kann, so hat das Wort Clemenceaus recht, daß

„20 Millionen Deutscher zu viel"

seien. Mehr als 30 Millionen ernährt der Rest des Reichsgebiets, das uns bleibt, nicht, 20 müßten dann entweder sich im Bürgerkrieg zerfleischen oder durch Hunger und Krankheit zugrunde gehen oder nach fremden Ländern auswandern, wenn eben nicht der wirtschaftliche Wiederaufbau gelingt, die Ausfuhr industrieller Produkte, die Verknüpfung mit der Weltwirtschaft, und das heißt eben, weil Weltwirtschaft ohne äußere Politik nicht gemacht werden kann, der Wille und die Machtentfaltung nach außen. Als große politische Idee dafür proklamieren wir mit aller unserer Kraft, daß wir wieder frei werden müssen von den Fesseln des Versailler Vertrages. Die neue Stellung im Kreise der Staaten aber soll Deutschland finden in der Ablehnung nach Westen und in der Anlehnung an den Osten. Nur gegen die Angelsachsen wird die Beseitigung des Vertrages möglich sein, nur durch eine kontinentale Politik, die freilich Frankreich nicht einschließen kann, weil die alten geschichtlichen Gegensätze durch den Ausgang des Krieges unüberbrückbar vertieft worden sind und weil Frankreich schon wirtschaftlich und finanziell an den Wagen der Angelsachsen gebunden ist. Die große Lehre Bismarcks predigen wir wieder unserem Volke, deren Vernachlässigung seit dem Rücktritt Bismarcks und dem Aufgeben des Rückversicherungsvertrages Deutschland mit dem Verlust seiner Weltmachtstellung gebüßt hat: die Verbindung mit dem Osten, vor allem mit Rußland. Beide Völker, das deutsche und das russische, haben heute das gemeinsame Interesse gegen die Angelsachsen, beide ergänzen einander wirtschaftlich, beide müssen sich finden. Erst dann ist es möglich und erlaubt, die Kreise weiter zu ziehen und an Japan, an Uebersee, an Kolonien usw. zu denken. Aber den Mut, zu solch weitausschauenden außenpolitischen Gedanken wollen wir haben, müssen wir haben! Wir sagen uns, daß auch dieser Friedensschluß nicht der Abschluß einer großen Periode ist, sondern, wie vor hundert Jahren, einer der Friedensschlüsse Napoleons, vom reißenden Strom der Ereignisse verändert werden wird.

Die nächsten Aufgaben,

die sich darüber für ein so bewußtes deutsches Volk ergeben, sind:

1. Die Reform des auswärtigen Dienstes und die Schaffung eines außenpolitischen Verständnisses und Verantwortlichkeitsgefühls in den Parlamenten und im ganzen Volke.

2. Die Revision des Vertrages von Versailles, dessen Undurchführbarkeit sich auch den Gegnern sehr bald unausweichlich klar machen wird, sobald er in Kraft tritt.

3. Der Wiederaufbau unserer weltwirtschaftlichen Interessen, wozu unbedingt und zuerst nötig ist, daß die Löcher im Westen und Norden gestopft werden, durch die eine ruinöse Aus- und Einfuhr unkontrollierbar läuft. Ferner ist dazu nötig der Wiederaufbau der Handelsflotte und die international herbeizuführende Gesundung unserer Valuta.

4. Der Zusammenhang mit den deutschen Brüdern, die durch Vergewaltigung uns entrissen oder ferngehalten werden, im Osten und Westen, in Deutsch-Oesterreich und überall sonst auf der Welt; die Sorge für das Auslandsdeutschtum ist heute eine der Hauptbestandteile jeder deutschen auswärtigen Politik. Wir geben den Zusammenhang mit diesen deutschen Brüdern nicht auf, weil wir ohne sie und sie ohne uns nicht leben können. Wir arbeiten darauf hin, daß einst der Tag komme, an dem die Deutschen im Osten und Westen und an der Donau mit dem Reich wieder vereint werden.

5. Die Beziehungen nach Osten: kein Friede mit der Sowjetregierung, aber feste Verbindung mit dem neuen Rußland, das durch das Meer von Blut und Elend doch wieder erwachen wird. Gegensatz zu Polen, dessen Imperialismus nun einmal mit dem deutschen Lebensinteresse nicht zu vereinigen ist, Anbahnung guter Beziehungen mit den Letten und Litauern, mit dem tschecho-slowakischen Staat, wenn er die Vergewaltigung unserer deutschen Brüder aufgibt, und den Süd-Slawen.

6. Eine kluge und weitschauende Politik den Vereinigten Staaten gegenüber, die zwar mit England im festen Trust der Angelsachsen verbunden sind, deren Interessen sich aber keineswegs in jeder Beziehung mit den englischen sich decken. Vom wiederverstarkten Rußland hängt es zuletzt ab, welche Stellung Japan im künftigen Kreise der Großstaaten finden wird. Das große Ziel muß bleiben eine Entente zwischen Deutschland, Rußland und Japan, die dann wirklich ein Gleichgewicht der Weltstaaten schaffen würde, weil sie den Angelsachsen Widerpart hält. Wir stellen diese Ziele auf und sprechen diese Gedanken aus, weil wir an die Kraft und Zukunft unseres Volkes glauben. Gegen eine Regierung, die gar keine oder nur diese schwache auswärtige Politik macht, kann es für uns nur die schärfste Opposition geben. Mit aller leidenschaftlichen Kraft und Hingabe wollen wir arbeiten an der nationalen Erhebung unseres Volkes, und wer dabei verzagt und müde werden will, soll an die Zeit vor hundert Jahren denken, wo auch eine auswärtige deutsche Politik Preußen gänzlich unmöglich schien und sieben Jahre darauf Preußen eine der Hauptmächte im europäischen Staatenkonzern wieder war. An dieser Erinnerung sehen wir, wie innere und äußere Politik miteinander verwachsen sind, aus dieser Erinnerung wollen wir die Kraft schöpfen für die Arbeiten des Tages im Dienst unserer Partei, im Dienst vor allem unseres Vaterlandes.

Im Anschluß an den Vortrag wurde folgende

Entschließung:

von der Versammlung angenommen:

Die zum Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Halle versammelten deutschen Männer und Frauen fordern die deutschnationale Fraktion der deutschen Nationalversammlung auf, in Verbindung mit der deutschen Volkspartei gemäß Artikel 59 der Verfassung des deutschen Reichs vom 11. August 1919

den Reichsminister Erzberger sowohl wegen seines Verhaltens als Abgeordneter des alten Reichsstaates, wegen Verbreitung des Berichts des Grafen Czernin als auch wegen der verschiedenen gegen diesen Minister in der Oeffentlichkeit erhobenen schweren Beschuldigungen vor dem Staatsgerichtshof für das deutsche Reich anzuklagen.

Es entspricht nicht der Würde des deutschen Reiches, daß ein Mann, gegen den so schwere, ehrenrührige Beschuldigungen vorliegen, eins der höchsten Reichsämter bekleidet, solange er sich von diesen schweren Vorwürfen nicht völlig gereinigt hat.

Revolutionsschieber

Eine Berliner linksstehende Korrespondenz veröffentlicht diese nahezu unglaublichen Mitteilungen.

Innerhalb der sozialdemokratischen Partei sind zurzeit einflußreiche Persönlichkeiten bemüht, einem der größten Skandale aufzudecken, die die Revolution bisher aufzuweisen hatte. Diese Angelegenheit dürfte umso größere Bedeutung haben, als bekannte Führer der S. P. D. schwer kompromittiert werden. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei haben am 7. September und am 27. September dieses Jahres bereits Konferenzen stattgefunden, die sich mit dem vorliegenden Material beschäftigten. An diesen Besprechungen nahmen bekannte Führer, wie Brunner, Cohen, Davidsohn, R. Fischer, Friedrich Stampfer, Faaß, Katzenstein und andere teil, die sich mit der Frage zu beschäftigen hatten, was gegen die am schwersten belasteten Persönlichkeiten zu tun sei.

Inzwischen sind jedoch Verhältnisse eingetreten, die das Eingreifen der sozialdemokratischen Partei kaum mehr notwendig erscheinen lassen, da die Hauptangeschuldigten ein gerichtliches Verfahren gegen einen ihrer früheren Angestellten eingeleitet haben, das allein schon genügen dürfte, Licht in gewisse dunkle Vorgänge des letzten Kriegsjahres und der kritischen Revolutionstage bis zum März 1919 zu bringen. Das vorliegende, sehr umfangreiche Material ist sowohl maßgebenden Führern der U. S. P. D. wie der rechtsstehenden Parteien unterbreitet worden.

Es handelt sich hauptsächlich um die Machenschaften der in weitesten Kreisen der Regierung und auch sonst bekannten Brüder Sklarz, denen vorgeworfen wird, daß sie während des Krieges als Spitzel des deutschen Nachrichtendienstes gearbeitet, und mit Hilfe eines bekannten sozialdemokratischen Führers, der in Dänemark als „Professor P." auftrat, eine Kohlenhandelsgesellschaft, die „Kjöbenhavens Befragtnings-og Transport Compagnie" gründete, die angeblich den dänischen Arbeitern Kohlen lieferte, um Lebensmittel einzutauschen und die „nebenbei" ihren Gründern 250 000 Mark monatlich abwarf. Weiter wird den Herren Sklarz ein höchst merkwürdiges Geschäft vorgeworfen, bei dem, nach Prüfung der vorliegenden Urkunden, amtliche Ausweise der Reichskanzlei schwer mißbraucht und dienstliche Behörden zu Privatzwecken ausgenutzt worden sind. Der Hauptgeschäftsmann, Georg Sklarz, hatte zusammen mit dem bekannten Dr. Helphand (Parvus), Berlin den Verlag der „Glocke" begründet. Dieser Verlag stellte nun mit Bewilligung der Regierung 650 000 „antibolschewistische" Kalender her, die nach Rußland gehen sollten. Die Herstellung des Kalenders betrug pro Stück 65 Pfennige, Verkaufspreis 2,50 Mark. Da keine Möglichkeit bestand, den Kalender nach Rußland zu bringen, gingen schließlich die Kalender

als Militärgut mit den Ausweisen des Reichswehrministeriums nach Rußland.

Die Militärbehörde in Kowno entdeckte dann den Schmuggel und es wurde bei dieser Gelegenheit auch festgestellt, daß „antibolschewistischen" Kalender ausgerechnet an den Schwager des Bolschewistenführers Wazites ausgeliefert werden sollten.

Weiter wird den Herren Sklarz vorgeworfen, daß sie, Beginn der Revolution eine Wach- und Schutzgesellschaft gründeten, deren Geschäftsführer ein Schwiegersohn eines bekannten Führer der Mehrheitssozialisten ist, die vom Polizeipräsidenten Eichhorn mit Waffen beliefert wurde und die später verkrachte. Herr Eichhorn erhielt für diese „ehrenwürdigkeit" Weihnachtsgeschenke für sich und seine Frau, für die das Ehepaar Eichhorn mit überschwenglichem Dank in Briefen quittierte. Dieses Defizit soll nun von Sklarz zahlen. Herr Eichhorn zurückversetzt worden sein. Weiterhin wird Sklarz der Vorwurf gemacht, daß er bei der Finanzierung des „Regiments Reichstag", dessen Verpflegung er vollständig lieferte, sich der gröbsten Verfehlungen schuldig gemacht habe. Auch hier wird ihm zur Last gelegt,

Riesensummen zweimal kassiert zu haben,

und es wird den zuständigen Instanzen in der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie Zahlungsanweisungen gegeben hätten, ohne die vorhandenen Belege sorgfältig zu prüfen. Schließlich werden sich die Gerichte bei den Immer noch Verhandlungen gegen die obenerwähnten Angestellten, einen Herrn S., mit seinem größten Geschäft, der Gründung einer Markenfabrik, beschäftigen, für deren Versorgung ihm 20 Millionen Mark bei der Reichsbank angewiesen sein sollen. Es wird S. hier der Vorwurf gemacht, daß er 25 Prozent an den im Ausland aufgekauften Waren verdient habe und daß seine Rechnungslegung so unklar wie möglich gewesen sei. S. wird schließlich der Vorwurf gemacht,

daß er, bem von seinen Angestellten Jahresgewinne von über 20 Millionen Mark nachgesagt werden, keine Steuern zahle, sondern der Steuerbehörde erkläre, daß sein Wohnsitz sich in Kopenhagen befinde, während er in Berlin nur „geschäftlich" tätig sei.

Einer der Angestellten des Herrn Sklarz, der nicht nur um die finanziellen Transaktionen sondern auch um gewisse andere Dinge gewußt zu haben scheint, entfloh vor nicht allzu langer Zeit unter Mitnahme von 1 200 000 Mark. Dieser Mann, das Geld in Deutschland an verschiedenen Punkten hinterlegt und erklärt, daß er diese Summe nur an die Reichskasse zurückerstatten werde, sobald die schwebenden Affären der Brüder Sklarz geklärt seien. Herr Sklarz hat den Defraudanten in Holland verhaften lassen und ist, mit den nötigen Ausweisen versehen, dann selbst nach Holland gefahren, wo er die Rückkehr seines ehemaligen Angestellten, die bei Gericht deponiert worden einsah. Obwohl die holländischen Behörden bereits einmal versucht hatten, von den deutschen Gerichtsbehörden den Auslieferungsantrag für den Defraudanten mit begründeten Unterlagen zu erhalten, ist dies nicht geschehen. Herr Sklarz hat vielmehr der Familie des ehemaligen Angestellten angeboten, den jungen Mann außer Verfolgung zu setzen, wenn er in den Wiederbesitz gewisser Dokumente gelangen könne. Dieses Angebot ist jedoch zurückgewiesen worden, da vor allen Dingen der Sachverhalt all dieser Geschäfte, die im gewöhnlichen Leben mit „Schiebungen" bezeichnet werden, an Gerichtsstelle klargestellt werden sollten.

Deutschnationale Anfrage

Die deutschnationalen Abgeordneten D. Mumm, Dr. Kloß, D. Traub und M. Behm haben in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt:

„Vom 20. bis 22. Oktober fand in Berlin eine amtlich berufene „Vorbesprechung zur Reichsschulkonferenz" statt. Der ausgegebene Bericht ist völlig ungenügend. Wer nahm an dieser Vorkonferenz teil? Nach welchen Grundsätzen wurde sie zusammengewählt? Nach welchen Grundsätzen wird die Reichsschulkonferenz selbst zusammengesetzt werden? Soll der Deutsch-Evangelische Kirchenausschuß zu der Konferenz ebensowenig wie zu der Vorkonferenz zugezogen werden? Besteht die Befürchtung zu Recht, daß der von jener Vorkonferenz eingesetzte, am 18. November zusammentretende Ausschuß, dem die Frage der Einrichtung von Bekenntnisschulen und die Beratung über das nach Artikel 146 Absatz 2 der Reichsverfassung einzubringende Schulgesetz übertragen ist, den Beratungen der Reichsschulkonferenz selbst die volle Freiheit der Entschließungen einschränkt? — Ist der Reichsregierung bekannt, was die „Vossische Zeitung" bemerkt: „Die Regierung hat stets betont, daß eine Gesetzgebung ohne Heranziehung der Fachkreise bei der Vorbereitung in einem demokratischen Staat undenkbar ist. Will sie ihr Vorgehen bei der Vorkonferenz etwa demokratisch nennen? Es geht weiter aus lückenhaften Berichterstattung hervor, daß entgegen der Ankündigung [illegible] der Vorkonferenz durchaus konfessionelle Schulfragen behandelt worden sind — ohne Zuziehung von Fachleuten! Und wie denkt man sich die Fortsetzung der Verhandlungen? Eine weitere Behandlung der wichtigsten Kulturfragen hinter verschlossenen Türen noch parteipolitischen Rücksichten? Dagegen muß in der Oeffentlichkeit schärfste Verwahrung eingelegt werden."

Arbeiterrat und Stadtsäckel

Im allgemeinen sind nach der Rekonstruktion der Gemeindeverwaltungen die Arbeiterräte, weil überflüssig, abgeschafft worden. Nur da, wo eine sozialdemokratische Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung vorhanden ist, hat man sie beibehalten müssen, in dem ihnen gewisse Verdienste in der Lebensmittelkontrolle zugeschrieben werden. So hat man in einem Vorort Berlins mit sozialdemokratischer Herrschaft das Gehalt für die Arbeiterräte neuerdings von 600 auf 700 M. erhöht, und auch noch gleich zwei Sozialdemokraten als besondere Schöffen je 9000 M. Gehalt angestellt. Da, wo keine sozialdemokratischen Mehrheiten in den Gemeindevertreter- oder Stadtverordnetenversammlungen vorhanden sind, hat man die fragliche Institution der Arbeiterräte wohl restlos beseitigt; ja in Neukölln ist es sogar vorgekommen, daß die Mehrheitssozialisten für die Beseitigung des Arbeiterrates gestimmt hyp. keine Mitglieder ihn bewilligt haben.

Man fragt aber mit Recht: Was ist das für eine Verwaltungspraxis, die das Bestehen einer Behörde [illegible] davon abhängig macht, ob eine sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung möglichst viele Genossen an die Futterkrippe stellt? Wohin soll es denn führen, wenn gerade die ärmeren Leute weinden so beträchtliche Gelder für Parasiten in der Form der Arbeiterräte aufbringen müssen? Denn naturgemäß werden gerade die Orte mit überwiegender Arbeiterbevölkerung in erster Linie mit den Arbeiterräten bedacht. Es handelt sich da vielmehr um Plünderung der Gemeindekassen, die sich auf die Dauer schwer rächen wird. Die nächste Folge wird natürlich sein, daß alle kräftigeren Steuerzahler die Orte zu verlassen strebt sind, in denen so leichtfertig die öffentlichen Mittel verschleudert werden. Es wäre höchste Zeit, daß der Minister des Innern endlich einmal Ordnung schafft und durch eine Verordnung ein- für allemal dem ungesetzlichen Treiben der Arbeiterräte ein Ende macht!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0008

Halle und Umgebung

Halle, 26. November.

Der Kilian-Prozeß

Nach dem Zeugenaufruf wird der Zeuge Liebe vernommen. Der Zeuge war als Pförtner im Artilleriedepot in Beesen und gibt an, daß die Magazine dort aufgebrochen wurden und gewaltsam Munition herausgeholt wurde. — Zeuge Henne gibt auf Fragen des Vorsitzenden an, daß er in der Charlottenschule gewesen ist, als Schleifstein und Hartung auch dort anwesend waren. Ferchlandt kam später dazu und war sprachlos über das Zusammensein von Schleifstein und Hartung.

Vors.: Wissen Sie, daß Ferchlandt Fahrtausweise verteilt hat. — Zeuge: Ja. — Der Vorsitzende stellt an den Zeugen verschiedene Fragen über die Besetzung des Artilleriedepots, auf die der Zeuge antwortet.

Rechtsanwalt Herzfeld: Hatten Sie den Eindruck, daß bei der Besprechung mit Hartung und Schleifstein in der Charlottenschule Ferchlandt über dieses Zusammensein ehrlich entrüstet war? — Zeuge: Ja. — Zeuge Hartung: Ferchlandt war über die Lebensmittellage der Stadt genau unterrichtet. Er machte mir Vorwürfe, daß ich in Leipzig diese Bestände als übertrieben groß geschildert habe. — Zeuge Henne: Ich war Führer der Matrosenkompagnie und weiß, daß oft Leute der Kompagnie dienstlich auf Reisen waren. Die Besprechungen in der Charlottenschule waren durchaus nicht geheimnisvoll.

Rechtsanwalt Müller: Haben Sie den Eindruck, daß Hartung nur eine Spielrolle gespielt hat und bei solchen Besprechungen Ferchlandt nur aushorchen wollte? — Zeuge Henne: Das sagte man allgemein. — Staatsanwalt Salz: Ist Ihnen bekannt, daß der Plan bestand, die

Matrosen wollten den Oberbürgermeister verhaften.

Zeuge: Man hat uns davon Mitteilung gemacht. Ich habe das natürlich nicht für Ernst gehalten. Daß Matrosen später im Auto zu dem Oberbürgermeister gefahren sind und dessen Wohnung ausgesucht haben, weiß ich nicht. — Zeuge Lange: Dieser Plan geht von Meseberg aus. Dieser hatte überhaupt mehr Einfluß auf die Matrosen als Henne. Zeuge Hartung erklärt, er habe von Henne Fahrscheine ausgestellt erhalten. — Zeuge Weiber erklärt, daß Henne mehrmals Fahrscheine ausgestellt hat. — Rechtsanwalt Müller stellt den Antrag, die Aussagen Hartungs, die sich andauernd widersprechen, zu protokollieren. — Staatsanwalt: Ich muß nur erklären, daß ich das gute Gedächtnis des Hartung bewundere und die Genauigkeit, mit der er seine Aussagen macht. — Rechtsanwalt Müller: Der Zeuge Hartung hätte nie seine Aeußerung zurückgenommen, wenn nicht aufsätzig die gegenteilige Aussage eines anderen Zeugen die Unwahrheit der Hartung'schen Aussage bewiesen hätte. — Angeklagter Kilian: Der Staatsanwalt versucht immer hinzustellen, daß die Matrosen die wilden Kerle und die Artilleristen die Ruhigen gewesen seien. Hauptmann Manz hat selbst erklärt, die Artilleristen seien so wild, daß sie den „Wettiner Hof" am liebsten zusammenschießen möchten. — Zeuge Lange gibt an, zu wissen, daß die Matrosenkompagnie Angriffsabsichten auf die Artillerie gehabt habe. Er schildert auch entsprechende Vorgänge. — Angeklagter Kilian: Erinnern Sie sich (zu dem Zeugen Henne), daß Hartung sich gerühmt hat, Maschinengewehrführer im „Wintergarten" gewesen zu sein und den ersten Schuß auf die Menge abgegeben zu haben. — Zeuge Henne: Ich habe davon gehört. In einer Versammlung im „Volkspark" wurden für diese Aussagen Hartungs auch Zeugen gesucht. — Angeklagter Kilian stellt den Antrag, die Aussage Hartungs über die Fahrscheinausstellung Hennes zu protokollieren. Besonders, daß Hartung auf den Einwurf des Zeugen Weiber gesagt hat: „Dann muß ich mich geirrt haben". — Vors. lehnt diesen Antrag ab. — Zeuge Hartung gibt an, er habe mit Kilian über einen Fahrtausweis gesprochen. — Angeklagter Kilian: Das ist von Hartung erfunden. — Zeuge Weiber sagt unter Eid aus: Hartung ist niemals bei Kilian gewesen. Ich weiß es genau. Hartung ist mit dieser Sache bei Schuhmacher gewesen. Hartung hat sich bei dieser Gelegenheit verfleidet. Zeuge Hartung bestreitet alle Aussagen des Zeugen Weiber. — Rechtsanwalt Müller: (Zu dem Zeugen Hartung) Warum sagen Sie jetzt erst von dieser Besprechung mit Kilian? Früher haben Sie an, Sie könnten über den Angeklagten gar nichts aussagen! Die Verhandlung dauert an.

Kommunistische Strömungen in der Angestelltenbewegung

Vor einiger Zeit brachten wir eine „Berichtigung", die uns vom Zentralverband der Angestellten zugeschickt wurde, zu dem unter obiger Ueberschrift veröffentlichten Artikel. Zu dieser Berichtigung schreibt uns der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband Hamburg, Ortsgruppe Halle, folgendes:

„In der vom Zentralverband der Angestellten gebrachten Notiz behauptet der geistige Führer des Verbandes, Paul Lange, nicht der Verfasser der kommunistischen Anweisungen, wie die Gewerkschaften am besten zu zerstören sind, zu sein. Sachlich wird an unseren Behauptungen in der fraglichen Notiz durch die Berichtigung des Kommunisten Lange nichts geändert. Es steht für den Kenner außer Zweifel, daß im Zentralverband der Angestellten starke kommunistische Strömungen vorhanden sind und daß die Führung bei dem erwähnten Paul Lange tatsächlich liegt. Selbst die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die doch gewiß als sozialdemokratisch angesehen werden muß, macht in ihrem „Korrespondenzblatt" (Nr. 25 vom 21. Juni 1919) eine bemerkenswerte Feststellung. Auch vom „Vorwärts" und anderen gut unterrichteten sozialdemokratischen Zeitungen liegen eine Reihe gleicher Feststellungen vor. Die Kommunistische Partei in Rheinland-Westfalen verbreitet sogar eine Broschüre „Die revolutionäre Kampforganisation", die aus Aufsätzen der „Handlungsgehilfen-Zeitung", Fachblatt des Zentralverbandes der Angestellten (Tendenz: „Alle Macht den Räten, fort mit den Parlamenten"), zusammengestellt ist. In einem Mitteilungsblatt der Berliner Jugendsektion des Zentralverbandes der Angestellten werden die Lehrlinge aufgefordert, an einer Kundgebung der kommunistischen Jugend, die am 7. September 1919 in Pichelsdorf stattfand, teilzunehmen. Es bedarf nur noch der Erwähnung, daß auf der ersten bekannten Spartakus-Reichskonferenz besonders Paul Lange einen Vortrag gegen die Gewerkschaften hielt, um zu zeigen, daß eine ganze Portion Mut dazu gehört, einen Artikel zu berichtigen, wie den unter obiger Ueberschrift."

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven** (kein Rohfleisch) (Nachlieferung) in der Talamtschule, am Donnerstag, den 27. November 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 40 001 bis 61 501 bis 84 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 84 500 nachmittags von 2—6 Uhr, sofern sie bei dem letzten Verkauf noch nicht berücksichtigt sind. Für jede Person eines Haushaltes kann eine Einpfunddose zum Preise von 5 Mk. abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Städtischer Verkauf von Käse** in der Talamtschule am Donnerstag, den 27. November 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 29 501 bis 30 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 30 001 bis 31 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ½ Pfund zum Preise von 60 Pfg. abgegeben, sofern der Verkauf in Spalte 7 des alten Lebensmittelscheines noch nicht eingetragen worden ist. Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Der Verkauf von Quark erfolgt am Donnerstag, den 27. November 1919 auf den Abschnitt 17 für die eingetragenen Kunden bei dem Molkereibesitzer Scharfe, Rud.-Ostmannstraße 35, dem Milchhändlerinnen Berger, Volkmannstraße 3a, Weiffer, Volkmannstraße 11, Stein, Spitze 8, Turley, Mansfeldstr. 5, dem Milchhändler Eilenberg, Gr. Steinstraße 41 und in den Verkaufsstellen der Niemberger Molkerei, Nannischstraße 20/21 und Martinstraß 1. An letzteren beiden Stellen nur von 8—12 Uhr.**

Auf jeden Abschnitt wird ¼ Pfund Quark zum Preise von 70 Pfg. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Sonnabend, den 29. November abzuliefern.

— **Städtischer Verkauf von Puddingpulver,** (Nachlieferung) am Donnerstag, den 27. November 1919, in der Talamtschule. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 40 001 bis 61 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 84 500 nachmittags von 2—6 Uhr, sofern sie bei dem letzten Verkauf von Puddingpulver noch nicht berücksichtigt worden sind. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Paket zum Preise von 25 Pfg. abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

*

— **Amerikanische Schweinefleischprodukte.** Die Reichsfleischstelle hat den Kommunalverbänden mitgeteilt, daß in der Belieferung mit amerikanischen Schweinefleischprodukten nunmehr ziemliche Stockungen eintreten werden, so daß es unmöglich ist, dauernd für sämtliche Bezirke des Deutschen Reiches gleichzeitig die nötigen Schweinefleischprodukte einzuführen. Es muß deshalb abwechselnd in allen Bezirken eine vorübergehende Stockung eintreten.

— **Viehzählung in Halle am 1. Dezember.** Die Durchführung der vierteljährlichen Viehzählung, die am 1. Dezember 1919 gemäß Anordnung des Reichskanzlers vom 30. Januar 1917 in der Fassung der Verordnung über die Erweiterung der vierteljährlichen Viehzählung vom 9. August 1917 stattfindet, ist der Polizeiverwaltung übertragen worden. Die Aufnahme erfolgt mittels Listen in den viehhaltenden Haushaltungen in der üblichen, durch frühere Viehzählungen bereits bekannten Weise; sie umfaßt Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und Kaninchen. Es wird erwartet, daß die Beteiligten ihre Meldepflicht im vaterländischen Interesse erfüllen werden. Die Außerachtlassung der Pflicht ist mit Strafe bedroht.

— **Ein Gesetzentwurf über die Kommunalisierung** befindet sich in Ausarbeitung und wird der Nationalversammlung etwa Anfang Januar zugehen. Dieser Entwurf wird, wie wir hören, auch die Möglichkeit der Kommunalisierung von Straßenbahnen vorsehen.

— **„Sozialistische Ideen".** Der 4. Vortrag im Hallescheu Bürgerverein war gut besucht. Der Redner, Professor Joerges, führte ungefähr folgendes aus: Des Menschen Wesensunterschied vom Tiere ist sein Streben, selbständig urteilend Stellung zu nehmen zu der Welt, in der er geboren, in der er lebt. Er erwirbt sich eine Weltanschauung. Um sich eine Weltanschauung zu erwerben, muß der Mensch Stellung nehmen zu dem Weltkörper, auf dem er lebt, zu dem All, in dem sich unser Weltkörper befindet und er muß ferner Stellung nehmen zu sich und zu seinen Nebenmenschen. Alle menschlichen Vorstellungen gehen zunächst aus von dem Sinneseindruck. Alle Menschen streben nach einer Gesellschaftsordnung, die auf Gerechtigkeit gegründet und auf Gerechtigkeit aufgebaut ist. Sozialistische Ideen sind Vorstellungen und Gedanken über die gerechte Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung. Die sozialistischen Ideen erstreben die gleichmäßige Versorgung aller Glieder der Gesellschaft mit den Gütern zur Erhaltung und Fristung des Lebens; sie erstreben des weiteren, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Menschen in jeder Form zu beseitigen. Die Sozialisten glauben durch eine Aenderung in den Eigentumsverhältnissen die gesellschaftliche Harmonie zustande zu bringen. Der Sozialismus und die sozialistischen Ideen entfließen der kollektivistischen Wirtschaftsauffassung. Der Sozialismus ist nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, er glaubt durch seine Ideen den Menschen das Glück zu bringen. — Nach dem Vortrage wurde der Redner von einem Zuhörer, der sich als Arbeiter zu erkennen gab, u. a. auch danach gefragt, ob die Sozialisten die Versprechungen, die sie gemacht hätten, auch halten könnten. Darauf bekam er die Antwort, daß diese Versprechungen vorläufig wohl noch nicht gehalten werden könnten. Es sei jedoch insofern schon eine Besserung für die Lage der Arbeiter zu verzeichnen, als der Arbeitgeber einen Arbeiter nicht ohne weiteres entlassen könne, sondern daß darüber der Schlichtungsausschuß usw. zu entscheiden habe. — Da die Aussprache auf politisches Gebiet hinüberzugleiten drohte, und die Politik an diesen Abenden nicht berührt werden soll, wurde die Aussprache geschlossen. m. d.

— **Auszeichnung.** Gerichtsassessor Dr. Rolf Mallachow ist nachträglich mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe ausgezeichnet worden. Zugleich hat er vom Kreise Landesbut i. Schl. einen Ruf zur Leitung der dortigen Wohlfahrts- und Mietseinigungsämter erhalten.

ii. **Nach dem Bericht des Vaterländischen Frauenvereins für den Saalkreis** ist die Mitgliederzahl während des Krieges von 1461 auf 2596 gestiegen. Er ist einer der stärksten Vereine der Provinz. Es haben sich neue Ortsgruppen gebildet. Die einzelnen Gruppen können jetzt ein Fünftel ihrer Beiträge für sich verwenden. Den Vorsitz führt Frau Landrat a. D. S. v. Krosigk. An vielen Orten wurden Kinderhorte, Koch- und Schuhkurse eingerichtet. Die Zahl der angestellten Gemeindeschwestern ist auf 19 gestiegen. Für die Säuglingsfürsorge wurden drei besondere Schwestern angestellt. Zur Tuberkulosebekämpfung wurden von der Provinz die Lungenheilstätten Vogelsang und Oranienbaum errichtet und in Ammendorf eine Fürsorgestation. Der Betrieb in der Wiederholungsstätte in Dölau konnte 1914—15 nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. Da die Pachtzeit für das Grundstück, auf welchem sie erbaut ist, abgelaufen ist, wurde der Baufeld von der Gemeinde Dölau verkauft. Es wurde beschlossen, den Abbruch des Hauses vorzunehmen und sobald wieder billiger gebaut werden kann, soll ein Neubau aufgeführt werden. Die Einnahme betrug 1918 43 080 M., die Ausgabe 34 569 M. Die Wiederholungsstätte wurde 1918 von 81 Kindern besucht, die Einnahme hierfür 3096 M., die Ausgabe 3823 M., der Zuschuß des Vereins 787 M. Die 19 Schwestern haben 1918 5108 Personen gepflegt und 47 945 Krankenbesuche gemacht. Bei Unfällen halfen sie in 49 Fällen und leisteten 2908 Nachwachen.

— **Die Innere Missionstagung in Halle,** die wegen Verkehrssperre hat verschoben werden müssen, findet nun am Montag den 1. Dezember statt: Nachm. um 5 Uhr Versammlung der Mitarbeiter für Innere Mission; Vortrag des Direktors vom Zentralausschuß für Innere Mission, P. Lic. Fülckrug-Berlin über: „Was hat uns Wichern heute zu sagen?" Abends 8 Uhr in der Kapelle des Diakonissenhauses Oeffentliche Versammlung mit Ueberreichung von Gaben durch Abgeordnete der einzelnen Vereinigungen für Innere Mission; ihre Entgegennahme durch Geheimrat D. Cger als Vertreter des Provinzialausschusses; Schlußwort Lic. Fülckrug: Wo ist der Mann, der dessen kann? Musikalische Einlagen von Frau Prof. Schmidt-Hahn und ihrem Chor. Beide Versammlungsräume sind geheizt. Alle Freunde der Inneren Mission sind herzlich willkommen. Eintritt frei.

— **Bibel- und Schriften-Verein.** Am 1. Advent, 30. November, abends um 6 Uhr feiert der hiesige Bibel- und Schriften-Verein in der Domkirche sein Jahresfest. Geh. Konsistorialrat Prof. D. v. Dobschütz wird die Festrede halten; 25 Kinder sollen je ein Gesangbuch erhalten. Der Vorsitzende Prof. D. Lang wird den Jahresbericht erstatten. Außerdem werden Frau Prof. Winternitz und Frl. M. Hoffmann das Fest durch Gesänge verschönen. Jedermann ist dazu herzlich eingeladen.

— **Der Thüringisch-Sächsische Geschlechtsverein** veranstaltet am Dienstag, den 2. Dezember, abends um 8 Uhr im Hotel „Kaiser Wilhelm" einen Vortragsabend mit Lichtbildern. Dr. Ing. H. Ermisch-Leipzig wird einen Vortrag über das Thema „Sächsische Rathäuser" halten. Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen.

— **Aenderung des Wochenplanes der deutschnationalen Jugend.** Am Mittwoch statt um 4 Uhr um 8 Uhr Dr. Carlsson, Leipzigerstraße 17. Am Donnerstag statt Dr. Bundt in dem Augustinerbräu, Dr. Bundt in der Leipziger Straße 17.

— **Die Vereinigung ehemaliger Kadetten** hält am Sonnabend, dem 29. November, in den „Deutschen Bierstuben" ihre fällige Monatsversammlung ab. Die Versammlung verspricht besonders interessant zu werden, da u. a. zum D. O. V. und zum N. D. C. endgültig Stellung genommen werden soll. Anfang der Versammlung pünktlich um 8½ Uhr.

— **„U.-T.-Lichtspiele", Leipzigerstraße 88.** Der bereits angekündigte Sensations-Film „Der Tempelräuber" wird vom Freitag an hier vorgeführt. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Herren Harry Liedtke, Bruno Decarli, die als Partnerin Lo Holl haben. Die Regie ist von Heinz Carl Heiland geführt.

— **Tanzabend von Nina Hard.** Man staune: Ein Verbot der Behörde: Die Hypnose und Wachsuggestion darf von den Lo Kittans, Cumberlands und anderen zahlreichen Jüngern als gesundheitsgefährlich nicht mehr ausgeübt werden. Ob demnächst für die wie Pilze aus der Erde schießenden Tanzabende auch eine Zensur bestehen wird? Man möchte es im Interesse des oft vergeblich nach Schönheit und Rhythmus suchenden Publikums erhoffen. Jedoch hat Nina Hard die gestern auf der kleinen Bühne des „Mozartsaales" gerebgten Kabinettstücke der Tanzkunst hat, nichts zu befürchten. Ein zartes, fast elfisches Wesen mit gertenschlanken Körper voller Grazie und fast knabenhafter Härte. Durch kein Lächeln, keine Geste suchte sie mit dem Publikum Fühlung zu nehmen und fühlte sich doch zu ihm hin. Das Publikum verband ein direkt herzliches Wohlwollen mit dem grazös aparten Menschenkind auf der Bühne. Die Nippesfiguren aus Großmutters Vitrine waren ganz und gar wie Porzellan. Der müde Knabe, der den „Schlaf" verkörperte, das „Opium" in fast wirrer Ekstase, alles unterstützt von geradezu unübertrefflich vornehmen Kostümen, fesselten in steigender Linie. Die junge Künstlerin, denn das ist sie wirklich in ihrem Fache, ist eine berufene Jüngerin edelster Tanzkunst. Die begleitende Musik des Herrn H. Kaul bot beachtenswerte eigene Kompositionen. s. a.

— **Gesellschaftsabend im Zoologischen Garten.** Vielseitigen Wünschen der Besucher des zoologischen Gartens entsprechend veranstaltet die Direktion am Donnerstag, den 27. November abends um 8 Uhr einen Gesellschaftsabend, zu dem die Abonnenten des Zoologischen Gartens freien Zutritt haben. Die Veranstaltung beginnt mit einem Konzert, dann folgt ein Gesellschaftsball, an dem jeder Besucher im Gesellschaftsanzug teilnehmen kann. Die Musik wird von der Kapelle des 1. Landesjäger-Regiments unter Leitung des Obermusikmeisters Karl Steuer ausgeführt. Der Eintrittspreis ist aus der Anzeige zu ersehen.

— **Fröhlicher Abend von Edwin Burmester** am Freitag, dem 28. November, abends 8 Uhr im Saale der Loge zu den fünf Türmen. Der Abend bringt eine Fülle der schönsten neuen und alten lustigen Lieder zur Auslese aus den Werken der Meister des modernen Humors. Karten bei Reinhardt Koch.

*

— **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, abends um 7½ Uhr gelangt als 3. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus die Spieloper „Das Christelflein" unter Leitung des Komponisten zur Erstaufführung. Donnerstag, abends um 8 Uhr, letzte Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus Orchester-Konzert unter Leitung von Prof. Dr. Hans Pfitzner. Als Solisten sind Gertrud Meinel, Dresden, Wilhelm Guttmann, Berlin gewonnen worden. Am Freitag geht „Don Carlos" in neuer Einstudierung unter Spielleitung von Dr. Edgar Groß in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Hedwig Jonas, Helene Senken, Charlotte von Durand, Eugen Teuscher, Georg Ottmann, Josef Krahé, Hermann Wedding, August Roessler. Sonnabend: „Tosca". Sonntag vormittag: 2. Vortrag im Zyklus „Das Drama der Jugend in Deutschland" von Privatdozent Dr. Wolfgang Liepe über „Die romantische Jugendbewegung". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Kameraden", Sonntag abend „Das Christelflein".

„H. Z." Sportberichte

er. **Die 14. großen Skirennen in der Schweiz,** die zugleich die Austragung der Schweizer Ski-Meisterschaften bringt, sollen im Februar in Klosters (Graubünden) vor sich gehen. Die große Selfranga-Schanze, die Sprünge von über 10 Meter Länge zuläßt, ist für den Austragung des Sprunglaufes besonders geeignet.

ks. **Die Wiederholung des Vorrundenspieles um den Fußball-Bundespokal** zwischen dem Südostdeutschen Fußballverband und dem Verband Brandenburgischer Ballspielvereine findet nicht, wie von anderer Seite gemeldet, am 23. November in Breslau statt. Der Zeitpunkt des nochmaligen Zusammentreffens der beiden Verbände, das beim ersten Spiel in Berlin nach 143 Minuten Spieldauer beim Stande von 6:5 für Berlin vom Schiedsrichter abgebrochen wurde, wird noch bekanntgegeben.

ks. **Einen neuen Michelin-Preis in Höhe von 500 000 Franks** hat der französische Sportsmann André Michelin für denjenigen Flieger ausgesetzt, der als Erster folgende drei Probleme löst: 1. sich senkrecht vom Boden erheben; 2. eine Fluggeschwindigkeit von 200 Kilometern in der Stunde erreichen und 3. sich innerhalb eines Halbmessers von 5 Metern von einem bezeichneten Punkte senkrecht auf den Boden niederlassen kann. — Ein solches Flugzeug muß erst noch erfunden werden.

ks. **Winterkurort in der Schweiz.** In Engadin soll nach einem Beschlusse der Sportkommission des Kurvereins der Wintersport in demselben Umfange wieder durchgeführt werden wie vor dem Kriege, und zwar mit Skeletontrennen auf dem berühmten Cresta Run, Skiläufen, Pferderennen auf dem Eise usw. — In Davos nehmen die großen Wintersportveranstaltungen im Januar ihren Anfang. Die Meisterschaft von Davos auf Zweierbobs, sowie die Schatzalpmeisterschaft auf Schweizerschlitten gelangen im Februar zur Entscheidung.

Ortizon-Mundwasser-Kugeln
vernichten schädliche Bakterien in der Mundhöhle und beseitigen üblen Mundgeruch. Die Zähne bleiben gesund und weiß.
In den einschlägigen Geschäften erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0009

Original Weck- und Silesia-Einkoch-Gläser, rein weisse Ware in allen Grössen, billigste Tagespreise. **Louis Böker,** Leipzigerstr. 7.

Stellen-Angebote

Altbekannte Seifenfabrik Bayerns sucht für Halle a. S.

tüchtigen Vertreter

zum provisionsweisen Verkaufe einiger Spezialitäten, welche in Qualität konkurrenzlos sind. Solche, die in Parfümerie-, Friseur- u. Drogengeschäften bereits eingeführt sind, werden bevorzugt. Ausführliche Offerten mit bisheriger Tätigkeit unter **M. N. F. 6560** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., München.**

Ordentlichen, verheirateten

Hofaufseher,

an strenge Tätigkeit gewöhnt, sucht

Rittergut Seeburg, Post Erdeborn.

Aufseher,

energisch, solid und an strenge Tätigkeit gewöhnt, eventl. mit Leuten, suche für große Wirtschaft. Zeugnisse erbitte.

H. Lauterbach, Hainbücht bei Roda (S.-A.).

Wir suchen z. mögl. sof. Antritt perfekte

Stenotypistin,

die in Stenographie u. Maschinenschreiben firm ist. Bewerberinnen mit engl. u. franz. Sprachkenntnis erb. den Vorzug. Anfängerin, zweckl. Angeb. mit Lebensl., Zeugnisabschr., Gehaltsansprüchen und Photo an die

Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth bei Werdau i. Sa.

Wegen Verheiratung der jetzigen suche z. 1. Januar 1920

eine Wirtschafterin

nicht unter 25 Jahren, firm in feiner und einfacher Küche, Backen, Einmachen, erfahren in Schlachten und Geflügelaufzucht. Keine Milchwirtschaft und Leutebeköstigung. Angebote, eventl. mit Bild, an

Bezirk Frau Hans Böckelmann, Atzendorf, Magdeburg.

Suche sofort

tüchtige Personen

für die Hypotheken- und Darlehensbranche, pass. für Kriegsbeschädigte, sofort Verdienst ohne Kapital. Streng reelle Firma. Offert. unter **Postlagerkarte 193 Berlin N. 65.**

Stellen-Gesuche

Verwalter, 19 Jahre alt, ev., sucht zum 1. Januar auf größerem Gute

Stellung

bei Familienanschluß. Derselbe hat die Ackerbauschule zu Zwätzen besucht und ist m. allen landw. Arbeiten und Maschinen vertraut. Gute Zeugnisse vorhanden. Ang. mit Gehaltsang. erbeten an **K. Schmidt, Weiba in Thür.,** Preuß. Bahnhof.

Suche Stelle als Volontär

auf größ. Gut zum 15. 4. 20. Bin 26 J. alt, 52 Mon. Front, Praxis 1914 u. 1919, 2 Sem. Hochschule. Alles Nähe schriftl. Gefl. Angeb. erb. **duKol, Halle a. S.,** Brunnenstr. 53 II.

Geldverkehr

Geld, auch größ. Beträge verleihen schnell u. kulant. H. Blume & Co., Hamburg 24.

Kaufgesuche

Suche für tücht. Landwirte

Güter

bei 50 000, 150 000, 300 000 u. 500 000 Mk. Anzahlung. Auch Wacht. Besitzer. Ausführl. Besitzer-Angebote erbitet **Richard Bauer** in **Naumburg a. S.,** Gr. Jägerstr. 41.

Berufslandwirt

sucht Gut von 150—200 Morgen in d. Prov. Sachsen zu kaufen. Guter Boden, Geb. u. Inv. Bed. Anf. Wohnhaus, Elektris. u. gew. Vorräte. Besitzerangeb. erb. u. **Z. 2266** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Briefmarken kauft **H. A. Dietrich,** Martinstr. 11.

Grundstück

mit Gleisanschluß

innerhalb der Stadt Halle, geeignet zur Einrichtung einer Fleischwaren- und Wurstfabrik (Großbetrieb) **zu kaufen oder zu pachten gesucht.** Angebote unt. **B. A. 2071** an **Rudolf Mosse,** Brüderstr. 4, erb.

Drehstrom-Dynamo mit angebautem Erreger-Dynamo,

Betriebsspannung 220—230 Volt, Dauerleistung 75—80 KW mit 50 oder 51,5 Perioden minutlich, Tourenzahl 600, 750 oder 1000, mit Kupferwicklung, neu oder gebraucht, sofort oder schnellstens lieferbar, **zu kaufen gesucht.** Ausführliche Eilofferten mit Angabe von Fabrikat, Fabrik- und Typen-Nummer an

Dr. H. Zehrlant & Co., Mainz.

Perser-Teppiche

von Privat zu hohen Preisen **zu kaufen gesucht.** Off. u. Ff. S. 3192 an **Rudolf Mosse, Halle.**

Gesundes Stroh

kaufe ich jedes Quantum und zahle bis 10 Mk. per Zentner. Aufkäufer erhalten hohe Provision.

Fritz Rätzel, Häckselschneiderei, Calbe a. S. — Tel. 394.

Am Mittwoch, den 3. Dezember 1919, vormittags 9 Uhr findet zu

Osterburg (Altmark)

im „Berliner Hof" die

1. Zucht-Nutzvieh- und Pferde-Versteigerung

statt. Es gelangen

ca. 80 Stück Rindvieh, tragende und frischmilchende Kühe, tragende Färsen, Zuchtbullen und Zugochsen und außerdem

ca. 50 Stück Pferde, Zuchtstuten, Wallache, Fohlen,

zum Verkauf, welche durch eine Kommission besichtigt und ausgesucht sind. Verkaufsverzeichnisse versendet die Geschäftsstelle der Viehverwertungsgenossenschaft zu Osterburg, Wilhelmstraße 7. Bei der Versteigerung müssen Käufer aus der Provinz Sachsen die Einfuhrerlaubnis ihres Kommunalverbandes vorlegen bezw. Käufer aus fremden Provinzen die der dortigen Provinzial-Fleischstelle.

Viehverwertungsgenossenschaft für den Kreis Osterburg, eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Telephon 43.

Brennholz,

Buchen, Kiefern, Laubholz, in Bahnwagen und Fuhren oder ab Platz gesägt, ofenfertig gespalten, sowie trockenes Anzündeholz lose und gebündelt stets lieferbar.

Hensel & Müller, Kommanditgesellschaft,

Canenaerweg 2, Fernsprecher 6170.

Nutzholzhandlung, Dampfsägewerk, Hobelwerk. Brennholzgroßhandlung, Großpalterei, Bündelholzfabrik.

Verkäufe

Photo-Apparat,

10×15, mit 10 Kassetten, einer Filmpackkassette u. sämtlichem Zubehör **zu verkaufen.** Landsberger Str. 68 II lks.

2 sauber gepflegte Kriegsmarkensammlungen, Wert M. 4500 zu M. 3000 u. Wert M. 9000 zu M. 6500 zu verkaufen. **Alfred Kurth, Coldiz, Sa.**

Brennholz i. Ofenlänge ab Lager u. frei Haus. **Louis Kuckelt, G. m. b. H., Königstr. 45.** Fernspr. 5564.

Guter Jagdhund

im 4. Felde (Wasser- und Hühnerhund, guter Apporteur) **zu verkaufen.** **Grüne Linde,** Merseburg a. S.

Heirat

Landlehrer,

Reserve-Offizier, ein. Kind, vermögend, stattl. Erscheinung, sucht hübsche, liebevolle, echt deutsche, vermög. Dame bis 24 Jahre zw. baldiger Heirat. Gutsbesitzertochter bevorzugt. Angeb. nur m. Bild (Marke f. Rückend.) unt. **Z. 2258** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Miet-Gesuche

2-Zimmerwohnung

von bess. Brauupaar sofort oder Anfang 1920 gesucht, eventl. auch Teilung mit größerer Wohnung. Offert. erbeten an **König,** Wilhelmstr. 31.

Student sucht z. 1. Jan. ein gut möbl. **Wohn- u. Schlafzimmer** (beheizbar Preisl.) Elektr. Licht erwünscht. Angebote unter **E. 1369** an die Geschäftsstelle des **Göttinger Tageblattes, Göttingen.**

Achtung!

Suche Raum zu einer **Rohrprodukten-Handlg.** zu mieten, evtl. mit Wohng. zu sofort od. 1. Jan. Off. an **Paul Wissel,** Magdeburg, Große Diesdorfer Str. 35.

Zeichnungen

auf die

Deutsche Spar- Prämienanleihe v. 1919

werden von der unterzeichneten Kasse bis 3. Dezember entgegengenomm.

Halle a. S., den 13. Novbr. 1919.

Sparkasse d. Saalkreises.

Louis Börner

Werkstätten für Raumkunst

Halle a. S., Leipzigerstr. 12 Fernsprecher 6122.

Komplette Wohnungseinrichtungen und einzelne Zimmer in gediegener Ausführung und soliden Preisen.

Clubsessel in weicher, schwellender Polsterung in Rindleder- u. Wollgobelin-Bezug.

Jitter Halle

Leipziger Strasse 73.

Lauten, Guitarren, Mandolinen, Saiten nur Ia. Qualität.

Achtung!

Feinste englische **Toiletteseife** zu Mk. 42.— bis 45.— per Dtzd. bei Abnahme v. mind. 10 Dtzd. franko intl. Verp. **Prima englische Kernseife** in Stangen und Riegel zu Mk. 200.— bis 250.— franko intl. Verpackung per 15 kg Originalpaket laufend zu beziehen durch **Handelshaus „Hansa" R. Jacobs & Co., Enskirchen** (Rheinland). Generalvertreter gesucht.

Moderne richtig sitzende **Augengläser** verschiedener Konstruktion **Otto Unbekannt** Gr. Ulrichstr. 1a.

Parkett liefert, repariert — reinigt, bohnert — **Hönemann** Baubof 1. Tel. 3631. Verkauf von echtem Bohnerwachs zu regulären Preisen.

Hochherrschaftl. Wohnung

in einer Villa, 6—8 Zimmer und reichliches Nebengelaß, großer Garten u. Stallung, gegen kleinere 5—6-Zimmerwohnung zu tauschen. Näheres

Otto Schütze, Burgstr. 17.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 3. d. Mts. bringe ich zur Kenntnis, daß Anträge auf Zuteilung von Betriebsstoff für Kraftfahrzeuge formulärmäßig jeweils bis zum 20. jeden Monats bei dem Herrn Regierungs-Präsidenten in Merseburg vorgelegt werden müssen. Später oder nicht formulärmäßig eingehende Anträge können für den nächsten Monat nicht berücksichtigt werden.

Halle, den 24. November 1919.

Der Landrat des Saalkreises.

Ad. Thiele.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1888 wird hierdurch mit Zustimmung des Magistrats für den Stadtkreis Halle verordnet:

Die Polizeiverordnung vom 9. Aug. 1895 betr. Hallesche Hafenbahn wird außer Kraft gesetzt.

Halle, den 22. November 1919.

Die Polizeiverwaltung. Rive.

Bekanntmachung.

Die Züge Nr. 20, 21, 24 und 25 führen nur noch 3. und 4. Wagenklasse.

Halle, den 25. November 1919.

Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Hallesche Pfännerschaft Aktiengesellschaft Halle a. Saale.

Wir laden hierdurch die Aktionäre unserer Gesellschaft zu einer am

Freitag, den 19. Dezember 1919, mittags 12 Uhr im Hotel zur „Stadt Hamburg", Halle,

stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung

ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Erhöhung des Grundkapitals unserer Gesellschaft um 5 Millionen Mark durch Ausgabe von 5000 auf den Inhaber lautender Aktien über je M 1000,—, die von 1. Januar 1920 ab an der Dividende teilnehmen, unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre, Festsetzung des Mindestbetrages, unter dem die Aktien nicht ausgegeben werden dürfen.
2. Abänderung des Gesellschaftsvertrages
   - § 4 bezüglich der Höhe des Grundkapitals.
   - § 11 Ziffer 2 wegen Neufestsetzung der Gehaltsgrenze der vom Aufsichtsrat anzustellenden Beamten.
   - § 12 wegen anderweiter Regelung der den Aufsichtsratsmitgliedern zu gewährenden Reisekostenentschädigungen.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft, die an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien ohne Dividenden- und Erneuerungsscheine oder den von der Reichsbank erteilten Hinterlegungsschein bis spätestens **Dienstag, den 16. Dezember 1919, mittags 1 Uhr** während der üblichen Geschäftsstunden zu hinterlegen: bei der **Hauptverwaltung der Gesellschaft zu Halle Saale,** bei der **Ober-Berg- und Hüttendirektion der Mansfeldschen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft zu Eisleben** oder bei den Bankhäusern:

H. F. Lehmann, Halle Saale,
Delbrück, Schickler & Co., Berlin W. 66, Mauerstr.
Gebrüder Schickler, Berlin W. 66, Mauerstr. 61, 61/63.

Wegen der Hinterlegung bei einem Notar bleibt es bei den gesetzlichen Bestimmungen.

Halle/Saale, den 24. November 1919.

Der Aufsichtsrat.

Dr. Heinrich Lehmann.

100—120000 Mark

auf sichere Hypothek für hiesiges neues Wohn- u. Geschäftshaus **gesucht,** evtl. werden Wertpapiere in Zahlung genommen. Off. unter Z. 2267 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Schäfte

für Sport, Reit, Jagd, Gebirge, Eis, Fußball sowie Luxusschäfte, Maßarbeit, saubere Ausführung, fertigt sofort an. — Selbstgelieferte Material wird bestens verarbeitet.

F. Noah, Leipzigerstr. 16, Schäftefabrik. — Gegr. 1872. — Fernruf 1649.

Brennholz

in Rollen oder ofenfertig geschnitten (Karbola) bevorzugt in großen Mengen laufend gesucht. Ernstliche Angebote mit festen Preisen — und Lieferfristen zu richten an —

Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Hermann Pöge, Abt. Einkauf, Chemnitz i. S.

Terasan

die Wund- und Heilsalbe der Familie. Für Wunden jeder Art, Schnittwunden, Hautjucken, Hämorrhoiden, Hautausschlag (Bartflechte), Wundsein der Kinder, wunden Füssen. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Tanzlehranstalt „Goldener Hirsch", Leipzigerstr. 11, Fernspr. 1364. Inh. Albert Nicolaus, Mitzl. d. Bund. deutsch. Tanzlehrer. Die nächsten Zirkel **für Anfänger** beginnen am **11. Dez. 1919 u. 2. Jan. 1920.** Außer den üblichen Anfängertänzen werden auch passende **moderne Tänze** gelehrt. Ferner findet **Anstands- u. Ausmalunterricht** statt. Gefl. Anmeldung erbiten rechtzeitig **Albert Nicolaus und Frau,** Mitzl. d. Bundes deutscher Tanzlehrer.

Bettnässen. Abhilfe sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos. Merkur-Versand, München 98, Neureutherstr. 13.

Hämorrhoiden Versand von aufklär. Broschüre gratis u. fr. durch d. Elephanten-Apotheke, Berlin SW., Leipzigerstr. 7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0010

Landwirtschaftliche Wochenbeilage

der

Halleschen Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

Halle-Saale, Mittwoch, den 26. November 1919

Bund der Landwirte zur Zwangswirtschaft

Am 17. und 18. November fanden stark besuchte Versammlungen des Bundes der Landwirte in Torgau und Cöthen statt, denen erneut Zeugnis abgelegt wurde über die wachsende Erregung, die in der ländlichen Bevölkerung gegen die Zwangswirtschaft immer mehr Platz greift.

In Torgau hatten sich nahezu 300 Landwirte eingefunden, um dem Vorsitze des Herrn Gutsbesitzer Berger, Modritz, zu folgen dem Vortrag des Leiters der neuen Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte für die Provinz Sachsen und Anhalt, Herrn Dr. Pieper, Halle a. S., über „Die verheerende Wirkung der Zwangswirtschaft auf den landwirtschaftlichen Betrieb" zu hören.

Nach den Ausführungen des Vortragenden liegt die Wurzel der heutigen Kartoffelnot in der falschen Preispolitik der Regierung nach der verhältnismäßig guten Ernte des Jahres 1918. Die damalige Herabsetzung des Preises, auf durchschnittlich 2,80 Mk. per Zentner für den Landwirt, habe die Verminderung der mit Kartoffeln angebauten Flächen um ¼ (8,7 auf 2,7 Millionen Hektar unmittelbar zur Folge gehabt. Seitdem hat der Kartoffelbau nicht mehr erholen können.

Als letzter Grund des starken Rückganges unseres Viehbestandes ist die wiederholte Massenabschlachtung der Schweine anzusehen, von denen wir nach der Zunzählung des Jahres 1918 noch 9 Millionen gegenüber rund 25 Millionen des Jahres 1913 haben. Die heimische Schweinemast lieferte früher ⅔ des Fleischbedarfs, durch deren Fortfall immer schärfere Eingriffe in den Rindviehbestand verursacht wurden.

Entschließung!

Die Regierung begründet die Beibehaltung der Zwangswirtschaft mit der Tatsache, daß die deutsche Landwirtschaft zurzeit das Volk nicht vollständig ernähren kann. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß durch die Zwangswirtschaft die landwirtschaftliche Produktion immer weiter herabgedrückt wird. In logischer Schlußfolgerung muß die Regierung also den umgekehrten Weg zur Hebung der eigenen Produktion beschreiten, das heißt Aufhebung der Zwangswirtschaft und Zukauf des fehlenden Bedarfes aus dem Ausland.

Wir fordern deshalb in erster Linie die sofortige Beseitigung des Hackfruchtbaues, der Gerste und der Produkte der Stärkezucht von den Fesseln der zwangsweisen Bewirtschaftung, und ferner neben Bemiſchung angemessener Preise den allmähligen Abbau beim Brotgetreide.

Auch in der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit liegt ein Hemmschuh, der auf die landwirtschaftliche Produktion in wieder Hinsicht verhängnisvoll wirken muß, ein Zwang, der gleichzeitig mit der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes nicht vereinbar ist. Das zeigt am deutlichsten die in diesem Jahre eingetretene Katastrophe durch die verspätete Einbringung der Hackfruchternte, deren schwerwiegender Verlust zum größten Teil auf die verminderte Arbeitsleistung in entscheidender Zeit zurückzuführen ist. Eine Reform und Rückkehr zu naturgegebenen Grundsätzen ist deshalb dringend geboten.

Wir danken dem Bundesvorstand für seine aufopfernde Tätigkeit im Kampfe gegen die Zwangswirtschaft, die hervorragend geeignet und die bisher erzielten Erleichterungen ermöglicht hat.

Ein durchschlagender, endgültiger Erfolg in diesem Kampfe und eine dauernde, befriedigende Wagung der Lebensbedingungen der Landwirtschaft wird aber nur möglich sein, wenn es gelingt, endlich unseren Berufsstand in einer starken, wieder das ganze Reich ausgedehnten Organisation, wie wir sie im Bunde der Landwirte erblicken, möglichst restlos zusammenzuschließen, um freie, zuverlässige Männer vom Bunde zahlreich in die Parlamente und maßgebenden Regierungsstellen zu bringen.

Domänenpächterverband

Im vom Augenblicke größter Not des deutschen Vaterlandes haben sich gleich allen anderen Berufsständen unter dem auf diesem Vaterlande lastenden Drucke und insbesondere den die Landwirtschaft bedrohenden Verhältnissen und Gefahren in letzter Zeit auch alle Domänenpächter organisiert und zu einem Verbande zu dauernder Wahrung und Förderung ihrer Berufsinteressen zusammengeschlossen. In der Ueberzeugung, daß Kräfte sammeln zu müssen, um den ihre Existenz beeinträchtigenden oder gar vernichtenden Strömungen richtig zu begegnen, erkennen die Domänenpächter ein Verständnis für die wichtigen Aufgaben ihres Berufes und ihre Lebensbedingungen und suchen dementsprechend durch ihren Zusammenschluß die nötige Anerkennung und Beachtung zu verschaffen.

Ein in Berlin bestehender gemeinsamer Verband vereinigt sich die in den einzelnen Provinzen oder Regierungsbezirken bereits gebildeten örtlichen Pächtervereinigungen, welche alle Pächter von Staatsdomänen, Kammer-, Kloster- und anderen in staatlicher Verwaltung befindlichen Gütern als Mitglieder aufnehmen.

Solche Vereinigungen haben sich gebildet in den Regierungsbezirken: 1. Königsberg, 2. Allenstein, 3. Gumbinnen, 4. Potsdam und Frankfurt a. d. Oder, 5. Stettin, 6. Köslin, 7. Stralsund, 8. Posen und Bromberg (die deutsch bleibenden Domänen), 9. Breslau, Liegnitz und Oppeln, 10. Magdeburg, 11. Merseburg und Erfurt, 12. Schleswig, 13. Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück und Aurich, 14. Kassel und 15. Wiesbaden und Koblenz.

Der alle diese Vereinigungen in sich zusammenschließende Domänenpächterverband in Berlin wird geleitet von dem Vorstande, bestehend aus den Herren: Oberamtmann Meyer in Friedeburg (Saale), Amtsrat Büttner in Lobeofsund, Kreis Ostlabelland, Oberamtmann Caspari in Kolbelbude, Kreis Königsberg i. Pr., sowie dem Geschäftsführer des Verbandes. Zum Geschäftsführer ist Herr Regierungsrat von Hellermann, welcher bisher bei der Regierung in Merseburg tätig gewesen ist, bestellt worden.

Die Geschäftsräume befinden sich in Berlin W. 10, Bendlerstraße 18. Telephon: Amt Nollendorf Nr. 3366.

Saatenstandsbericht Mitte November

Von der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Die Deutsche Landwirtschaft ist seit Anfang November von einer unerwartet hereingebrochenen Kälte heimgesucht worden, wie es seit Menschengedenken nicht der Fall gewesen ist. Während in früheren Jahren die in der Regel noch milde Witterung des November dazu benutzt wurde, die Hackfruchternte, soweit sie im Oktober infolge von schwierigen Arbeiterverhältnissen oder aus anderen Gründen nicht geborgen werden konnte, zu beenden, und vor allem auch das Wintergetreide, wenn auch verspätet, der Erde anzuvertrauen, hat in diesem Jahre der bereits Anfang November aufgetretene starke Frost dies vollständig verhindert. Die Schneedecke hat leider nicht überall in Deutschland den Saaten und den noch in der Erde gebliebenen Hackfrüchten Schutz. Der äußerste Nordosten Deutschlands, besonders Ostpreußen und ein Teil von Westpreußen haben wahrscheinlich sehr unter Frost gelitten, da hier Anfang November sehr starker Frost eintrat, der Schnee aber erst zwischen dem 9. und 14. November fiel. Die Schäden der abnormen Witterung bestehen einmal darin, daß die Wintersaat, welche auf Hackfrüchte, besonders Rüben, folgt, sehr verspätet oder überhaupt nicht mehr ausgeführt werden kann und sodann darin, daß die Städte wegen der Unmöglichkeit, bei der Kälte Kartoffeln zu verladen, nicht rechtzeitig damit versorgt werden können. Ein wie großer Teil der Hackfruchternte durch den Frost tatsächlich vernichtet ist und für die menschliche Ernährung nicht mehr in Betracht kommt, wird sich erst dann feststellen lassen, wenn die schützende Schneedecke verschwunden ist. Während beim bäuerlichen Besitz die Kartoffeln fast ganz vor Eintritt des Frostes geborgen waren, befindet sich beim größeren Besitz noch ein erheblicher Teil der Kartoffeln in der Erde.

Der Stand der Saaten wird, soweit sie früh gesät und bereits aufgelaufen sind, im allgemeinen als befriedigend angesehen. Welchen Einfluß Frost und Schnee auf sie gehabt haben, kann erst festgestellt werden, wenn das um den 20. November eingetretene Tauwetter die Schneedecke weggeschmolzen haben wird.

Wenn somit auch der ungünstige Stand der landwirtschaftlichen Produktion und der Ernährungsverhältnisse scheinbar auf die Ungunst der Witterung zurückgeführt werden muß, so liegt die tiefere Ursache, wie aus den Berichten aus allen Gebieten Deutschlands herausklingt, hauptsächlich auch in den unsagbar traurigen Arbeitsverhältnissen.

Das ziffernmäßige Ergebnis unserer Rundfrage ist folgendes: Die Frage, ob die Bestellung der Wintersaat beendet sei, haben nur 43 Proz. der Berichterstatter mit „ja" beantwortet, dagegen 57 Proz. mit „nein".

Nicht weniger als 54 Proz. der Berichterstatter melden, daß bisher die Winteraussaat, besonders Weizen, in geringerem Umfange stattgefunden hätte als im Vorjahr, während 46 Proz. berichten, daß sie dieselbe sei.

Der Stand der Wintersaaten und Oelfrüchte wird von 29 Proz. der Berichterstatter mit „gut", von 27 Proz. mit „mittel", von 34 Proz. mit „schlecht" bezeichnet, während 10 Proz. derselben mitteilen, daß der Stand nicht beurteilt werden könnte.

40 Proz. der Berichterstatter teilen mit, daß die Kartoffelernte geborgen sei, während 55 Proz. melden, daß bis 25 Proz. der Ernte sich noch in der Erde befinden, 5 Proz., daß die Hälfte noch nicht geborgen sei.

Auf die Frage, welchen Prozentsatz der Kartoffelernte der Frost vernichtet hätte, antworten 42 Proz. der Berichterstatter, daß keine vernichtet seien, 28 Proz., daß bis 15 Proz. der Ernte und 5 Proz., daß bis zur Hälfte der Ernte dem Frost zum Opfer gefallen seien, während 22 Proz. mitteilen, daß der Verlust erst später beim Eintritt von Tauwetter festgestellt werden könnte.

Nur 19 Proz. der Berichterstatter teilen mit, daß die Rübenernte geborgen, während 81 Proz. melden, daß sie noch nicht beendet sei.

Auf die Frage, ob sich die Arbeiterverhältnisse verbessert oder noch weiter verschlechtert hätten, teilen 63 Proz. der Berichterstatter mit, daß sie gleich geblieben seien, 18 Proz., daß sie besser geworden seien, dagegen 19 Proz., daß sie sich noch schlechter gestaltet hätten.

Zum Schluß seien noch folgende Berichte als Stimmungsbilder wiedergegeben:

Oberschlesien: „Infolge der Witterungskatastrophe wollen die Arbeiter, die nur noch über schlechtes Schuhzeug und schlechte Kleidung verfügen, auf dem Felde nicht mehr arbeiten. Die Landwirtschaft kann ihre Arbeiter nicht so bezahlen, wie die Industrie, wegen der zu niedrigen Preise ihrer Produkte."

Breslau: „Die Aussichten auf eine Wintergetreideernte für das nächste Jahr sind geradezu kläglich. Noch ist kaum eine Furche für das Frühjahr geackert. Falls es vor Weihnachten überhaupt noch tauen sollte, wird dann vor Nässe niemand auf den Acker können."

Provinz Sachsen: „Es fehlen die polnischen Arbeitskräfte. Die hiesigen Frauen können und wollen keine Rüben roden. Städtische Arbeitskräfte sind nicht zu haben, auch untauglich und arbeitsunwillig. Der Anbau von Hackfrüchten muß für die Zukunft hier noch mehr eingeschränkt werden. Vor März wird wohl kein Ausnehmen der Rüben möglich sein, ob es dann noch lohnt ist fraglich."

Provinz Sachsen: „Viel Geld und wenig Arbeit ist die Parole. Auf die Dauer kann dies die Landwirtschaft nicht aushalten und wenn sie es soll, dann geht es nur durch den Schleichhandel. Die festgesetzten Höchstpreise reichen nicht aus. Dazu hinzu den Landwirten der Polizeiknüppel. Soll man da nicht verbittert werden? Der Landwirt hat nur Pflichten, keine Rechte! Umgekehrt der Arbeiter."

Holstein: „Ungeheure Mengen Kohl, etwa 15 000 Waggons, sind, weil keine Wagen zum Abtransport gestellt wurden, erfroren."

Provinz Hannover: „Der Schaden ist hier unberechenbar und von größtem Einfluß auf die nächste Ernte, namentlich da die Hauptfrucht, Weizen, hier im November bestellt wird."

Niederbayern: „Wenn von dem Heer der Arbeitslosen in den Städten bloß ein Teil sich für die Kartoffel- und Rübenernte zur Verfügung gestellt hätte, dann wären die Städte mit Kartoffeln versorgt und wären nicht so viel Kartoffeln und Zuckerrüben, die wir so notwendig hätten, vom Frost vernichtet worden. Unfaßbar traurige Gleichgültigkeit!"

Oberbayern: „Die hohen Holzarbeiterlöhne steigern die Lohnansprüche insgemein."

Bundesstaat Sachsen: „Solange eine Arbeitslosenunterstützung in Kraft bleibt, wird für nächstes Jahr eine große Leutekalamität bestehen. Hier ist der Hebel anzusetzen, wenn wir nicht ganz verhungern sollen."

Württemberg: „Arbeitslosenunterstützung anzunehmen ist angenehmer als arbeiten und kann dabei an Kleidung und Schuhzeug gespart werden."

*

Verlängerung der Arbeitszeit in Lohndreschereien. Der preußische Landwirtschaftsminister hat in Erwägung des Umstandes, daß eine möglichst rechtzeitige Bewältigung des Ausdrusches der Körnerfruchternte im Interesse unserer Volksernährung dringend erforderlich erscheint, die vorhandenen Lohndreschereien aber zurzeit durch die vorgeschriebene achtstündige Arbeitszeit nicht voll ausgenutzt werden können, den Demobilmachungskommissaren (Regierungspräsidenten) anheimgestellt, von der ihnen zustehenden Befugnis der Verlängerung der Arbeitszeit für einzelne Betriebe oder allgemein für das laufende Wirtschaftsjahr Gebrauch zu machen, ohne einen besonderen dahingehenden Antrag der Interessenten abzuwarten.

Viehseuchengesetz. Der preußische Landwirtschaftsminister hat mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung die den Schiedsmännern nach § 22 Abs. 2 Ziffer 1 der Ausführungsbestimmungen zum Ausführungsgesetz zum Viehseuchengesetz für die Teilnahme an einer Schätzung zustehende Vergütung für jede angefangene Stunde von 2 Mk. auf 3 Mk. mit der Maßgabe erhöht, daß sie den Betrag von 15 Mk. für einen Tag nicht übersteigen darf.

Schwellholzverkäufe. Der preußische Landwirtschaftsminister hat im Interesse der Erneuerung des Unterbaues der Staatseisenbahnen verfügt, baldigst Schwellenholz zum Verkauf zu stellen. Die näheren Bestimmungen über die Verkaufsarten werden die Regierungen erlassen.

Geschäfts-Aufsätze der Landwirte und Handwerker. Für Lehranstalten und zum Geschäftsgebrauch bearbeitet von Heinrich Weigand. 7. Auflage. Verlag von Trowitzsch & Sohn, Berlin. Preis steif brosch. 2 Mk.

Das Büchlein ist ganz und gar aus der Praxis hervorgegangen und berücksichtigt in seiner soeben erschienenen siebenten Auflage alle neuen Gesetze und Verordnungen. In knapper Form und in schlichter Sprache geschrieben, beschränkt es sich nicht darauf, als Briefsteller zu dienen, sondern es bringt in jedem Aufsatze ein Musterbeispiel und darunter in kurzen „Merksätzen" die Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften und Lebenskluggkeiten, die bei Abfassung des betreffenden Aufsatzes zu beachten sind.

Büssing

Braunschweig

Handelsmarke

BÜSSING

Lastwagen

Lastzüge

Vertretung: Kohlstruck & Co., Halle a. Saale, Leipzigerstrasse 20.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0011

Bankhaus Paul Schausell & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg, Gräfenhainichen. An- und Verkauf von Wertpapieren. Einlösung von Zinsscheinen. Verzinsung von Geldeinlagen. Conto-Corrent- und Wechsel-Verkehr etc.

Große Landw. Inventar-Auktion.

Donnerstag, 4. Dez. d. Js. v. vorm. 10 Uhr an

findet im Rudolph Schmidtschen Grundstück zu Höhnstedt bei Teutschental wegen Aufgabe der Landwirtschaft der Verkauf des gesamten leb. u. toten Wirtschaftsinventars statt. Beding. im Termin. Zum Verkauf kommen:

6 schwere Pferde, 6 Milchkühe (tragend) 11 Stück Jungvieh, 1 Landauer (fast neu), 4 Stück 4spännige Rüttwagen, 1 dreiösll., 1 zweiösll. Wagen, 1 eisernes Rauchenfaß (1500 Ltr. Inhalt), 1 Selbstbinder, ein Ableger, 1 Drillmaschine, 1 Düngerstreuer (Westfalia), 1 Wiederdrechen, 1 Motor (1 PS.), 3 Dreischarpflüge, 1 Rigolpflug, 3 eis. Pflüge (Sach), 1 Satz Saateggen, 1 Satz eis. Eggen, 4 Paar Holzeggen, Ackerschleppe, Rübenheber, 2 dreiteilige Walzen, 1 Stoppelmaschine, 1 Jauchenpumpe, 1 kl. Strohpresse, Tretmalwage u. versch. zur Landwirtschaft gehörige Gegenstände. Bettstellen mit Federbetten und anderes mehr.

Mit dem lebenden Inventar wird um 11 Uhr angefangen. Bahnstationen sind Teutschental u. Wansleben am See.

Der Besitzer.

Großes Gut in der Provinz Sachsen,

nicht unter 1000 Morgen, mit gutem Boden zu vorteilhaften Bedingungen **sofort zu kaufen gesucht.** Angebote an Justizrat **Dr. Pomme, Halberstadt.**

Gefrorene Kartoffeln, Zucker- und Futter-Rüben, Möhren

werden durch Trocknung der eigenen Wirtschaft und der Allgemeinheit erhalten. Gefl. Anfragen erbeten

Trocknungsfabrik Teuchern.

Rübensamen

für eigenen Bedarf **gesucht.**

Lieferer auf 2—3 Zentner Samen je nach Güte 1 Zentner **Ammoniak.**

Offerten unter **Z. 2251** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Der freihändige Verkauf von

Horn- und hornlosen Böcken

in hiesiger Merino-Fleischschafherde hat begonnen. Wagen steht bei vorheriger Anmeldung am Bahnhof Bitterfeld.

Louis Bauermeister jun.,
Gut Zichernsdorf bei Sandersdorf. Bez. Halle.

Stroh und Heu

kauft

auf Wunsch bei Stellung von Presse u. Draht

J. Priwin, Berlin W 50
Kurfürstendamm 16

Tel.-Adr.: Strohpriwin Berlin. Tel.: Steinplatz 9272, 9273, 4827

Millimors

die **Idealbazillen zum Hervorrufen von tödlichen Seuchen und Massensterben bei**

Ratten, Hausmäusen, Feldmäusen, Hamstern

Billig! Mk. 1.50 pro Röhre, **einfache Handhabung!**

In jeder Apotheke und Drogerie zu haben. Wo nicht erhältlich, wende man sich direkt an uns unter Hinweis auf dieses Angebot! Die Herstellung in eigenem Laboratorium durch Fachleute bürgt für die Güte des Präparates! Im Sommer 1918 bei der großen Mäuseplage im Elsaß durch verschiedene Behörden mit gutem Erfolge angewandt!

— Nachahmungen weise man zurück! —

Millimors chem. bakt. Laboratorium Karlsruhe,
Herrenstrasse 15.

Mein Spezial-

Kaninchen-Fell-Einkauf

befindet sich jetzt

Prinzenstraße 26.

Sammler und Private erhalten heute

20 Mark per kg.

Max Alexander, Staniol-Schwelze u. Metallhandlung.

Dampf- und Motordreschmaschinen

In allen Grössen

Grasmäher
Drillmaschinen
Walzen, Eggen

Kultivatoren
Pflüge, ein- und mehrscharig
Rübenheber
Kartoffelroder
Kartoffelsortierer
Jauchefässer
Jauchepumpen
Obstpressen
Häckselmaschinen
sofort lieferbar

Witt & Krüger, Halle.

Merseburgerstrasse 1. Telephon 6681.

Reparaturen werden prompt und sachgemäss ausgeführt.

Elektrotechnisches und maschinentechnisches Bureau

Telephon 1848. Zivilingenieur **H. Zscheyge,** Halle a. S., Kaiserplatz 19.

Beratender Ingenieur für Private, Industrie und Landwirtschaft.

Ausarbeitung von Projekten und Kostenanschlägen für Licht- u. Kraftanlagen jeden Umfangs | Lieferung von Dynamos und Elektro-Motoren nur erstklassiger Firmen

Sachverständige Gutachten und Revisionen für Behörden und Private.

Sofort greifbar!

Jauchefässer, Jauchepumpen, Düngermühlen, Düngerstreuer, Gabel-Rübenheber, Kartoffelroder, Kartoffelwäschen, Kartoffelschälmaschinen, Ackerwalzen, Eggen,

Dampf- und Motor-Dreschmaschinen

Obstpressen, Häckselmaschinen, **Drillmaschinen**

Schrotmühlen für Hand- u. Kraftbetrieb.

Schmidt & Spiegel

Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen

Magdeburgerstrasse 59. Telephon 6212.

Hoch- und niedertragende

Kühe sowie **Rinder**

in jedem Alter liefert

Lüken, Groß-Holzhausen.

Post Krüden (Altmark).

Sofort lieferbar:

Rübenheber — Rübenschneider — Häckselmaschinen — Schrotmühlen,

Motorpflüge,

Ackerwalzen — Pflüge — Jauchefässer,

Motor- und Dampf-Dreschmaschinen,

Strohpressen für Garn und Draht.

Reichhaltiges Lager in Ersatzteilen.

Reparatur-Werkstätten

in Halle, Halberstadt, Neuhaldensleben, Nordhausen, Zerbst.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen

Central-Ankaufstelle

für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte

Halle/Saale, Merseburgerstr. 17/19. Tel. 7881.

Zweigstellen:

Halberstadt,	Nordhausen,	Zerbst,	Neuhaldensleben,
Königstr. 35.	Bismarckstr. 4b.	Bahnhofstr. 90.	Bahnhofstr. 25.
Tel. 192.	Tel. 1878.	Tel. 408.	Tel. 382.

Von meinen **fliegenden Drusch-Kolonnen** kann ich wieder einige Kolonnen zur Ausführung von Druscharbeiten unter günstigen Bedingungen bei dem bevorstehenden Leutemangel zur Verfügung stellen und bitte um Auftragserteilung. Beste Empfehlungen.

Deutsches Druschbüro, Pleismar, Post — Bad Kösen.

Alte Grubenschienen, Feldbahngleis, Kipploren usw.

zu kaufen gesucht.

W. Knoche, Halle, Hermannstraße 5.

„Ilse"

der vorzügliche Glühstrumpf für Hänge- — und Stehlicht —

ist in Preis und Qualität **konkurrenzlos!**

Bestellen Sie noch heute meine bewährte Verkaufskollektion

1 Schaukasten, enthaltend:

12	Glühkörper	Normal	für Hängelicht
6	„	Liliput	„
6	„	Normal	„ Stehlicht
6	„	Liliput	„ Hängelicht

Zusammen **Mk. 42.—** Nachn. ab Leipzig-Stötteritz. Preis inkl. Steuer. Tüchtige Vertreter an allen Plätzen gesucht.

Alleiniger Fabrikant: Ing. Tra[illegible]

Leipzig-Stött. **Fernspr. 10[illegible]**

Bei grösseren Bezügen und Grossisten besonders [illegible]

Für **Reparatur landw. Maschinen** sowie

Brunnenbohrungen

und dazu erforderliche **Pumpen** empfiehlt sich

Paul Kohl, Masch.-Fabrik,

Niemberg, Bez. Halle a. S.

Daselbst sofort **neue Drillmaschinen** zu konkurrenzlos billigen Preisen, da Vorjahrsbestand.

5000 Stück

Eisenfässer

verschiedener Größen, neu oder gebraucht, auch kleinere Posten **sofort zu kaufen gesucht.**

Arthur Loewenstein

Dampfkessel- u. Maschinen-Industrie
Berlin W. 30. Moostr. 69. | **Hamburg 8.** Mührenhaus.

Spedition

nach dem In- und Auslande

Lagerhäuser

15 000 □-Meter mit Lokomotivgleis und Hafen

Robert Haberling-Berlin W 9

Brennholz

per Zentner 8.50 Mk.,

Ia. Stichtorf, dunkle, schwere Ware, offeriert

Hans Bernhardt, Delitzscherstr. [illegible]

Telephon 1783.

Vieh-Verkaufs-Vereinigung Bismark u. Umgegend

E. G. m. b. H. (1525 Mitglieder) hält ihre

65. Zuchtvieh-Versteigerung

am **Freitag,** den 3. Dezember, vorm. 9 Uhr in ihrer Verkaufshalle am Bahnhof Bismark-Stadt ab.

Zum Verkauf kommen

ca. 160 Haupt Rindvieh

des schwarzbunten Niederungsschlages, und zwar tragende und frischmilchende Kühe, tragende Färsen, Bullen (Herdbuchtiere).

Es bietet sich Gelegenheit, erstklassiges Material anzukaufen, auch Herdbuchtiere und Nachzucht solcher. Nähere Angaben durch **E. Lüders,** Bismark (Altmark).

Bei der Versteigerung müssen Käufer aus der Provinz Sachsen die Einsatzberechtigung ihres Kommunal-Verbandes vorlegen, bezw. Käufer aus fremden Provinzen die der dortigen Provinzial-Fleischstelle.

Kataloge 14 Tage vorher unentgeltlich durch die Geschäftsstelle. **Der Vorstand.** J. A.: Joh. Welchard.

Elektro-Motoren,

jede Stromart, kauft

W. Braandle,

Querfurt.

Hafer

kauft jeden Posten

„Eiverge" Ein- und Verkaufsgenossenschaft d. Halleschen Geflügel- u. Kleintierzüchter-Vereins, e. G. m. b. H. Halle S., Gr. Märkerstr. 5

Fernsprecher 6356.

Ia. Pferdedecken,

größerer Posten, preiswert abzugeben. Mauerstr. 1 Hof. Verkaufszeit 9—1 u. 3—5 Uhr.

Pferde-, Wagen- und Geschirrauktion.

Sonnabend, d. 29. Nov. d. Js., vorm. 11 Uhr werde ich im Gasthof „Zur grünen Linde" Merseburg 2 gute Reitpferde (auch firm geritten), 1 Coupé, Dogcart, 1 Landauer (fast neu), 1 Jagdwagen, 2 Geschirre, 2 Sättel (fast neu) erhalten, verschiedene Geschirr- und Stallutensilien wegen Aufgabe des Stalles öffentl. meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Bedingungen im Termin.

Pferde und Wagen sind noch in guten Zustande.

Im Auftrage des Besitzers **Albert Franke,** beeidigter Auktionator.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911262-19/fragment/page=0012